

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Zur macedonischen Frage.

I.

Ed. B. Die macedonische Frage hat ein ziemlich ernstes Gesicht angenommen. Es tritt damit auch an die deutsche Socialdemokratie die Notwendigkeit heran, sich mit ihr näher vertraut zu machen und Stellung zu ihr zu nehmen.

Dazu nötigen zwei Umstände. Erstens hat das Deutsche Reich kraft seiner Großmachtsstellung bei den Entscheidungen auf dem Balkan ein ziemlich in die Waagschale fallendes Wort mitzureden. Ob es von diesem Mitbestimmungsrecht Gebrauch macht oder nicht und wie es dies im ersteren Falle thut, kann für die weitere Entwicklung der Dinge auf dem Balkan, für das Wohl und Wehe der dort Lebenden Völker von verhängnisvollster Wirkung sein. Damit ergeben sich für das Deutsche Reich gewisse Verpflichtungen, von denen die Socialdemokratie, als die der Zahl nach stärkste Partei in Deutschland, einen Teil auf sich zu nehmen hat. Macht legt Verantwortung auf. Wer Unheil verhindern kann und nichts dagegen thut, ist für dessen Eintreten verantwortlich. Deutschland gehört nach dem Berliner Vertrag von 1878 mit zu den Vormächtern des Balkanvölker. Die Balkanvölker haben ein Recht von der Socialdemokratie zu erwarten, daß sie sich darum kümmert, in welcher Weise die deutsche Diplomatie ihre Vormundschaft ihnen gegenüber ausübt.

Zweitens aber lauert hinter den Balkanfragen stets die Gefahr größerer europäischer Verwickelungen, wenn nicht eines europäischen Krieges. Ist nun auch der Ausbruch eines Krieges zwischen den großen Nationen zur Zeit nicht gerade sehr wahrscheinlich, die Reizung der in Frage kommenden Regierungen für einen solchen aus guten Gründen nicht allzu groß, so genügt doch schon die bloße Möglichkeit, daß die Ereignisse ihn heraufbeschwören könnten, oder der Ausbruch eines zunächst noch lokalisierten Krieges, die Börsenwelt und rückwirkend durch sie die ganze Geschäftswelt ängstlich zu machen, den Kredit und die Unternehmungslust zu lähmen, und damit für Tausende und Abertausende von Arbeitern und Gewerbetreibenden Erwerbslosigkeit herbeizuführen. Die deutsche Arbeiterklasse hat somit ein sehr materielles Selbstinteresse, sich um die Balkan-Angelegenheiten zu kümmern. Hört man doch schon von Robitmanmaßnahmen in Rußland und der Türkei, die vielleicht übertrieben dargestellt werden, aber doch nicht ganz in das Bereich der Fabel gehören. Außer Zweifel ist, daß es auf dem Balkan gewaltig gärt, und daß diesmal Macedonien das Centrum der Gärung bildet.

Um was es sich in Macedonien handelt, ist in dem Eingefandten des „Vorwärts“ vom 25. Februar über die macedonische Frage schon summarisch angedeutet worden. Die nichtmohammedanische, vor allen Dingen die bulgarische Bevölkerung Macedoniens will endlich das drückende Joch der türkischen Mißwirtschaft los werden, die der wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Entwicklung der ihr unterworfenen Völker unerträgliches Joch anlegt.

Ueber die Verdrängung dieses Strebens ist kein Wort zu verlieren. So sympathische Eigenschaften das türkische Volk, die türkische Rasse auch besitzt, so sehr fast alle Balkanländer darin übereinstimmen, den Türken als sittliche Persönlichkeit über die nichtmohammedanische Bevölkerung des Balkans zu stellen, so sehr steht das türkische Regierungssystem als von der Geschichte verurteilt da. Es ist in jeder Hinsicht unfähig, den Bedürfnissen der ihm unterworfenen Völker gerecht zu werden. Die Türkei ist vor allem ein Militärstaat, mehr als irgend ein anderer europäischer Staat in ihrem Bestehen von der Aufrechterhaltung einer starken Militär-gewalt abhängig. Im Budget der Türkei spielen dem auch die Ausgabenposten für das Militär eine Rolle, wie in keinem andern Staat. Es belaufen sich auf nahezu die Hälfte der Gesamtausgabe, die Zinsen für die Staatsschuld eingeschlossen. Die Ausgabe für die letztere beläuft sich auf über ein Drittel der Gesamtausgabe, und wenig mehr als ein Sechstel bleibt für Civilliste, Rechts-pflege etc. übrig. Daraus allein ergibt sich, wie lächerlich wenig die türkische Verwaltung für Kulturzwecke übrig hat, während der auf der nicht türkischen Bevölkerung lastende Steuerdruck ein ganz ungeheurer ist. Das veraltete und verwerfliche System der Steuereintreibung auf dem Wege der jährlichen Requisitionen, wobei eine Hierarchie von Beamten ihren Extra-Kraut machen — und, da ihnen ihr Gehalt nicht gezahlt wird, machen müssen — macht außerdem die Steuerhöhe zu einer unberechenbaren Potenz, und da außerdem die Rechtspflege eine ungemein schleppende und unsichere, die Verwaltung eine höchst willkürliche ist, ist dem Vieh zu weiterausblühenden Unternehmungen oder Anlagen in Handel, Industrie und Landwirtschaft im Innern des Landes (gewisse Hafenstädte machen eine Ausnahme) die Lebenskraft untergraben. Gewerbe und Landwirtschaft gehen statt vorwärts zurück. Obwohl überwiegend Ackerbauland, muß die Türkei erhebliche Massen landwirtschaftlicher Produkte einführen, und die Preise für Brotkorn in der Türkei überstiegen die des Weltmarktes oft sehr beträchtlich, zumal die Verkehrswege von erbärmlicher Beschaffenheit sind.

Zu früheren Jahrhunderten immerhin auszuhalten, ist das türkische Joch für die nichtmohammedanische Bevölkerung der Türkei um so unelidlicher geworden, je näher die westeuropäische Civilisation dieser auf den Hals rückte. Es ist sowohl mit den Wirtschafts- anforderungen wie mit den politischen Ideen und sonstigen Rechts- begriffen des modernen Europa unvereinbar. Und beide lassen sich den Völkern in der Türkei nicht fernhalten. Je lebhafter sich der Weltverkehr gestaltet, je mehr die Entwicklung der Verkehrsmittel die Entfernungen von Land zu Land verringert, um so stärker drängt einerseits die wirtschaftliche Konkurrenz und andererseits der Strom neuer Ideen bis in die entlegensten Districte vor und rufen Bedürfnisse wach, die unter türkischer Herrschaft nicht erfüllt werden können.

So hat, ganz abgesehen von nationalpolitischer Agitation, die moderne Entwicklung selbst Verhältnisse auf dem Balkan geschaffen, die nach gründlicher Umwälzung der derzeitigen politischen Zustände rufen.

Bis zu einem gewissen Punkt erkennen dies auch die Regie- rungen der Großmächte an. Der Berliner Vertrag von 1878, der den russisch-türkischen Vertrag von St. Stefano zerriss, traf für alle Landesteile der Türkei, wo eine stärkere nichtmohammedanische Bevölkerung wohnt, Bestimmungen, die diesen Rechtsanspruch und eine geordnete Verwaltung sichern sollten. Aber obwohl — man könnte auch sagen weil — die türkische Regierung die Ausführung dieser Bestimmungen auf sich nahm und die Gesamttheit der Mächte für sie einzustehen hat, sind sie bis auf den heutigen Tag totor Buchstabe geblieben. Wiederholt, wenn die eine oder andre der beherrschten Nationalitäten sich zum Protest erhoben, sind an die türkische Regierung Mahnungen der Großmächte ergangen, mit den versprochenen Reformen Ernst zu machen. Jedemal versprach die türkische Regierung, was man von ihr wollte, und jedesmal blieb's beim alten. Kuffstände der Unterdrückten wurden mit blutiger Gewalt niedergeschlagen, und dann herrschte für einige Zeit die Ruhe des Kirchhofs.

Es ist in erster Reihe nicht der böse Wille der Regierung von Konstantinopel, der der Verwirklichung der nötigen Reformen im Wege steht, wie ihre Unfähigkeit. Die Verwirklichung der Reformen heißt eine völlige Revolution im politischen Organismus der Türkei, und diese durchzuführen oder ernsthaft in Angriff zu nehmen, fehlen der Regierung des Sultans die moralische Kraft und der aus der Klassenscheidung der Nation sich ergebende materielle Rückhalt. Die Türkei kann sich nicht, wie Münchenhausen, selbst aus dem Sumpfe ziehen, in dem sie, ein Militär- und Beamtenstaat ohne kräftiges Bürgertum, steht.

Und nun denke man sich eine Provinz, wie das sogenannte Macedonien, zusammengefaßt zu einem großen Teil aus Nicht-Türken, begrenzt zu einem großen Teil von Ländern, wo die Religions- und Rassen- genossen dieser Nicht-Türken es zu einer gewissen nationalen Selbständigkeit gebracht haben. Es müßte wider alle Natur der Dinge gehen, wenn sich da der Drang nach Befreiung von der türkischen Herrschaft nicht immer wieder mit elementarer Kraft der Gemüter bemächtigen wollte. Die Zustände in Bulgarien, Griechenland und Serbien sind gewiß nicht ideal; aber für die Masse der Bulgaren, Griechen und Serben, die noch unter türkischer Herrschaft stehen, würden sie doch in vieler Hinsicht eine Erlösung bedeuten, und dann darf man eben doch nicht die Kraft des nationalen Empfindens unterschätzen.

Die große Masse der nichttürkischen Bewohner der Wilajets oder Sandschaks, die zusammen das Gebiet bilden, welches man außerhalb der Türkei Macedonien nennt, gehören der bul- garischen Nationalität an. Sichere zahlenmäßige Angaben darüber giebt es nicht, die türkische Statistik läßt auch in dieser Hinsicht alles zu wünschen übrig. Aber es sind doch unbestritten mehr als die Hälfte der Bewohner dieses Macedoniens, deren Sprache und Religion die der Bulgaren des Fürstentums Bulgarien sind. Und groß ist die Zahl der bulgarischen Macedonier, die als Flüchtlinge oder sonstige Einwanderer ihren Wohnsitz ins Fürstentum Bulgarien verlegt haben. Es heißt, daß ein Drittel der bulgarischen Arme aus geborenen Macedoniern besteht. Ein immer lebhafterer Verkehr findet zwischen der Bevölkerung hier und drüben statt, und jede starke Bewegung, die auf der einen Seite der Grenze sich entwickelt, pflanzt sich wie die an irgend einer Stelle aufgewühlten Wellen eines Gewässers mit Naturgewalt über die andre Grenze hinüber fort. So hat man heute nicht nur mit einer Bewegung von Bulgaren in Macedonien zu rechnen, sondern mit einer vielleicht noch stärkeren Bewegung im Fürstentum Bulgarien, eine Bewegung, die zu unterdrücken die Regierung des Fürsten Ferdinand unfähig ist, weil sie, wie die eingangs erwähnte Einsendung im „Vorwärts“ zeigt, das ganze Volk aufs tiefste ergriffen hat. Es ist eine demokratische Bewegung, die zu unter- drücken bezw. zu ersticken die Regierungen von Rußland und Oesterreich dem Sultan jetzt die Hand reichen.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.

Der Reichstag nahm am Freitag nach rascher Erledigung einiger Petitionen die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vor. Graf Posadowsky leitete die Beratung mit einer längeren Rede ein, beschränkte sich aber im allgemeinen darauf, die Motive zu wiederholen. Ganz in Uebereinstimmung mit diesen erklärte er, daß die tieferen Organisationsfragen über die Verhältnisse zwischen den Krankenkassen und den Ärzten und Apothekern deshalb nicht geregelt worden seien, weil die weit auseinandergehenden Ansichten dazu die Erledigung der Novelle in dieser Tagung unmöglich gemacht hätten.

#### Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Wg. für vollstehende und gemeinschaftliche Verordnungs- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Wg. (mit das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Daß die Landarbeiter und Diensthöfen nicht in die Krankenversicherung mit einbezogen worden sind, suchte der Staatssekretär mit dem Hinweis darauf zu entschuldigen, daß die Vorarbeiten hierüber noch nicht abgeschlossen seien.

Der Wunsch des Grafen Posadowsky, daß die Novelle noch in dieser Session erledigt werden solle, fand bei dem Redner der Reichspartei, dem Abgeordneten Camp, kein Entgegenkommen. Er meinte, man dürfe dem Reichstag nicht zumuten, im Handumdrehen die Angelegenheit zu erledigen, und er drang darauf, daß eine Reihe reaktionärer Verschlechterungen noch in die Krankenversicherungs-Gesetzgebung hineingebracht würden. Er sprach über die haarsträubenden Verhältnisse, die sich in den Krankenkassen unter der socialdemokratischen Herrschaft entwickelt hätten, jammerte über die Hungerlöhne, die den Ärzten von Krankenkassen gezahlt würden, und forderte, daß an Stelle der jetzigen Organisation, die den Arbeitern das Uebergewicht in der Verwaltung gemäß ihren höheren Beiträgen verbürgt, Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen unter Hexanziehung eines Mitgliedes der Gemeindeverwaltung in der Leitung säßen. Von der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landlichen Arbeiter will Herr Camp natürlich nichts wissen. Sein Versuch, die Erledigung der Angelegenheit zu verschleppen, kam in dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission zum Ausdrud.

Im Gegensatz zu ihm trat der Redner des Centrums, Dr. Spahn, lebhaft für die Erledigung der Vorlage noch in dieser Session ein und wandte sich auch gegen die Anschauungen, die Herr Camp in der Kertzefrage entwickelt hatte. Es ist sehr charakteristisch für das Centrum, daß es mit allem Eifer darauf bedacht ist, die in der Novelle geforderte Ausdehnung der Krankenfürsorge auf Geschlechtskranke zu hintertreiben. Eine merkwürdige Moral, die so mit der Volksgesundheit spielt!

Genosse Wollenbühr wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Vermischung von falscher Moralausschauung und Krankenbehandlung und wies nach, daß auch vom rein materiellen Standpunkt die Krankenkassen besser fahren, wenn derartige Krankheitsfälle im Beginn bekämpft würden. Ebenso lebhaft trat er für die Einbeziehung der Landarbeiter und des Gesindes in die Krankenversicherung ein und forderte, daß auch die Festsetzung des ortsüblichen Tageslohnes besser als in der Novelle geregelt würde. Er betrachtete die Krankenversicherung als eine Organisation zur Gebung der Volksgesundheit und wandte sich von diesem großen Gesichtspunkte aus gegen die künstlichen Bestrebungen der Kertze. Ein weiterer Ausblick galt der Notwendigkeit, die Kassenorganisation zu vereinfachen, und die Innungs-, Betriebs- und freien Hilfskassen zu Gunsten der Orts-Krankenkassen aufzulösen.

Die Nationalliberalen schickten zwei Redner vor, Herrn Dr. Endemann, der vom Standpunkt der Kertze die obligatorische Einführung der freien Kertzewahl und die Bildung eines Einigungsamtes zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Krankenkassen-Vorständen und der Kertzeschaft verlangt, und Herrn Hofmann-Dillenburg, der lebhafter als sein Fraktionsgenosse auf die Verabschiedung des Gesetzes in dieser Session drängte, gleichzeitig aber empfahl, in diese Novelle die Verpflanzung für den kommenden Reichstag zu einer gründlichen Reform der ganzen Materie mit hineinzubringen. Der konservative Abg. v. Richtofen verwahrte sich gegen den Verdacht, als wolle seine Partei das Gesetz zu Fall bringen, er erklärte persönlich sogar eine Kommissionsberatung für überflüssig. Herr Lenzmann plädierte für freie Kertzewahl und für die Verleihung des Rechtes an die Krankenkassen, sich unabhängig von den Apothekern billige Medizin zu verschaffen. Auch solle die Trunkfähigkeit kein Grund zum Ausschluß von Krankengeld sein. Skeptischer als er und der Pole v. Czarlinski stellten sich die Redner der freisinnigen Vereinigung Hoffmeister und Röske dem Gedanken der freien Kertzewahl gegenüber. Nachdem der Antisemit Raab weitere kleine Reformen angeregt und Herr Arndt den schwachen Versuch gemacht hatte, seinen Parteigenossen Camp von dem Verdacht zu reinigen, das Zustandekommen absichtlich zu hintertreiben, wurde die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Am Sonnabend beginnt die Beratung des Post-Gesetz.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die zweite Lesung des Eisenbahn-Gesetzes beendet. Es kamen nur noch Lokalfragen zur Erörterung. Jeder der anwesenden Abgeordneten hatte mindestens einen Wunsch auf dem Herzen, dessen Erfüllung er von der Verwaltung forderte.

Vorher beriet das Haus in zweiter Lesung den Etat des Herrenhauses und den des Abgeordnetenhauses. In der Debatte wurde die Gewährung von Repräsentationsgeldern an die Präsidenten und eine Erhöhung des Gehaltes der Minister angeregt, die nach Ansicht der Konservativen die am schlechtesten besoldeten Beamten sind. Die jetzigen Minister gefallen den Konservativen so gut, daß sie ihnen ihr Gehalt von 36 000 M. gern verdoppeln würden. Nur die schlechte Finanzlage hält die Herren davon ab, bestimmte Anträge zu stellen. Am Sonnabend ist anlässlich der Interpellationen Arntm (L.) über Stromverbesserungen und Peumer (natl.) über den Dortmund-Emskanal eine große Kanaldebatte zu erwarten.

#### Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter.

Der § 6 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nimmt die Eisenbahnunternehmungen von der Gewerbe-Ordnung aus. Damit stehen die Eisenbahnarbeiter thatsächlich weder unter dem § 152, der die Koalitionsverbote aufhebt, noch unter § 153, der gewisse Koalitions-

\*) Nach „The Statesmans year-book 1902“ waren in den letzten Jahren die Durchschnittszahlen des türkischen Budgets in türkischen Fund (18,46 M.):

Civilliste	932 550
Schuldenzinsen	6 483 253
Fremde Stiftungen	795 490
Kriegs-Departement	7 756 419
Civilbehörden	3 828 470
	19 796 182



Handlungen unter Strafe stellt. Wenn aber hieraus gefolgert wird, daß die preussischen Eisenbahnarbeiter kein Koalitionsrecht haben, — so ist das, was wir schon neulich hervor- gehoben haben, ein Irrtum. Es giebt keine Koalitionsverbote für Eisenbahnarbeiter, folglich bedürft sie nicht der Aufhebung. Im Gegenteil ist ihr Koalitionsrecht unbeschränkter als das der übrigen Arbeiter, weil sie nicht den Ausnahmestimmungen des § 153 unter- liegen, sondern lediglich den allgemeinen Strafgesetzen. Es ist über- haupt falsch, wenn man annimmt, das Koalitionsrecht fliehe aus der Gewerbe-Ordnung, § 152 ist lediglich negativer Natur. Wir haben kein positives Koalitionsrecht von Reichs wegen, das die Koalition schließt!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ wollen nun diese klare Sachlage nicht gelten lassen. Sie schreiben gegenüber unsrer Klarlegung:

„Da die Eisenbahn-Verwaltung dem § 152 der Gewerbe- Ordnung nicht untersteht, kann sie — diese Schlussfolgerung ergibt sich mit zwingender Logik — für ihre Arbeiter einfach ein Verbot von Koalitionen erlassen und erklären, daß sie jeden Arbeiter ent- fernt, der an ihr nicht genehmigen Verhandlungen oder Vereinigungen teilnimmt. So haben die Eisenbahnarbeiter tatsächlich kein Koalitionsrecht. Das hätte unsres Erachtens der Eisenbahnminister gerade heraus erklären können. Das enorme öffentliche Interesse rechtfertigt doch wahrlich genügend, daß man den Eisenbahndienst nicht willkürlichen Unterbrechungen durch Ausschände und frivolen Nachtproben der Socialdemokratie preisgeben will.“

Die Unternehmer-Logik des Krupp-Organs ist in Wirklichkeit nichts wie hohle Ignoranz. Das Koalitionsrecht beruht eben gar nicht auf der Gewerbe-Ordnung, sondern auf der anscheinend dem Blatt und seinem Pubbe nicht bekannten preussischen Ver- fassung, die laut Artikel 30 als allgemein staatsbürgerliches Recht bestimmt:

„Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.“

Das ist ein für alle preussischen Staatsbürger, wie es im zweiten Absatz des Artikels, heißt „gewährleistetes Recht“. Nicht-Preußen genießen dies Recht allerdings nicht, da aber Vereine von Nichtpreußen oder die Teilnahme von Nichtpreußen an Vereinen nicht strafbar ist, so können sie das Recht praktisch gleichfalls ausüben, obwohl es ihnen nicht besonders garantiert ist.

Wenn mithin Minister Budde preussischen Staatsbürgern, die in seinem Ressort arbeiten, das Koalitionsrecht verbietet, so ist das eine Verfassungs-Verletzung schlimmer Art. Gäßen wir ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz, so würde Herr Budde wegen seiner ver- fassungswidrigen Reden verurteilt werden müssen. Nicht die Eisen- bahnarbeiter, die sich zur Verbesserung ihrer Lage organisieren, treiben Unflur, sondern der Minister, der die verfassungsmäßigen Rechte seiner Angestellten gewaltthätig zertretet. —

#### Die Zwangsgefesse gegen die Arbeiter Hollands.

Die Gefesentwürfe, die die holländische Regierung aus Anlaß des Eisenbahnarbeiter-Streiks der Kammer vorgelegt hat, sind darauf gerichtet, nicht nur den Eisenbahnern das Streiken unmöglich zu machen, sondern auch so viel wie möglich die ganze Arbeiterbewegung lahm zu legen. Die Strafbestimmungen, die darin vor- gesehen sind, erinnern lebhaft an das deutsche Zucht- haus- Gesetz unseiner Angelegenheit. Nicht nur jeder Freund der Arbeiterbewegung, auch jeder Freund einer freisichlichen Entwicklung des Volkstums kann nur wünschen, daß dem holländischen Zucht- haus-Gesetzentwurf daselbe Schicksal zu Teil werde, wie seiner Zeit dem deutschen.

Zur „Vervollständigung“ und „Revision“ des Strafgesetzbuches wird zunächst folgender Artikel vorgeschlagen:

„Wer einen andern durch Veranlassung oder Ver- lästigung oder durch Anwendung von Mitteln, die geeignet sind, Furcht einzujagen, widerrechtlich zwingt, etwas zu thun, etwas nicht zu thun oder zu dulden, wird bestraft mit Gefängnis von höchstens drei Monaten oder Geldstrafe von höchstens hundert Gulden. Wenn das Vergehen begangen wird durch zwei oder mehr vereinigte Personen kann auf Gefängnisstrafe von höchstens sechs Monaten oder 200 Gulden Geldstrafe erkannt werden.“

Weiter wird dem Richter noch die Befugnis gegeben, über den Missethäter die Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts zu verfügen.

Wie man sieht, sollen die für bessere Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter auf Grund dieser Kaufschulbestimmungen nicht allein zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, auch die politischen Rechte will man ihnen rauben! Wie leicht ist es nicht möglich, daß sich eine arme geängstigte Streikbrecherseele schon durch die sanfteste ge- werkschaftliche Agitation belästigt und in einen Zustand von Furcht versetzt läßt! Und das soll ein Grund sein, den Agitator ins Gefängnis zu stecken! Noch viel schlimmer aber soll es den Beamten und Eisenbahn-Angestellten ergehen, und dazu soll folgender Para- graph dienen:

Nach Artikel 358 des Strafgesetzbuches werden drei Artikel eingefügt, welche lauten:

Artikel 358<sup>a</sup>. Der Beamte oder eine andre in einem öffent- lichen Dienst oder im öffentlichen Eisenbahnverkehr dauernd oder zeitweise beschäftigte Person, die, mit der Absicht, Störung in diesem Dienst oder Verkehr zu veranlassen, unterläßt oder, obgleich gesetzlich dazu verpflichtet, sich weigert, Arbeiten zu ver- richten, wozu sie sich ausdrücklich oder kraft ihres Dienst- verhältnisses verpflichtet hat, wird mit Gefängnis von höchstens sechs Monaten oder mit Geldstrafe von höchstens 300 Gulden bestraft.

Artikel 358<sup>b</sup>. Wenn zwei oder mehr Personen in Folge von Verschwörung das im vorigen Artikel beschriebene Vergehen verüben, werden die Schuldigen als Leiter oder Urheber der Ver- schwörung mit Gefängnis von höchstens 4 Jahren bestraft.

Artikel 358<sup>c</sup>. Wenn die in Artikel 358<sup>a</sup> gekennzeichnete Absicht erreicht wurde, wird auf Gefängnisstrafe erkannt, im Falle von Artikel 358<sup>a</sup> von höchstens einem Jahr und sechs Monaten; im Falle von Artikel 358<sup>b</sup> von höchstens 6 Jahren.

Auch bei diesen „Vergehen“ kann der Richter auf Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts erkennen.

Der zweite Gesetzentwurf geht auf eine Erhöhung des Militär- budgets um 60 000 Gulden hinaus. Diese Summe soll dazu dienen, die Eisenbahn-Compagnie so auszudehnen und zu organisieren, daß es mit Hilfe des dazu gebörenden Personals möglich wird, unter außerordentlichen Umständen den Dienst auf einzelnen Hauptlinien, sei es auch nur in beschränkter Maße, aufrecht zu erhalten oder bei der Ausführung solchen Dienstes kräftig mit- zuwirken. — Mit der verlangten Summe soll nur der Anfang in dieser Sache gemacht werden. Es hat den Nachen des Entwurfs an Zeit gefehlt, um eine gründliche Berechnung aufzustellen. Wenn das geschehen ist, soll das Fehlende nachverlangt werden.

Der dritte Gesetzentwurf enthält endlich all das Gute, was die höchst ästhetische holländische Regierung den ausgebauten und vielgeplagten Eisenbahnslaven zugedacht hat. Der erste Artikel lautet:

„Durch uns wird eine Staatskommission ernannt, um eine Untersuchung anzustellen über die Rechtsverhältnisse und die Bedingungen, worunter das Personal des Eisenbahnbetriebs in Dienst steht, und über die Klagen, die in beider Hinsicht bei

dem Personal bestehen, und die Frage zu erwägen, welche Reformen dort als notwendig und zu erwägen sind, und um Vorschläge zu machen, solche Reformen in der am zweckmäßigsten Weise ein- zuführen und für die Zukunft zu sichern.“

Die Kommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen.

Die weiteren Artikel bestimmen, daß die Mitglieder der Kommission Zutritt haben sollen zu den Eisenbahnen, daß die angerufenen Zeugen verpflichtet sind, die Fragen zu beantworten usw. — Wie man sieht, ist hierbei nichts anderes herausgekommen als eine Kommission, die eine Untersuchung vornehmen soll, was in Wirklichkeit recht über- flüssig und zur Zeit wenigstens ganz unnütz ist. Die Uebel, unter denen die Eisenbahnarbeiter leiden, sind durch ihre Organisationen bereits hinlänglich untersucht und karggelegt worden, so daß es nur Aufgabe des Staates sein sollte, mit dahin zu wirken, daß diese schändliche Ausbeutung der Angestellten, die doch auch eine gewisse Gefahr für die Verkehrssicherheit birgt, endlich ein- mal eingeschränkt werde. Was kann da eine langwierige Unter- suchung helfen! Sonderbar, daß man hierbei gerade eine Unter- suchung braucht, um Gefängnisstrafen von bis zu sechs Jahren festzusetzen, dazu hat die Regierung keine Untersuchung nötig! —

## Deutsches Reich.

### Staatsmittel für Privatpersonen.

Als am Donnerstag die Subjektionskommission des Reichstages fest- stellte, daß um eines Grafen Dohna Willen das Reich einen Vor- anschlag von Hunderttausende von Mark überförrten hätte, über- traßen sich alle bürgerlichen Parteien in die geschmaltete Entrüstung. Man war offenbar aber nicht entrüstet über die Korruption, sondern darüber, daß sie sich so plump extappen ließ. Denn die Angelegen- heit Dohna ist nur ein einziger Fall der systematischen Ver- reichung von Privatpersonen aus öffentlichen Mitteln. Die ganze Zoll- und Liebesgaben-Politik ist nichts anderes.

In Preußen erhebt eine ganz besonders kraffe Form dieser Verreichungspolitik unter dem Titel: „Germanisation!“ Man hat fast eine halbe Milliarde bewilligt, angeblich um die Dinarik zu germanisieren, hauptsächlich um hilfsbedürftigen preussischen, deutsch- sprechenden Jüngern für unbedeutsame Preise ihre Güter abzunehmen.

In der bisher nur im Auszug bekannten Denkschrift über die Tätigkeit der Anstaltungs-Kommission von 1902 wird dieser Zweck und diese Wirkung des „Germanisierens“ offen zugegeben:

„Ein großer Bruchteil des Großgrundbesitzes ist allmählich in schwache Hände geraten, so daß hohe Verschuldung der rück- gängigen Bau- und Kulturzustand einerseits und die Schwierig- keiten der Arbeiterfrage andererseits solche Betriebe unhaltbar machen. Alle Vorbedingungen zu einer bedeutenden wirt- schaftlichen Krisis in Grundbesitzwerten wären vorhanden, wenn nicht finanzielle Kräfte von erheblicher Stärke auf dem Grundbesitz- markt erschienen wären. Diese Kräfte sind vertreten durch den preussischen Staat mit seiner Anstaltungs- und Neuentgüter- Gesetzgebung und durch die gesteigerte Kaufkraft der sparsäßig ge- wordenen unteren Schichten der Bevölkerung, die im wesentlichen von den Staatsangehörigen polnischer Junge vertreten werden.“

Eine außerordentlich lustige Art, zu germanisieren. Kaufkraft deutsche Junger werden ausgelastet und das polnische Element der „unteren Schichten“ wird „sparsäßig“ gemacht. Die wilde Nachfrage seitens des preussischen Staates hat natürlich die Güterpreise stark in die Höhe getrieben. Die patriotischen preussischen Junger deutscher Junge lassen ihre „Germanisierung“ sich vom Staate überreichlich bezahlen. Trotz zahlreicher Angebote von Grundstücken war, wie der Bericht hervorhebt, ein Rückgang der Bodenpreise nicht wahr- nehmbar, sondern eher ein weiteres Steigen zu erkennen. . . . Der Grund und Boden ist anscheinend mehr und mehr Spekulationsware geworden, um die ohne Rücksicht auf die zu erzielende Bodenrente gehandelt wird, weil zu hohen Preisen willige Abnehmer vor- handen sind. Nicht der durchschnittliche Gebrauchswert bestimmt mehr den Kaufpreis, sondern maßgebend ist der Liebhaberpreis. — Der Bericht thut allerdings so als ob diese drängenden Liebhaber die wirtschaftlich gekrüppelten kleinen Leute seien; in Wirklichkeit hat natürlich der mit Hunderten von Millionen auf den Markt tretende Liebhaber, der preussische Staat, die schwindelhaften Treiberkreise hervorgerufen.

Im ganzen wollten sich im Jahre 1902 474 Güter und 357 Bauern- wirtschaften im Umfange von 238 941 Hektar (42 Quadratkilometern) „germanisieren“ lassen; das stärkste Angebot, das bisher vorgekommen. Aus den Auszügen läßt sich nicht erkennen, welchen Flächenraum die Bauernwirtschaften haben, so daß es nicht ersichtlich ist, ob sie trotz der größeren Zahl der Betriebe irgendwie etwas bedeuten. Nur 19 Proz. des Angebots (94 Güter und 148 Bauernwirtschaften gleich 45 806 Hektar) waren polnisch, 81 Proz., d. h. 380 Güter und 209 Bauernwirtschaften mit zusammen 183 135 Hektar waren deu- tlich. Angekauft wurden 22 007 Hektar (20 Rittergüter, 19 größere Güter, 41 Bauernwirtschaften) zum Preise von 19 064 531 Mark, aber nur 22 Proz. (4010 Hektar) aus polnischer Hand. Sonst wurden nur Deutsche germanisiert, und zwar natürlich im wesentlichen deutsche Junger, denn die „Bauern“ bilden nur eine statistische Dekoration. Durchschnittlich wurden für den Hektar 867 Mark bezahlt (1901: 806 Mark).

Das ist der Humbug der Germanisation!

### Truppenübungsplätze.

In der Sitzung der Budgetkommission am Freitag wurde zunächst besprochen die Forderung von 800 000 M. für die Erwerbung eines Truppen- übungsplatzes für das 11. Armee-corps sowie für Einrichtung von Baracken und Zelten zwecks Unterbringung von Mannschaften und Pferden usw. auf demselben und Herstellung der zugehörigen Neben- anlagen II. Rate (für Grunderwerb). Der Referent Abg. Müller- Ruda erinnerte an die gestern angenommene Resolution, nach welcher die Kommission einer derartigen Forderung nur dann zu- stimmen werde, wenn genaue Kostenschätzungen vorliegen. Diese Bedingung sei in dem vorliegenden Falle nicht erfüllt. Der Voranschlag beruhe im Gegenteil wiederum nur auf Schätzungen, und die Gefahr sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Übungsplatz wieder schließlch viel teurer komme als der jetzige Voranschlag, der auch schon die Kosten auf nicht weniger als neun Millionen Mark angebe. Außerdem ließen dem Plane sachliche Bedenken entgegen. Für den neuen Übungsplatz müßten außer mehreren Gütern noch weite Landstrecken in dem Gebiet der gothaischen Stadt Ohrdruf, des gothaischen Dorfes Wölfs und des preussischen Dorfes Mühlberg erworben werden. Wie viele Familien dadurch von Haus und Hof gebracht würden, stünde noch nicht fest. Dagegen liege eine Eingabe des Gemeindevorstandes des Dorfes Mühlberg vor, welche die Wirkungen der Herrichtung des vor- gesehenen Übungsplatzes für dieses Dorf schildert. Die Gemeinde Mühlberg, welche im Landkreis Erfurt liegt, hat 1350 Einwohner und soll jetzt für den Übungsplatz 2600 Morgen, das heißt ein Drittel der Gesamtfläche ihrer ganzen Gemarkung abgeben. Die Gemeinde hat vor 10 Jahren mit einem Kostenaufwand von ca. 50 000 M. eine 4 Kilometer lange Straße nach der Stadt Ohrdruf gebaut, die den geplanten Übungsplatz durchschneidet und daher eingehen soll. Dieses Geld wäre somit für die Gemeinde vollständig verloren. Die Eingabe schildert noch andre schwere Folgen, die der Gemeinde erwachsen würden.

Durch alle diese Wirkungen des militärischen Projekts würden namentlich viele kleine Bauernfamilien so sehr geschädigt werden, daß sie ihre Wirtschaft auflösen und die Heimat verlassen müßten. Unter diesen Umständen müsse, so fuhr der Referent fort, der vorliegende Plan endgültig aufgegeben werden. Er empfehle, 25 000 M. zu bewilligen, damit die Heeresverwaltung ein andres Terrain auswähle und dem Reichstage einen genauen Kostenschlag machen könne. Ferner schlug er folgende Resolution vor: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstanzler zu ersuchen, bei der Errichtung von neuen Truppen- übungsplätzen solche Projekte grundsätzlich auszuschließen, bei welchen sich die Schädigung einer größeren Zahl landwirtschaftlicher Betriebe erforderlich machen würde.“

Der Korreferent Abg. Graf v. Noon teilte mit, daß auch er eine Eingabe erhalten habe, in welcher die Arbeiter eines der be- teiligten großen Güter ebenfalls gegen die Anlegung des Truppen- übungsplatzes protestierten. In der Debatte wurden die Beschreibungen, welche in der Eingabe aus Mühlberg ausgesprochen sind, als durch- aus berechtigt anerkannt. Eine große Bedeutung sei auch der Wasser- frage zuzumessen, die, falls wirklich der Übungsplatz an jener Stelle angelegt werden sollte, die Heeresverwaltung vielleicht zu unberücksichtigen und sehr kostspieligen Maß- nahmen nötigen könnte. Der Kriegsminister v. Goltz erklärte sich bereit zu einem nochmaligen Versuche, ob nicht eine andre passende Gegend für den Übungsplatz ausfindig zu machen sei. Er fürchte aber, daß er schließlich doch auf den vorliegenden Plan werde zurückkommen müssen, da bereits 14 Vorschläge geprüft seien und nichts Besseres gefunden werden konnte. Der gothaische Staatsminister v. Bonin versicherte, daß sich die Anlegung des Übungsplatzes schon und gut machen lasse. Jeder, der dadurch geschädigt werde, erhalte ja eine angemessene Entschädigung. Die vorgetragenen Klagen führten nur von solchen Leuten her, welche ihre persönlichen Interessen vertraten. Man wurde geantwortet, daß die Leute zwar ihre persönlichen, aber trotz- dem durchaus berechtigten Interessen vertraten, wenn sie sich dagegen wehrten, daß sie durch die Heeresverwaltung von Haus und Hof getrieben würden. Schließlich wurde die Forderung der Heeres- verwaltung einstimmig abgelehnt, dem Antrag des Referenten (25 000 M. zur Ausarbeitung eines neuen Planes) zugestimmt und dann die vorgeschlagene Resolution wiederum einstimmig an- genommen.

Im Laufe dieser Debatte wurde ein Schlußantrag des Abg. Dr. Gasse angenommen. Der Abg. Singer wies darauf hin, daß es bisher in der Budgetkommission nicht üblich gewesen sei, einem Redner das Wort abzuschneiden. Er wüßte, daß die Budgetkommission bei dem alten Brauche bleibe. — Bei dem Titel: „Artillerie und Waffenswesen“ wurde angefragt, was an den Zeitungsberichten wahr sei, nach denen unsere neuen Geschütze schon wieder veraltet sein sollen. Der Kriegsminister ver- sicherte, daß die neuen Geschütze sich durchaus bewähren. Die Forderung von 10 Millionen Mark für Belagerungs- und Küstenartillerie sowie schwere Artillerie des Feldheeres wurde um 2 Millionen Mark gekürzt. Die andren Forderungen wurden an- genommen. Nächste Sitzung Dienstag.

Wilhelm II. wird dem deutschen Städtetag beiwohnen, der in der zweiten Septemberwoche in Dresden stattfinden wird. Ob der Kaiser rednerisch teilnehmen wird, darüber wird noch nichts be- richtet.

Hebrügens dürfte ungefähr zur selben Zeit in Dresden auch der socialdemokratische Parteitag versammelt sein, der freilich — rot decoriert sein wird. . . .

Wuzug. Zum Oberpräsidenten der Provinz Posen ist nunmehr der bisherige Regierungspräsident in Königsberg v. Waldow ernannt worden.

Die Ernennung des Herrn v. Waldow beweist, daß in Posen ein anderer Kurs als bisher nicht gesteuert werden wird. Herr v. Waldow ist ein Agrarier vom reinen Wasser, hat auch sonst Eigenschaften, die geeignet sind, sein Vertrauen beim Bürgertum aufkommen zu lassen. Er gehört zu den Strebern im Beamtenum, die äußerlich schmieglam und biegsam nach oben, rücksichtslos nach unten sind, wenn es die Erreichung eines ihm am Herzen liegenden Ziels gilt. Herr v. Waldow ist der Schwiegersohn des kommandierenden Generals v. Werder.

Weiter meldet die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die Stellung als Regierungspräsident in Düsseldorf erhält der Regierungspräsident Schreiber in Minden, an dessen Stelle Regierungs- präsident Kruse aus Bromberg tritt. Regierungspräsident in Bromberg wird der früher als Landrat und beim Oberpräsidenten in der Provinz Posen angestellt gewesene Geheimne Oberfinanzrat v. Günther aus dem Finanzministerium. Für die Stelle in Arn- berg ist der Oberpräsidialrat Dr. Jehn v. Coels v. d. Brüggen aus Koblenz in Aussicht genommen. Der Regierungspräsident von Brandenburg in Hannover rückt in die gleiche Stellung in Magdeburg, während die Stelle in Hannover durch den Regierungspräsidenten von Philipshorn in Hildesheim besetzt wird, für welchen der Oberpräsidialrat Fromme aus Kassel Regierungspräsident in Hildesheim wird. In Kassel wird der Polizeipräsident Graf Schwerin aus Hannover Regierungspräsident und erhält zu seinem Nachfolger in Hannover den Polizeipräsidenten Steinmeister aus Kassel. Letzterer wird durch den Regierungs- rat Grafen Verg in Hannover ersetzt.

Der Leichenbitter. Ueber den ausgeschiffen Oberpräsidenten von Posen erzählt Herr v. Gerlach in der „Zeit“ folgendes Ge- schichtchen:

„Als ich noch in der Verwaltung stand, erinnere ich mich, daß er allgemein unter dem Namen „der Leichenbitter“ bekannt war. Man kolportierte das Geschichtchen, er habe einst im Eifer der Unterhaltung die Worte fallen lassen: „Ich werde meinen Weg machen, und wenn er über Leichen geht.“ Daher der Spitz- name.“

Wenn Landrat Willich hat ja der Herr sein Wort buchstäblich wahr gemacht. Freilich stolperte er nach glücklich überwindenem Hindernis. . . .

Gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes sollen im Bundesrat Sachsen, Württemberg, Braunschweig stimmen, die über zehn Stimmen verfügen. Es wird also eine starke Minderheit gegen den preussischen Antrag sein. —

Der Alte Fritz als Obdachloser. Das Denkmal des Alten Freyen, das der Kaiser der Union als Geschenk zugedacht hat, ist bereits vollendet. Seine Abfindung nach Amerika begegnet aber großen Schwierigkeiten, so daß es vorläufig im Garten seines Schöpfers eine Aufstellung gefunden hat. Einflußreiche amerikanische Blätter haben bereits mit hantemäßiger Verächtlichkeit erklärt, daß Deutsch- land am besten thäte, wenn es das Denkmal ganz be- halte. Und die amerikanische Regierung hat der deutschen fürzlich wissen lassen, daß sie es für geraten halte, die Abfindung der Statue noch hinauszuschieben, weil „der für das Denkmal bestimmte Platz sich gegenwärtig durch Bau- und Erdarbeiten in einem ungemüthlichen Zustand befände und weil das Denkmal durch ein längeres Verwehren be- schädigt werden könnte.“

Die Rhein-Westf. Ztg. bemerkt dazu: Mit andren Worten heißt das doch: mit dem Alten Fritz hat es keine Eile, er ist uns getraut. Die Amerikaner sind auf ihre freie republikanische Verfassung unendlich stolz, sie wollen nichts von dynastischem Wesen wissen, sie wollen keine Königsstandbilder haben, sie wollen nichts haben, was wie eine Verherrlichung der Monarchie aus- sehen könnte. Deshalb hat man auch beschlossen, den Phantasien alten Fritz im Park der Militärakademie aufzustellen, um dadurch zu verhindern, daß man an dem großen Hohenollern nur den großen Soldaten, nicht aber den Fürsten schätzt. Dies war ein Verlegenheitsausweg, am liebsten würden die Amerikaner das geschenkte Marmorbild irgendwo in den Zudeplantagen der Philippinen oder Kubas auf- stellen, dann hätte man es da, wo der Pfeffer oder vielmehr der Zucker wächst.“

Die Denkmalswut grassiert ja so in Deutschland, sollte sich da nicht irgendwo in Deutschland ein Abdera finden, dem man durch die Stiftung des obdachlosen Alten Fritz einen Gefallen thäte? Man spare dann zugleich mit den Prachtlosten auch die Reisefosten für Waldersee! —

Altenburgische Justiz. Die Gerichte in Altenburg sind dafür bekannt, daß sie gegen unsre Parteigenossen mit sehr strengen Strafen vorgehen. Die dortigen Gerichte können aber auch Milde walten lassen, wie nachstehender Fall beweist. Ein streifender Weber aus Meerane, ein armer 52jähriger Mann, der 12 Kinder



zu ernähren hat, ging während des Streiks auf die abgeernteten Felder, um die Kartoffeln, die liegen geblieben waren, aufzulesen. Dies bemerkte der Sohn des Rittergutsbesitzers Scheibe in Pönitz, auf dessen Feld der Arbeiter gar keine Kartoffeln aufgefressen hatte, stürzte auf den bejahrten Mann zu, schlug ihn zuerst mit der Faust, dann mit einem Knüttel, warf ihn dann in den Straßengraben und schickte schließlich noch den Hund auf ihn. Für diese ungeheuerliche Rohheit erhielt der Mensch vom Schöffengericht in Schmolln S. A. — 20 M. Geldstrafe! Als das Publikum seinem Unwillen laut Ausdruck verlieh, ließ der Amtsrichter einen Arbeiter vornehmen, um ihn zur sofortigen Vollstreckung einer Haftstrafe von einem Tag, wegen Ungehörigkeit vor Gericht, abzuführen zu lassen! Der gerechte Empörte erhielt also eine schlimmere Strafe als jener Missethäter.

Welche Strafe würde ein Arbeiter erhalten, der in dieser Weise einen alten Rittergutsbesitzer mißhandelt hätte? —

Es geht auch so! Wir erzählten neulich, daß auf einer Münchener Künstlerrevue einige gefährdete Offiziere, weil sie sich mit ihren „Damen“ unflätig auführten, sehr handgreiflich an die Luft befördert worden sind.

In der „Münchener Post“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß die hochgeborenen Offiziere keinen Schritt gethan haben, um sich für den erlittenen Schimpf „Genugthuung“ zu verschaffen. Sie sind wegen dieser Unterlassung auch nicht vor einem Ehrenrat gestellt und verabschiedet worden.

Es scheint also, daß der blutige Ehrenkodex auch seine Ausnahmen hat! —

**Aus Heßen, 26. Februar. (Fig. Ver.) Landtag.** Die allgemeine Debatte über das Ministerium des Innern gab unsre Vertreter Gelegenheit, eine Reihe von Beschwerden und Anregungen vorzubringen. Abg. Dr. Wies auf die immer noch unzureichende Handhabung der Gewerbe-Aufsicht hin und verlangte, die Regierung solle endlich unsern Antrag auf Anstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsbeamte der Fabrikinspektion statgeben. Abg. Cramer behandelte die Baukontrolle und forderte die Heranziehung von Bauarbeitern behufs schärferer Ueberswachung der Schutzvorschriften. Abgeordneter Ulrich ging gründlich auf das Thema von der „übertriebenen Socialpolitik“ ein. Ulrich stellte zahlenmäßig fest, daß die von den Arbeitgebern getragenen Lasten der Socialgesetzgebung nicht annähernd den ungeheuren Opfern entsprechen, die die Arbeiter an Leben und Gesundheit zu bringen haben. Die von dem Centrums-Abgeordneten Fremy den Arbeitern vorgehaltenen Millionen Mark Arbeitgeberbeiträge pro Tag mache auf den einzelnen Arbeiter 5 bis 6 Pf. täglich aus. Man solle von den Arbeitern keine „Dankbarkeit“ verlangen, da sie ein gutes Recht hätten, dies und noch viel mehr zu fordern. Abg. Verthold rügte das in Darmstadt erlassene Verbot, mit roten Vereinsfahnen durch die Stadt zu ziehen. Der antisemitische Bauernbündler Wolf tritt in die Arena, um seine Feindschaft gegen eine „übertriebene Socialpolitik“ von neuem zu bekräftigen. Seine Behauptung, die bürgerlichen Parteien hätten die Milliarden für Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung der Arbeiter freiwillig zum Geschenk gegeben, verdient dem Gedächtnis eingeprägt zu werden. Abg. David rügte diesen reinen Arbeitgeber-Standpunkt in die gebührende Beleuchtung. — Die Regierung erklärte durch den Mund des Ministerialrats Braun, daß sie ein Juviel von Socialpolitik bis jetzt nicht gefunden habe; man müsse auch weiterhin mit der Entwicklung Schritt halten. Zu der Eingabe der Bauarbeiter habe die Regierung bei der Kürze der Zeit noch keine Stellung nehmen können. Hinsichtlich der Gewerbe-Aufsicht lehnte sie eine Verstärkung des Personals zur Zeit ab, da ihr 70 Proz. Revisionen genügt erschienen. Wegen die Zuzugung von Arbeitern als Hilfsbeamten habe sie Bedenken; sie glaube denselben Zweck dadurch gebiert zu haben, daß sie die Aufsichtsbeamten angewiesen habe, sich im Verkehr mit den Arbeitern und ihren Organisationen durchaus keine Beschränkung auszuwirken. Ferner könne sie konstatieren, daß sich das Institut der weiblichen Hilfskräfte in den Fabrik-Inspektionen durchaus bewährt habe. Es sei darum die definitive Anstellung als Beamtinnen vorgezogen. Auch die Uebernahme der Dampfkeil-Revision auf den Staat habe sich als großer Fortschritt erwiesen; durch die fünf damit beschäftigten Beamten würden monatlich 250 Revisionen vorgenommen. — Die Erklärungen der Regierung entsprechen zwar noch lange nicht den im Interesse der Arbeiter zu erhebenden Forderungen. Immerhin spricht ein besserer Geist aus ihnen, als er anderwärts in die Erscheinung tritt. —

**Darmstadt, 27. Februar.** Zweite Kammer. Bei der Fortsetzung der Budgetberatung wird ein von der Mehrheit der Kammer unterzeichneter Antrag, die Regierung zu ersuchen, neben dem bestehenden Lehrstuhl für Nationalökonomie in Gießen auch einen solchen der Agrarwissenschaften zu errichten, sowie ein weiterer Antrag der Socialdemokraten, das Erziehungswesen auf die Berufung eines Professors der socialistischen Richtung auszudehnen, an einen Ausschuss verwiesen. —

### Wahlvorbereitungen.

**Zettow-Weeslow.** Die Nationalliberalen des Kreises haben, nachdem sie sich vergeblich an die Konserverativen herangekehrt hatten und da sie auch seitens der Freisinnigen keine Antwort erhielten, zu einer eignen Kandidatur entschlossen. Kammergerichtsrat Dr. Karsten soll ihr Kandidat sein.

Dem Eugen Achtung, und den Socialdemokraten das Schwert, so berichtet man uns aus Halle zur Wahlbewegung. In Wittenberg wurde in der Generalversammlung des konservativen Vereins der Direktor der landwirtschaftlichen Winter Schule Dr. von Spillner als Kandidat zur Reichstagswahl proklamiert. Dieser Herr sagte in seiner Kandidatenrede wörtlich: „Eine Partei wie die Socialdemokratie, ist nicht würdig, anders behandelt zu werden, als mit dem schneidigen Schwert. (Bravo!) Die freisinnige Volkspartei hingegen hat im Reichstage einen Achtungserfolg erzielt, indem der Abg. Richter die Anführer der Obstruktion auf das energichste bekämpfte und sich somit das Zeugnis eines würdigen parlamentarischen Gegners der konservativen Partei anstellte.“ Die freisinnige Vereinigung will der Herr bekämpfen, weil sie mit einer Partei, die den Umsturz predigt, gemeinsame Sache gemacht und sich nicht geschert habe, dieses im Reichstage bei der maßlosen Obstruktion offen auszusprechen. Mit den Nationalliberalen hofft der Herr Kandidat „ein gut Teil“ des Weges gemeinsam gehen zu können.

Die Thüringer Agitationskommission hat zur Einleitung zur Reichstagswahl ein Flugblatt in einer Auflage von 130 000 Exemplaren herausgegeben. Dasselbe wird gegenwärtig in neun Kreisen verbreitet.

Das Wahlkomitee des Kreises Erfurt-Schleusingen-Riegenrüd giebt von Mitte März ab eine in bestimmten Zwischenräumen erscheinende Wahlzeitung — „Führer für die Reichstagswahl“ — im gesamten Landkreise heraus.

### Ausland.

#### Ein Schweizerischer Eisenbahnstreik in Sicht.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Das Gotthardbahn-Personal war am Sonntag über 1000 Mann stark in Brunnern am Vierwaldstättersee versammelt, um zur Antwort der Direktion Stellung zu nehmen. In einer bezüglichen, einstimmig angenommenen Resolution wird dieselbe als absolut ungenügend erklärt; die Fortsetzung der Lohnbewegung ausgesprochen und der Lokalkommission unbedingte Vollmacht zu erneuten Verhandlungen mit der Direktion und zu allen weiteren ihr zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen mit absoluter Verbindlichkeit für das Gesamtpersonal erteilt, also auch

zur ebenwähnten Streikproklamation. Die Gotthardbahn-Direktion begründet die Nichterfüllung der Forderungen des Personals mit dem Hinweis auf die in einigen Jahren erfolgende Verstaatlichung der Gotthardbahn, für welchen Fall sie dem Bunde nicht neue Besoldungs-Erhöhrungen schaffen will; in That und Wahrheit handelte es sich aber um die Interessen der Gotthardbahn-Aktionäre und um die Benachteiligung des Personals und des Bundes. Da nämlich der Kaufpreis nach dem 25 fachen Betrage des durchschnittlichen Reingewinnes der letzten 10 Jahre vor der Erklärung des Rückkaufes, die im Jahre 1904 erfolgen wird, berechnet wird und dazu das Jahr 1903 gehört, soll an den Betriebsausgaben gespart werden, um den Reingewinn hochzuhalten und so entsprechenden höheren Kaufpreis zu erhalten. So steht die kapitalistisch-prozentpatriotische Rücksicht auf den Bund aus. Das weiß auch der eidgenössische Eisenbahnminister, Bundesrat Jemp in Bern, der im übrigen auch verschiedene Forderungen des Personals als begründet erachtet und der im Interesse des Ansehens der Schweiz dringend wünscht, daß die Direktion entgegenkommen und den Streik vermeiden werde. Bekanntlich ist die Gotthardbahn von der Schweiz, Deutschland und Italien mit vielen Millionen subventioniert worden. —

#### Ein marokkanischer Konflikt mit England?

Ein Telegramm des „Heraldo“ meldet aus Tanger: Marokkanische Soldaten verfechten einem Engländer eine Anzahl Stochieße. Ein anderer Engländer, welcher Zeuge dieses Vorfalles gewesen und vom Konsul ersucht worden war, sich in Begleitung von Soldaten an Ort und Stelle zu begeben, um der Untersuchung beizuwohnen, wurde gleichfalls mißhandelt und mußte flüchten, ebenso erging es einem Spanier. Man befürchtet, daß dieser Zwischenfall diplomatische Folgen haben wird. —

### Frankreich.

Der Kammer ist der Bericht der Kommission über die 54 Autorisationsgesuche der Kongregationen zugegangen. Der Berichterstatter, Deputierter Fernand Rabier, teilt nach dem gleichen Verfahren der Regierung die Kongregationen ein in unterrichtende, predigende und handeltreibende; von den ersteren kommen 25, von der zweiten Klasse 28 und von der dritten nur eine, nämlich die der Grand Chartreuse in Betracht. Rabier berichtet, daß die Ausdehnung der Ordensgesellschaften noch nie eine so große war als unter dem Regime der dritten Republik; während es im Jahre 1789 nur 60 000 Mitglieder von Ordensgesellschaften gab, wurden im Jahre 1906 deren 200 000 gezählt. Das Vermögen dieser Gesellschaften ist in noch viel größerer Proportion gestiegen. Sehr interessante Mitteilungen machte Rabier über den Umfang der Liqueur-fabrikation der Karthäuser Mönche. Welch ein riesiges Vermögen diese Ordensgesellschaften durch den Vertrieb ihres Liqueurs zuzunehmen gebracht haben, geht u. a. aus einem Vorkommnis vom Jahre 1897 hervor, welches Rabier in seinem Bericht mitteilt. Damals ging die Liqueurfabrik Grand Chartreuse durch notariellen Vertrag von dem einen Vater auf den Namen eines andern über. Das Vermögen der Karthäuser wurde dabei auf 4 400 000 Fr. angegeben, durch eine angeordnete Untersuchung wurde jedoch festgestellt, daß der Wert der Fabrik auf mindestens 7 Millionen zu veranschlagen sei. Die Steuern für die Differenz wurden seitens des Klosters bezahlt. Rabier kommt zu dem Schluß, daß sämtliche 54 Gesuche abzulehnen seien; er ermahnt der Kammer den Vorschlag, nicht über jedes Gesuch im einzelnen zu diskutieren, sondern über jede der drei genannten Kategorien sofort zur Abstimmung zu schreiben.

Der Pariser Gemeinderat verwarf gestern mit 41 gegen 15 Stimmen einen Antrag, die Herstellung des Leuchtgases in eigne Regie zu übernehmen. Verschiedene Redner erklärten, daß dies für die Gemeinde nicht vorteilhaft sei.

### Amerika.

Gegen die Exekutionen haben sich nunmehr die an der Exekution nicht beteiligten Mächte zusammengeschlossen, um es durchzusetzen, daß ihre Forderungen an Venezuela auf gleichen Fuße behandelt werden wie die Englands, Deutschlands und Italiens. Sie werden dabei, dem Vorschlag Amerikas folgend, jedenfalls die Führung ihrer Sache einem amerikanischen Diplomaten überlassen, der diese Forderungen schon deshalb mit der gewünschten Energie führen wird, weil ja die Union sich selbst unter diesem venezolanischen Anti-Dreibund befindet. Ein „Laffan“-Telegramm meldet:

Die Regierung hat den Vorschlag gemacht, Wahne Mc Veagh solle bei dem Haager Schiedsgericht zum alleinigen Vertreter aller derjenigen Mächte ernannt werden, die sich nicht an der venezolanischen Klage beteiligen. Mc Veagh war im Jahre 1870 amerikanischer Gesandter in Konstantinopel, 1881 Attorney General und 1893 Botschafter in Rom. —

Der Marine-Ausschuß des Senats empfiehlt einige Abänderungen der Marine-Etatvorlage des Repräsentantenhauses. Er schlägt u. a. den Bau von vier Kriegsschiffen von 12 000 Tonnen Gehalt vor, anstatt von 16 000 Tonnen Gehalt, ferner den Bau von zwei Kreuzern von 9500 Tonnen anstatt eines. Der Ausschuß empfiehlt weiter, daß die Schiffe von Privatunternehmern hergestellt werden sollen. Sollten aber die Privatunternehmer sich zummentum, um den Preis hinanz zu treiben, so sollen die Schiffe auf den Regierungswerften gebaut werden.

## Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom Freitag, 27. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Budde.

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Vandelow (L. Gührer-Stein) erheben sich die Mitglieder von ihren Sigen.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses regt Abg. Popelius (fr.) an, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mit Rücksicht auf die für diesen in Verbindung mit dem neuen Herrenhaus geplante prunkvolle Dienstwohnung Repräsentationsgelder zu bewilligen. Auch für die Minister sei die Bewilligung erhöhter Repräsentationsgelder zu erwägen.

Abg. Dr. Borck (C.) schließt sich diesen Anregungen namens seiner politischen Freunde an.

Abg. Grafenburg-Strom (L.): Falls die Minister erhöhte Repräsentationsgelder bekommen sollen, würden meine politischen Freunde nichts dagegen haben. Allerdings können und wollen wir Abgeordneten keine Repräsentation der Minister uns gegenüber verlangen. Auf einem ganz andern Standpunkt stehe ich hinsichtlich der Forderung von Repräsentationsgeldern für den Präsidenten dieses Hauses. Diese Sache hat eine grundsätzliche Bedeutung und bedeutet eine Aenderung der Stellung des Präsidenten. Bisher haben unsere Präsidenten nie eine offizielle Repräsentation entwickelt. Diese Thatsache hat ihrer großen politischen Stellung in keiner Weise geschadet. Würde diese Stellung besser, wenn die Präsidenten Repräsentationsgelder bekämen? Nein! Einem Mann von der glänzenden Stellung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses könnte man nur eine sehr glänzende Repräsentationsstellung gewähren. Eine solche Repräsentation aber läßt sich zumal in einer Stadt wie Berlin nicht von heute auf morgen in Scene setzen, sondern muß sich aus langjähriger Tradition entwickeln. Eine einfache Repräsentation wird man doch unsern Präsidenten nicht zumuten. Ich befrage es, daß man eine so große Wohnung für den Präsidenten gebaut hat. Für noch bedenklicher würde ich es halten, wenn man daraus die Konsequenz zöge, daß jetzt unserm Präsidenten Repräsentationsgelder zu bewilligen seien. (Beifall rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Bg.): Wir haben nicht die Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß die Minister pekuniär besser gestellt werden müssen. Ich habe durchaus nicht den Wunsch, daß die

Minister uns gegenüber größere Repräsentation üben. Ich habe gefunden, daß man sich mit den Ministern auch ohne derartige Festlichkeiten ganz gut stellen kann. (Heiterkeit.) Die Bewilligung der Minister ist allerdings sehr bescheiden. Wir können aber abwarten, welche Anträge in dieser Hinsicht an das Abgeordnetenhaus später herantreten werden. Ich kann für meine Freunde nichts in Aussicht stellen. Dagegen haben wir wohl Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Stellung unfres Präsidenten unabhängig sei von der persönlichen Wohlhabenheit des Gewählten. Man muß wenigstens so viel Mittel bewilligen, um dem künftigen Präsidenten das Betwohnen seiner neuen staatlichen Dienstwohnung zu ermöglichen, ohne daß er wesentliche Summen zuzuschließen braucht. Mit den 15 M. Dingen wird er wohl nicht weit kommen. (Heiterkeit.) Wir würden daher dafür stimmen, einem künftigen Repräsentationsgelder zu bewilligen, der die Pracht und Herrlichkeit von uns allen zusammen zu repräsentieren hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Krieger-Königsberg (fr. Bg.): Meine politischen Freunde sind bereit, dem Präsidenten Repräsentationsgelder zu bewilligen. Wie er diese Gelder ausgiebt, müssen wir ihm überlassen. Zu der Frage erhöhter Repräsentationsgelder für die Minister müssen wir uns inre Stellung vorbehalten.

Abg. v. Cynern (natl.): Wir behalten uns zu beiden Fragen, falls sie in der nächsten Session an uns herantreten, unsere Stellung vor.

Der Etat wird bewilligt.

Darauf wird die zweite Lesung des Eisenbahn-Etats fortgesetzt mit dem Ausgabekapitel „Wilhelmshafen - Oldenburger Eisenbahn“.

Beim Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin wünscht Abg. Eckert (L.) die Befestigung eines gefährlichen Niveau-Überganges in der Nähe von Potsdam. Das sei der einzige Niveau-Übergang, der noch in der Umgebung Berlins existiere. Der Minister möge doch der Stadt Potsdam sein besonderes Wohlwollen widmen. Potsdam sei eine arme Stadt, die jetzt durch die Aufhebung des städtischen Octrois noch besonders geschädigt werde. Man sei in Potsdam in großer Sorge und Angst.

Abg. Schall (L.) tritt für Verbesserung der Spandauer Bahnhofsvorhältnisse ein. Auch bei Spandan existierten noch Niveauübergänge an sehr frequentierten Stellen, die unbedingt beseitigt werden müßten. Unfälle seien bei dem jetzigen Zustand ganz unvermeidlich. Die Eisenbahnverwaltung möge doch auf Spandan überhaupt mehr Rücksicht nehmen. Es sei eine arme Stadt, trotzdem sich dort der Juliussturm befände. Am diesen sei er oft herumgegangen mit dem Gedanken: „Ach wenn du wärst mein eigen!“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Eckert (fr.) spricht seinen Dank darüber aus, daß auf dem Bahnhof Potsdam zum Mittelbahnhofs scheinbar freie Zugänge hergestellt werden sollen.

Minister Budde erwidert dem Abg. Schall, daß bei einem größeren Entgegenkommen der Stadt Spandan die Verhandlungen leicht zu einem Ziele führen könnten. Wenn der Bahnhof auf das andre Ufer verlegt würde, hat sich die Stadt Spandan bereit erklärt, 600 000 M. zu den Kosten beizutragen. Diese Summe ist aber viel zu klein im Verhältnis zu den ungeheuren großen Kosten. Die Bahnhofsverwaltung hat der Stadt nun den Vorschlag gemacht, den Bahnhof an der jetzigen Stelle zu belassen und umzubauen und einen neuen Vorortbahnhof auf dem andern Ufer zu bauen. In diesem Falle will Spandan nur 400 000 M. bezahlen. Diese Summe ist aber zu klein.

Auch der Rest des Extra-Ordinariums wird erledigt. In der Debatte wurden lediglich lokale Wünsche in Bezug auf die Bahnanlagen vorgebracht.

Der Minister erklärte, daß er alle die vorgebrachten Wünsche wohlwollend prüfen werde. Dazu gehöre aber dreierteil. Erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld. Er bitte die Herren, die hier Wünsche und Anforderungen stellen, ihn auch in die Lage zu versetzen, Geld zu verdienen und ihre Wünsche auf Tarifermäßigungen zurückzuführen. Ein Minister, der hier auftreten würde und sagen, er habe kein Geld, brauche aber Geld, um den Anforderungen zu genügen, würde einfach ausgelacht werden.

Der Rest des Etats wird debattelos genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Interpretationen v. Arnim betreffend die Korridore in den Stromgedieten der unteren Oder, Havel und Elbe, und Wallbrecht betreffend den Kanalbau auf der Emfischthallinie. Außerdem zweite Lesung des Bau-Etats.

Schluß 5 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

**Lassalleaner.** Unter dieser Ueberschrift werden durch Inserat in der hiesigen „Volks-Zeitung“ Männer gesucht, die zur Wiederbelebung der Lassalleischen Ideen einen Verein gründen wollen. Wenn es sich dabei nicht um Bauernfängererei handelt, dann kann nur die harmlose Spielerei eines politisch und wissenschaftlich ungeschulten unklaren Kopfes vorliegen. Was sich an den Lassalleischen Ideen lebensfähig erwiesen hat, das wird von der heutigen socialdemokratischen Partei mit aller Kraft vertreten und gefördert, die insbesondere die revolutionäre Energie, die der große Agitator der deutschen Arbeiterklasse eingeführt hat, als teures Vermächtnis und als Hebel zur Befreiung pflegt und fördert.

Was aber von Lassalleischen Ideen durch die Entwicklung überholt ist und einer durch vierzigjährige Erfahrung gereiften Erkenntnis hat weichen müssen, das wiederbeleben zu wollen, kennzeichnet sich eben als Schrullenhaftigkeit — sofern es ernst gemeint ist.

Die „Leipziger Zeitung“ beschäftigt sich, daß wir ihr Verleumdung der socialdemokratischen Krankentassen-Beamten vorgeworfen haben. Sie erklärt, sie habe nie daran gedacht, diesen Beamten vorzuwerfen, daß sie Gelder der Kassen der socialdemokratischen Partei zu führten. Wir werden dieses Ingeandrinis für alle Fälle festhalten. Die Behauptung der „Leipziger Zeitung“, daß die Socialdemokratie bestrebt sei, aus ihrer Reichthümlichkeit in den Krankentassen materielle Vorteile für ihre Parteikasse herauszuschlagen, soll jetzt nur so gemeint sein, daß Lieferanten für Krankentassen und Ärzte „mit den üblichen terroristischen Mitteln“ aufgefordert worden seien, Beiträge an die socialdemokratische Parteikasse zu entrichten. Das ist eben so unwahr! Wann, wo, durch wen und an wen sind solche Aufforderungen ergangen? Die „Leipziger Zeitung“ hütet sich, auch nur einen einzigen derartigen Fall anzuführen.

Das Blatt redet dann noch ein Langes und Breites über den socialdemokratischen Terrorismus und verlangt Maßregeln zur Einschränkung der socialdemokratischen Reichthümlichkeit in den Krankentassen. Das kann natürlich nur bedeuten Maßregeln zur Einschränkung des Einflusses der Verächter an die Kassen, Einschränkung der Selbstverwaltung. Ein socialdemokratischer Einfluß auf die Kassen kann sich nur geltend machen, insofern die Verächter, die die Verwaltung beherrschen, Socialdemokraten sind. Diese „socialdemokratischen Elemente“ können aus den Kassenverwaltungen nur verdrängt werden, indem man die Verächter aus den Kassenverwaltungen verdrängt und darauf, das glauben wir gern, ist das heilige Streben aller Reaktionen gerichtet. Es wäre zum Schaden der Kassen und zum Schaden der Verächter, wenn diese Wünsche erfüllt würden.

**Erwählte Verleumder.** Gegen unsern Genossen Ed. Schmidt wird seit längerer Zeit seitens einiger Führer der christlichen Gewerkschaften mit einer verleumderischen Behauptung gearbeitet. Anlässlich des letzten christlichen Gewerkschafts-Kongresses erzählte einer der Gewerkschaftsführer, der socialdemokratische Magistratsrat Schmidt habe als Verwaltungsrat des jüdischen Holzhauses in München den dort beschäftigten Arbeitern verboten, sich der christlichen Organisation anzuschließen. Daraus könne man sehen, wie es die Socialdemokraten treiben, wenn sie die Macht in den Händen haben. Obwohl Genosse Schmidt diese Behauptung als Lüge kennzeichnete, wurde sie doch immer weiter fortgesetzt. Um den Sachverhalt klar zu stellen, strengte Genosse Schmidt gegen zwei der Verbreiter Verleumdungsklage an, die heute zur Verhandlung kam. Da sich ihr Kronzeuge, als er schwören sollte, pöblich „nicht mehr genau erinnern“ konnte, mußten die beiden christlichen Wahrheitsfreunde vor Gericht elend







Reichstag.

269. Sitzung, Freitag, den 27. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen. Dem Reichstanzler als Material überwiesen werden Petitionen betr. Erlaß eines die privatrechtlichen Verhältnisse der Versicherungsunternehmungen regelnden Reichsgesetzes, betreffend Sicherung der Bauordnungen und betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung hinsichtlich der Bestimmungen über die Ruhepausen der Angestellten und den 9 Uhr-Laden-schluss.

Eine Petition, welche Zuziehung von Viehhändlern zu den Vorbereitungen über Abänderung des Viehseuchengesetzes verlangt, wird dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt Petitionen betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung hinsichtlich der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und betreffend Ausdehnung der für den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften geltenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf die Privat- und Fremdenpensionen.

Eine Petition wird, so weit sie Ausdehnung der Lohnzahlungsbücher aus der Gewerbe-Ordnung verlangt, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, dagegen wird der Teil der Petition, welcher Erleichterungen der Führung der Lohnzahlungsbücher in Bezug auf die Unterzeichnung der Lohnentragungen verlangt, dem Reichstanzler als Material überwiesen.

Schließlich werden Petitionen betreffend Einführung eines gesetzlichen wöchentlichen Ruhetages für das technische Bühnenpersonal und betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der Choränger dem Reichstanzler zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend weitere Abänderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Bei Verabschiedung des Invalidenversicherungs-Gesetzes beschloß der Reichstag fast einstimmig eine Resolution, welche Ausfüllung der Lücke zwischen dem Invaliden- und Krankenversicherungs-Gesetz verlangte, indem im § 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Worte „mit Ablauf der 13. Woche“ ersetzt werden sollten durch die Worte „mit Ablauf der 20. Woche.“ Diesem Verlangen kommt die vorliegende Novelle nach. Die Kritik in den Zeitungen hat sich bisher vor allem dagegen gewandt, daß in der Novelle Fragen der Organisation, das Verhältnis zwischen Apothekern und Ärzten nicht geregelt seien und namentlich, daß der Kreis der Versicherungspflichtigen nicht erweitert worden sei. Die Ansichten über diese Fragen gehen aber so auseinander, daß, wenn die verbündeten Regierungen ein derartig umfassendes Gesetz hätten vorlegen sollen, das in dieser Fassung jedenfall nicht mehr möglich gewesen wäre. Andererseits aber wird man zugeben, daß die drei großen Venderungen, welche die Vorlage bringt, indem sie außer der bereits erwähnten Forderung die Krankenunterstützung für 20 Wochen in Anspruch verlängert und die hygienisch gar nicht mehr aufrecht zu erhaltende Maßregel, daß gewisse Krankheiten von der Fürsorge des Krankenversicherungs-Gesetzes ausgeschlossen werden können, beseitigt, die zweifelhaft einen großen sachlichen Fortschritt bedeuten. Alle diese drei Forderungen waren so dringender Art, daß man sie nicht verschließen konnte lediglich deshalb, weil noch zahlreiche andre Wünsche auf dem Gebiete der Krankenversicherung vorliegen. Besonders demangelte man, daß auch jetzt das Krankenversicherungs-Gesetz sich noch nicht systematisch anschließt an das Invalidenversicherungs-Gesetz, indem die Vorschriften der Erwerbsunfähigkeit im Krankenversicherungs-Gesetz weiter begrenzt ist wie im Invalidengesetz. Das ist richtig, aber eine vollkommene Uebereinstimmung könnte hier nur durch Abänderung des Invalidenversicherungs-Gesetzes erfolgen. Außerdem ist die letzte Novelle dieses Gesetzes von 1899 in dieser Beziehung dem Krankenversicherungs-Gesetz erheblich näher gekommen. Dementsprechend ist demangelte, daß der Kreis der versicherten Personen im Krankenversicherungs-Gesetz enger gezogen sei wie im Invalidengesetz. Auch diese sachlich außerordentlich weitgreifende Frage konnte bei dieser Novelle noch nicht erledigt werden, weil die maßgebenden Studien noch nicht abgeschlossen sind. Man kann nur sagen, daß Invaliden- und Krankenversicherung so eng miteinander zusammenhängen, daß sie eigentlich in einer Organisation verbunden sein sollten. Ich gebe zu, daß die Verbindung der Kranken- und Invalidenversicherung noch systematischer sein könnte, aber ich glaube, die Richtung, in welcher sich die sozialpolitische Gesetzgebung in Zukunft bewegt, wird die sein, daß man alle drei Gesetze in ein Arbeiterfürsorge-Gesetz verknüpft, und da wird dann die Frage sein, in welcher Weise dann eine solche Arbeiterfürsorge organisatorisch zu gestalten ist. — Die Vorwürfe, daß wir Bestimmungen aufgenommen haben zum Schutze gegen Untreue und Mißbrauch, die einfach übernommen sind aus dem Invaliden- und Unfallversicherungs-Gesetz, sind nicht gerechtfertigt. Es sind in der That bei den Krankenkassen erhebliche und zahlreiche Mißverhältnisse vorgekommen, und ich glaube, es ist Pflicht der Behörden, Bestimmungen zu treffen, die möglichst solchen Vorgängen vorbeugen. Ich halte es auch für gerechtfertigt, daß wir von einem Arzte, der in einer Krankenkasse eine leitende Stellung einnimmt, verlangen, daß er mindestens die Eigenschaften eines Schöffen erfüllt. Besonders dringend wird ja zur Zeit die Frage der Apothekerfrage diskutiert, aber auch diese Frage ist so freilich, daß, wenn wir sie jetzt schon zum Gegenstand eines Gesetzentwurfs gemacht hätten, wahrscheinlich die Hoffnung nicht vorläge, daß die Vorlage noch in dieser Session verabschiedet werden kann. Ich bitte das Gesetz zu betrachten lediglich als eine Etappe auf dem Wege der Fortführung der Sozialreform. Dieser Reichstag hat sich bereits das hohe Verdienst erworben, sowohl das Invaliden- wie das Altersversicherungs-Gesetz im Interesse der Arbeiter wesentlich zu verbessern und ich glaube, es wird ein schöner Ruhm sein für den bei den nächsten Wahlen einandergehenden Reichstag, wenn es ihm gelänge, die Krankenversicherung auf dem von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Wege zu verbessern. Je mehr sich der Reichstag auf diese Novelle beschränkt, je kürzer die Beratung sich gestaltet, desto mehr wächst die Hoffnung, daß das Gesetz noch in dieser Tagung zur Verabschiedung gelangt und ich kann die Herren versichern, daß dies der dringendste Wunsch der verbündeten Regierungen ist.

Abg. Gamp (Np.):

Die Regierung hat zur Frage des Krankenversicherungs-Reform früher eine andre Stellung eingenommen als jetzt. Sie erklärte seiner Zeit, bei einer solchen Reform müsse gleich ganze Arbeit gemacht werden, heute legt sie uns einen Entwurf vor, den sie selbst als Abschlagszahlung bezeichnet. Wenn die Regierung aber drei Jahre gebraucht hat, um in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Reichstags die Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherungs-Gesetz auszufüllen, so sollte sie uns nicht zumuten, jetzt im Handumdrehen ein Gesetz zu erledigen, das außer den drei vom Staatssekretär namhaft gemachten Bestimmungen eine Reihe anderer Vorschriften enthält, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Der Herr Staatssekretär sprach von der Vereinfachung der drei großen Gesetze als Zukunftsbild. Er schien aber selbst der Meinung zu sein, daß das unerfüllbare Verlangen ist, das in dem Gesetz selbst steht, daß es abschließend befriedigen. Dringend notwendig ist aber die Regelung des Verhältnisses zwischen Apothekern und Ärzten. Auch hat die bisherige Organisation der Krankenkassen

dadurch geführt, daß sich die Unternehmer fast ganz von der Verwaltung zurückgezogen haben. Vielleicht wäre es zweckmäßig, Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig an der Verwaltung zu beteiligen unter Zuziehung eines Mitgliedes der Gemeinde-Verwaltung.

Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind dringlich und auch bis zu einem gewissen Grade sprachreif. Die Verhältnisse, die sich unter sozialdemokratischer Herrschaft in den Krankenkassen entwickelt haben, sind geradezu haarsträubend. (Ho! bei den Socialdemokraten.) Das wirkt ein charakteristisches Licht darauf, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen wird. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren Socialdemokraten schätzen ja die mechanische Arbeitskraft sehr hoch, die geistige Arbeitskraft bei sich selbst auch sehr hoch. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Aber bei Ihnen nicht! — Heiterkeit links.) Wenn es sich aber darum handelt, diejenigen, die den Kassen gegenüber als Arbeitnehmer anzusehen sind, zu bezahlen, so schätzen Sie (zu den Socialdemokraten) die geistige Arbeitskraft sehr niedrig ein! (Zuruf bei den Socialdemokraten. — Präsident Graf Posadowsky bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Wir sind solche Unterbrechungen nicht unangenehm, bloß dem Herrn Präsidenten. (Heiterkeit.) Es hat sich geradezu ein ärztlicher Rosthaufen herausgebildet. Die Ärzte bekommen für das Verschreiben von Rezepten vielfach bloß 17—20 Pf. für einen Besuch 50 Pf. (Hört, hört! rechts.) Muß man sich nicht schämen, daß man den Ärzten zumutet, sich mit solchen Honoraren zu begnügen? Sie (zu den Socialdemokraten) stellen sich hier ganz auf den kapitalistischen, freihändlerischen Standpunkt, wonach Sie die Arbeit so billig wie möglich zu bekommen suchen. Sie scheuen sich nicht, den Ärzten Dmgersöhne zu zahlen! (Lebhafte Widerspruch und Gelächter bei den Socialdemokraten.)

Redner weist im weiteren auf die Schwierigkeiten der Krankenpflege auf dem Lande hin. Dort vermisst, besonders in den weit von der Bahn entfernt gelegenen Ortschaften, die ärztliche Behandlung sehr hohe Kosten. Wir haben auf dem Lande zwar keine gesetzliche Krankenversicherung, aber die obligatorische Krankenfürsorge liegt in unserem Herzen! (Gelächter und Zurufe bei den Socialdemokraten.) Schwingen Sie (zu den Socialdemokraten) doch und unterlassen Sie Ihr thörichtes Gern!

Präsident Graf Posadowsky: Herr Abgeordneter, Mitglieder dieses Hauses lassen nie thöricht! (Große Heiterkeit.)

Abg. Gamp (fortfahrend):

Der ländlichen Bevölkerung muß die ärztliche Pflege verbilligt und leichter zugänglich gemacht werden. In den ländlichen Ortschaften müssen Ärzte und Apotheken domiziliert werden. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Gesetzentwurfes beantrage ich seine Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Wahrscheinlich wird es allerdings nicht möglich sein, das Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden. Dennoch ist eine gründliche Durchberatung am Platze als Grundlage für die neue Vorlage im nächsten Jahre. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (C.):

Die Frage ist die, ob wir das Gesetz noch in dieser Session verabschieden wollen in der Form, daß wenigstens die Krankenunterstützung bis auf 20 Wochen ausgedehnt wird, oder ob wir die Vorlage noch mit andern Materialien belassen wollen und dadurch die Möglichkeit ausschließen, den Entwurf noch in dieser Session zu erledigen. Ich meinerseits bin der Ansicht: wir wollen die Vorlage noch in dieser Session erledigen. Man braucht der Ueberweisung an eine Kommission an sich nicht entgegenzusetzen. Die Beratung in der Kommission könnte auch beschleunigt werden. (Beifall rechts richtig! im Centrum und links.) Ich wünsche allerdings, daß der Antrag auf Verweisung an eine Kommission zurückgezogen würde.

Wir stimmen der Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 20 Wochen durchaus zu, zumal eine Reihe größerer Krankenkassen bereits mit dieser Erweiterung ihrer Verpflichtungen vorangegangen ist. Bei einzelnen Bestimmungen liegen aber bei meinen politischen Freunden doch Bedenken vor; zunächst kommt da in Betracht, ob in § 26a, Abs. 2 die Worte: „durch geschlechtliche Ausschließungen“ gestrichen werden sollen. (Wahl bei den Socialdemokraten.) Wir haben im Reichstags bis jetzt stets eine solche Ausdehnung der Entschädigungspflicht für geschlechtliche Krankheiten abgelehnt und haben die Behandlung solcher Krankheiten denen überlassen, die sie sich zugezogen haben. (Unruhe links.) Ob, wie in den Motiven gesagt wird, diese Krankheiten so eine große Ausdehnung genommen haben, daß der Gesundheitszustand der Allgemeinheit dadurch gefährdet wird, will ich dahingestellt sein lassen. Wir halten aber daran fest, daß wer sich die Krankheit zugezogen hat, auch die Kosten dafür bestreiten kann, daß diese Kosten nicht auch den andern zufallen, die an solchen Krankheiten nicht leiden. Die Verurteilung auf die Seemannsordnung ist nicht stichhaltig.

Weitere Bedenken hegen wir gegen den Zusatz zum § 34a, wonach Personen, die unfähig zum Amte eines Schöffen sind, auch keine Rechnungs- oder Kassensührer im Vorstande einer Krankenkasse sein können. Die Qualität eines Schöffen hat mit diesen Beamtenstellungen nichts zu thun. Man müßte infolge eines solchen Zusatzes geradezu das Strafgesetzbuch damit abändern, daß die Unfähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes sich auf solche Krankenkassen-Stellungen erstreckt. Eine Ungerechtheit wäre es geradezu, solche Personen, gegen die die Hauptverhandlung eröffnet ist, für unfähig zur Verrichtung solcher Stellen zu erklären. Wie ungerecht diese Bestimmung überhaupt ist, beweist das Beispiel eines Leipziger Stadtrats, dem seine Stellung aberkannt wurde, als das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet war und der diese Stellung auch nicht wieder übernehmen konnte, als er für unfähig befunden wurde. Dieser Zusatz zu § 34a sollte ganz weggelassen und nur bestimmt werden, daß diese Vorstandsstellungen im Falle der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen den betreffenden Inhaber suspendiert werden.

Wichtiger als der Gesetzentwurf selbst sind allerdings die Bestimmungen, die der Gesetzentwurf nicht enthält. Aber die Art, wie Abg. Gamp die Frage der ärztlichen Honorare hier behandelt hat, halte ich doch nicht für richtig. Geheimrat Jacher z. V. tritt für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ein. Ich gebe zu, daß viele Härten gegenüber einzelnen Ärzten namentlich in kleineren Orten vorliegen. Hier müßte auch die Kollegialität unter den Ärzten mehr thun. In den großen Städten macht sich namentlich durch Hinzuziehung von Revisionsärzten, die Sache ganz gut. Gegen die vom Abgeordneten Gamp gewünschte Gleichstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Vorstand unter Hinzuziehung eines Gemeindebeamten herrscht unter den Arbeitern selbst das heftigste Widerstreben, auch unter den nicht sozialdemokratischen. Die Arbeiter erkliden darin eine Art Bureaukratismus. Ich betone noch, daß wir bei der Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten nicht von dem Wunsche befreit sind, an den Kosten sparen zu wollen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rostendorfer (Soe.):

In der Kommission, die sich mit der Abänderung der Invalidenversicherung beschäftigte, hatten meine Freunde bereits einen Antrag auf Abänderung der Krankenversicherung eingebracht, um diese wenigstens in Einklang mit der Invalidenversicherung zu bringen. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt. Jetzt kommt die Regierung mit einer Novelle, die ihrem sachlichen Inhalt nach nicht einmal so weit geht, wie unser damaliger Antrag. Wir verlangten damals und halten diese Forderung auch heute noch für ebenso notwendig, daß der Rahmen der Versicherten im Krankenversicherungs-Gesetz ebensoviele gezogen sei wie im Invalidenversicherungs-Gesetz, damit bei der Einsetzung des Seilverfahrens ein gleichmäßiges Verfahren garantiert ist. Daß die Ausdehnung der Unterstützungspflicht auf 20 Wochen so großer Vorbereitungen bedürftig hat, wird niemand

glauben. Wir haben schon bei unserm Antrag das notwendige Material beigebracht, um zu beweisen, daß die große Mehrzahl der Kassen ohne weiteres die höheren Leistungen gewähren kann, daß sie auch nach dem Stande der Gesetzgebung ihre Beiträge erhöhen können, wenn es erforderlich ist. Alles das gehen jetzt die Motive selber zu. Wir hatten auch bereits die Festsetzung eines Mindest-Zages für den Durchschnitts-Zagelohn vorgeschlagen. Die Novelle hilft sich so, daß man den Durchschnitts-Zagelohn, wie ihn das Unfallversicherungs-Gesetz für die Land- und Forstwirtschaft vorschreibt, für die Krankenversicherung aufnimmt. Dieser Vorschlag mag ja gewiß besser sein als die gegenwärtigen Bestimmungen. Aber ob sie ausreicht, um alle Uebelstände zu beseitigen, muß ich bezweifeln. Die Regierung hat ja selber in letzter Zeit auf eine andre Festsetzung des ortsüblichen Zagelohns gedrungen. Es steht fest, daß der ortsübliche Zagelohn in manchen Gegenden Sachsens 1 M. beträgt. Danach würde einem Kranken ein Krankengeld von nicht einmal 50 Pf. zustehen. Wenn er in ein Krankenhaus gebracht würde, würde seine Familie eine tägliche Unterstützung von 25 Pf. erhalten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das sind so winzige Beträge, von denen keine Familie erhalten werden kann. Wenn man bei einzelnen Kassen an eine Beitragserhöhung von 50 Proz. denkt, dann hätte auch eine höhere Familien-Unterstützung in Betracht gezogen werden sollen. Die Hauptfrage aber bleibt, weshalb die Krankenversicherung nicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefolge ausgedehnt werden soll. Herr Gamp hat hier zu beweisen versucht, daß die ländlichen Arbeiter im Falle einer Krankheit günstiger daran seien, als die städtischen. Nachher aber hat er gesagt, man könnte dem kleinen Grundbesitzer nicht zumuten, solche Lasten wie die Krankenversicherung zu tragen. Daraus sieht man, daß für den ländlichen Arbeiter doch nicht so gut gesorgt sein muß. Immer wieder wird die Nothlage der Landwirtschaft vorgeschoben, um diese Reformen zu hintertreiben. Aber damit, daß wir die Krankenversicherung den Landarbeitern vorzuziehen, werden die Lasten der Krankheit nicht aus der Welt geschafft. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie sind einmal vorhanden und werden bei der Krankenversicherung von der Masse getragen. So lange aber für die Landarbeiter keine Krankenversicherung besteht, müssen diese Lasten auf die Schultern der im Verhältnis geringen Zahl erkrankter Landarbeiter gelegt werden, die nun allein tragen müssen, was nach Herrn Gamps Versicherung die Gesamtheit der Beteiligten nicht tragen kann. (Sehr gut! bei den Soc.) Dabei sind thätigst bei dem jetzigen Zustande der Dinge den kleinen Grundbesitzer einige Lasten aufgebürdet, die er auch tragen muß. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat der Dienstherr die Pflicht, für den erkrankten Diensthöten, den er in seine häusliche Gemeinschaft aufgenommen hat, zu sorgen und ihm sechs Wochen lang Arzt, Medizin und Verpflegung zu stellen. Statt des Kasernenarztes muß er jetzt einen andern Arzt stellen, der nach Herrn Gamps Behauptung große Summen für seine Bemühungen in Anspruch nimmt. Der Ausschluß der Landarbeiter und Diensthöten von der Krankenversicherung bleibt ein Unrecht. Wir hören immer, dieses sociale Versicherungs-Gesetz sei eine Wohlthat. Da wäre es angebracht, wenn die Herren uns einmal sagen wollten, was die Landarbeiter und Diensthöten eigentlich verdienen können, daß sie mit dieser Vorsehung bestraft werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ist es die Zufriedenheit der Landarbeiter, die diese Forderung verdient? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenn die kleinen sozialen Fortschritte der Socialdemokratie zu danken sind, so werden die Landarbeiter vermutlich dafür bestraft, daß sie noch keine Socialdemokraten sind, und es wird erst besser für sie werden, wenn sie Socialdemokraten geworden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Landwirtschaft hat durch den Jollistax jetzt so viel in den Schoß geworfen erhalten, daß sie wohl in der Lage ist, etwas für die Krankenversicherung der Landarbeiter auszugeben. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, das Ideal sei die Verschmelzung der drei Versicherungsorten. Aber diese Idee muß einmal eingeleitet werden und die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß der Kreis der Versicherten gleich gezogen wird. Dann kann die Verbindung der Kranken- und Invalidenversicherung sehr leicht hergestellt werden. Für die Krankenversicherung muß aber ein andres Ziel ins Auge gefaßt werden. Sie soll eine Organisation zur Hebung der Volksgesundheit werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Deshalb muß sie natürlich alle Arbeiter umfassen und soviel leisten, daß die Familien nicht im Grolde verfallen. Sie muß vorbeugend gegen Krankheiten wirken und die Beschäftigung ist unter Umständen viel billiger als die Heilung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wird das als leitender Gesichtspunkt aufgestellt, so kommen wir auch zu einer besseren Regelung der ersten Frage. Leider haben die Ärztevereinigungen, die sich bisher mit der Krankenversicherung beschäftigt haben, das ideale Ziel, die Krankenversicherung zu einer Organisation zur Hebung der Volksgesundheit zu machen. Für sie ist die Krankenversicherung lediglich eine Lohnfrage. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wie oft ist nicht schon behauptet worden, die Ärzte würden durch die Krankenversicherung proletarisirt. Ich will gewiß zugeben, daß die ökonomische Lage der Ärzte herabgeht. Es handelt sich hier aber nur um ein zeitliches Zusammenfallen. Im Jahre 1876 gab es 13 700, im Jahre 1887 15 800, im Jahre 1901 aber bereits 28 000 Ärzte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dann kann man sich nicht wundern, daß die wirtschaftliche Lage der Ärzte sinkt. Nun behauptet Herr Gamp, die Kassen bezahlen die Ärzte unter aller Renone. Dabei ist es merkwürdig, daß die Sache immer so dargestellt wird, als seien die Ärzte ganz von den Kassen abhängig, als gäbe es gar keine Privatpraxis mehr. In der That ist aber nach der letzten Zählung nur ein Drittel der Bevölkerung gegen Krankheit versichert, zwei Drittel bleiben für die freie Praxis übrig, und nun soll die schlechte Bezahlung bei den Krankenkassen die Proletarisierung des gesamten Standes der Ärzte herbeiführen. Das ist doch eine eigenartige Logik. Man muß doch wohl annehmen, daß in der freien Praxis auch nicht viel besser bezahlt wird. Herr Gamp erinnere ich daran, daß das Verhältnis zwischen Krankengeld und Arztgehonorar sich heute so stellt, daß von dem, was der Arzt für den Besuch einer Woche bekommt, der Kranke mindestens 2/3 Tage in der Woche mit seiner Familie leben soll. Wenn also das Arztgehonorar erhöht würde, so würde wahrscheinlich in demselben Verhältnis das Krankengeld herabgehen müssen. Freilich für Herrn Gamp kommt es nicht darauf an, was der Kranke bekommt, wenn nur der Arzt standesgemäß leben kann. Die Bewegung der Ärzte ist eine rein kapitalistische, und wir haben keine Veranlassung, kapitalistische Bewegungen zu unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sociald.) Ich will nur an den Gerater Krankheitsfall erinnern. In rücksichtsloser Weise wurde der gegen die Ärzte vorgegangen. Die Kranken wurden einfach im Stich gelassen, ja es ist soweit gekommen, daß vor kurzem ein Kranker in Jena von einem Professor nicht in die Klinik aufgenommen wurde, weil er aus Gern kam. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Professor meinte, er thue es im Interesse der Kollegialität und die allermeisten Thüringer Ärzte billigten sein Vorgehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Will man bei der Krankenversicherung die Ärztefrage regeln, dann wäre das in zweierlei Form möglich: entweder man geht dazu über, daß man dem Kranken einfach das Krankengeld gibt und ihn nur verpflichtet, sich in ärztliche Behandlung zu geben. Dann haben die Ärzte allerdings die freie Praxis, vorausgesetzt, daß die Versicherten nicht den Weg beschreiten, den sie früher gegangen sind, indem sie sogenannte Medizinervereine gründeten, die sich Ärzte für billiges Honorar anstellen, und dadurch wieder die freie Praxis in Kasernenpraxis umwandeln. Oder es ist der zweite Weg möglich, daß die Ärzte als volkswirtschaftliche Kräfte von der Krankenfrage angefaßt werden. Dann kann man vielleicht



Beschlüssen über ein Minimalhonorar usw. im Gesetz aufnehmen. Nur gibt es, wenn sich einmal die Gesetzgebung auf die Regelung der Lohnfrage einlassen will, doch wohl noch recht viele andere Leute, die zunächst Anspruch auf einen Minimallohn erheben könnten, als gerade die Ärzte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Erreichung des Ideals des Herrn Staatssekretärs in Bezug auf die Vereinigung der Versicherungen wäre es vor allem nötig, daß man zunächst in der Krankenversicherung zu einer Vereinheitlichung der Organisation überging, um die vielen Arten von Klassen, die heute bestehen, wie Gemeindefassen, Betriebsklassen, Vorklassen, Jungungsklassen, freie Hilfsklassen etc. zu beseitigen. Tatsächlich haben die Gemeindefassen bewiesen, daß sie nicht besonders leistungsfähig sind. Auch haben die Arbeiter in ihnen gar keine Rechte in der Verwaltung, während sie doch bei der Invalidenversicherung und dem Schiedsgericht für Unfallversicherung beteiligt sind. Ebenso wenig Berechtigung haben die Jungungsklassen. Es handelt sich doch nicht um ein Gesetz gegen Krankheiten der Jungungen sondern gegen Krankheiten der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Betriebsklassen sind zwar leistungsfähig, aber sie bringen für die Arbeiter einen nicht zu unterschätzenden Uebelstand mit sich, indem in den meisten Betrieben, wo Betriebsklassen vorhanden sind, ältere Arbeiter überhaupt nicht mehr in Arbeit genommen werden. So wird diese Wohlthat der Krankenversicherung zu einer Ursache der Arbeitslosigkeit. So lange wie Betriebsklassen bestehen, sind die freien Hilfsklassen notwendig. Denn unter Umständen kann der Arbeiter sich dadurch retten, indem er sagt, ich brauche nicht Mitglied der Betriebsklasse zu werden, denn ich bin in der allgemeinen Hilfsklasse. Wenn aber alle übrigen Klassen aufhören, dann verliert auch die freie Hilfsklasse ihre Berechtigung.

Wenn ich mich nun zur Vorlage selbst wende, so ist es selbstverständlich, daß die Teile, die wir früher selbst beantragt haben, unsere Zustimmung finden. Herr Spahn hat sich dagegen erklärt, daß man den Geschlechtskranken Geld gewährt. Es ist eine eigenartige Vermischung, wenn man Moralpredigten und Krankenbehandlungen durcheinander rührt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ausschluß der Geschlechtskranken würde keineswegs irgend einen gesellschaftlichen Nutzen haben. Denn dadurch, daß man die Geschlechtskranken von der Unterstützung ausschließt, bekämpft man nicht etwa die Lasterhaftigkeit, welche das Centrum bekämpfen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird doch kein Mensch zu geschlechtlichen Ausschweifungen kommen, weil er weiß, daß er eventuell auf Krankenunterstützung rechnen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Teil dieser Kranken wird, wenn er vom Krankengesetz ausgeschlossen wird, den Kurpfuschern in die Hände fallen. Sie werden schließlich am ganzen Körper siech. Auf Grund dieses Siechtums, dessen Herkunft häufig nicht mehr leicht festzustellen ist, fallen sie den Krankenkassen anheim und verursachen ihnen dann viel mehr Kosten, als wenn sie von vornherein bei der Geschlechtskrankheit Unterstützung und ärztliche Hilfe von diesen erhalten hätten.

Sehr wichtig wäre es, wenn die Krankenkassen das Recht bekämen, größere Organisationsverbände zu schließen. Jetzt können nur die Krankenkassen, die zu einer unteren Verwaltungsbehörde gehören, sich zusammenschließen. Aber ein einziger Städtekomplex, wie Hamburg und Altona, zerfällt in drei bis vier untere Verwaltungsbehörden. Wenn die Krankenkassen größere Verbände schließen könnten, so würden die Verwaltungskosten billiger werden. Schon jetzt verursacht die Zersplitterung der Versicherung in verschiedenen Zweigen große Verwaltungskosten, und wenn die Witwen- und Waisenversicherung durchgeführt würde, so werden die Kosten vom Centrum — von denen freilich niemand in Saale ist (Heiterkeit) — wohl auch wieder daran denken, eine besondere Organisation zu schaffen.

Wir sehen ein, alle Wünsche können in dieser Session nicht erfüllt werden, und wie wir damals beim Invalidengesetz uns bereit erklärten, diese Sache schnell zu erledigen, so sind wir auch gegenwärtig dazu bereit.

Ich möchte nur noch eine Frage erwähnen. Einzelne Krankenkassen-Organen haben geglaubt, es würde selbst nach Annahme dieser Novelle ein Anschlag an die Invaliditätsversicherung nicht vorhanden sein, da man die Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Krankengesetzes verschieden auffassen könnte. Ich habe bereits früher derartige Fragen verneint und gesagt: wenn man unter der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invaliditätsgesetzes etwas anderes verstehen wollte als im Sinne des Krankengesetzes, dann wäre schon im alten Invaliditätsgesetz § 10 einfach überflüssig gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn früher verschiedene Auffassungen möglich waren, so doch keinesfalls auch jetzt noch. Denn wenn irgend ein Gesetz extra zu dem Zweck gemacht wird, um den Anschlag herzustellen, so wäre es ein Übel, wenn man durch die Interpretation irgend eines Wortes den ganzen Zweck des Gesetzes illusorisch machen wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Endlich noch eins. Ich habe bei Beratung der Seemanns-Ordnung darauf hingewiesen, daß es doch dringend notwendig sei, auch für die Seelenleute statt 13 Wochen 26 Wochen Krankenunterstützung zu bewilligen. Damals wurde seitens der verbündeten Regierungen ganz bestimmt versprochen, daß dies in der Krankenversicherungs-Novelle mit erledigt werden solle. Nun wird aber der § 59 der Seemanns-Ordnung, der entsprechend geändert werden müßte, in dieser Novelle gar nicht erwähnt. Es wird wohl nur vergessen sein. Es muß hier eine Einheitsleistung in der gesamten Krankenversicherung herbeigeführt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Endemann (nall.):

Es wird allerdings ein schönes Ziel sein, wenn die Ärzte mehr als bisher schon bei ihrem Studium auf die Verhinderung von Krankheiten der Arbeiter hingewiesen werden. Dagegen folge ich dem Vorredner nicht ganz bei seinen Angaben über die ärztliche Statistik. Ich bin dabei ganz frei von zünftlerischen Bestrebungen, ich stimme den Bestrebungen vieler Ärzte, aus der Gewerbe-Ordnung herauszukommen, nicht zu. Einverstanden bin ich wieder mit dem Vorredner darin, daß die Unterstützungs-pflicht für geschlechtliche Krankheiten unbedingt in der Vorlage bestehen bleiben muß. Sollte man diese Krankheiten wieder herausnehmen, so würde bei der furchtbaren Ausbreitung dieser Krankheiten entsetzliches Unglück in den Familien entstehen. Ich bedaure sehr, daß man die ärztlichen Vertretungen absolut nicht zur Vorbereitung dieser Novelle hinzugezogen hat. So ist der uns jetzt vorliegende Entwurf ganz lädenhaft geworden. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten und Apothekern wird darin gar nicht geregelt. Was ist denn eine Krankenkasse ohne Ärzte? Die jetzigen Zustände — Ärztestreiks und Boykottierung von Apotheken — sind doch unhaltbar. Ich bedaure ja die Ärztestreiks, aber übel zu nehmen sind sie den Ärzten, die vielfach geradezu in eine Notlage kommen, nicht. Die Löhne im Arztstand sind zweifellos im Niedergang begriffen. Trotzdem setzen sich die Notive zur Novelle über diesen Notstand völlig hinweg. Es wäre eine ganz leichte Sache, diese Verhältnisse zu regeln, indem man die freie Arztwahl obligatorisch für die Krankenkassen annähme. Das Vertrauen des Patienten zum Arzte kommt nur bei diesem Zustande zu seinem Rechte, nicht aber bei den Vorschlägen des Abg. Wollenbühr. Vielleicht könnte auch ein Einigungspunkt zwischen den Krankenkassen-Vorständen und der Ärzteschaft in die Novelle aufgenommen werden. Wir stimmen dem Antrage auf Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Fehr v. Nichtsosen-Damsdorf (kons.):

Ich muß mich zunächst gegen eine Notiz des „Vorwärts“ wenden, die unsere Partei direkt verächtlich. Der „Vorwärts“ hat unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Konservativen

Korrespondenz“ die Behauptung aufgestellt, daß wir darauf ausgingen, die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz zu Falle zu bringen. Ich habe aber schon am 9. Februar d. J. im Namen meiner Partei den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß bei der Beratung dieses Gesetzes alle Parteien sich der äußersten Mäßigung befleißigen möchten. Wer die Materie mit weitergehenden Fragen befaßt, würde die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes tragen müssen. Meine politischen Freunde würden in jeder Beziehung darauf hinwirken, daß nicht andre, wenn auch berechtigte, so doch weniger dringliche Fragen in die Diskussion hineingeworfen würden. Das ist auch heute noch unser Standpunkt, aber etwas total anders als das, was der „Vorwärts“ uns imputiert. Wir werden demgemäß alle Vorschläge, sei es in der Novelle selbst, sei es aus dem Hause, genau daraufhin unter die Lupe nehmen, ob sie das Zustandekommen der Vorlage in dieser Session erschweren. Ich unterlasse deshalb alle Vorschläge wegen der Ärzthonorare, der Zusammensetzung der Krankenkassen-Vorstände usw. Ich will auch nicht hypothetisch auf das eingehen, was nicht in der Vorlage steht. Was die Einbeziehung der geschlechtlichen Krankheiten anlangt, so habe ich mich früher dafür ausgesprochen, daß geschlechtliche Krankheiten anders behandelt werden müßten wie andre Krankheiten. Aber: *Victrix causa* *placuit*, *sed victa* *Cato* (die siegreiche Sache hat den Göttern gefallen, aber die Beflegte dem Gato). Es können auch vom Standpunkte der Volkshygiene viele Gründe für die Einbeziehung dieser Krankheiten in die Entschuldigungsverpflichtung angeführt werden. Außerdem ist die Frage bereits bei der Seemanns-Ordnung und bei der Invaliditätsversicherung bereits prinzipiell entschieden und wir werden deshalb der Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz nicht widersprechen.

Die Ausdehnung der Schonzeit für Wöchnerinnen von vier auf sechs Wochen halte ich für voll berechtigt. Die mangelnde Schonzeit der Wöchnerinnen war bisher namentlich auf dem Lande oft eine Quelle dauernden Siechtums. Den Wunsch, daß den Familienmitgliedern der Wöchnerinnen Unterstützung gewährt werde, halte ich an sich für berechtigt, aber eine solche Belastung würde das Zustandekommen dieser Novelle gefährden. Eine Erhöhung der Beiträge zu den Krankenkassen muß unzweifelhaft eintreten. Die Mehrkosten lassen sich aber auch nicht annähernd sparen. Jedenfalls bedürfen die Festsetzungen der Beiträge in den einzelnen Klassen der sorgfältigen Prüfung seitens der höheren Verwaltungsbehörden. Redner führt noch eine Reihe von Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Novelle an und schließt: Ich persönlich würde es für richtig halten, die Vorlage nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern gleich im Plenum in zweite Beratung zu nehmen, aber ich spreche in dieser Beziehung nicht im Auftrage meiner Partei.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Es handelt sich nicht darum, wie Herr Camp meinte, ob das Gesetz ein halbes Jahr früher oder später zu Stande kommt, sondern darum, ob dieser Reichstag noch einen Schritt weiter in der Sozialreform macht. Ich verstehe nicht, wie Herr Camp es noch so eilig damit haben konnte, daß dies Gesetz auf die Tagesordnung kommt, während heute kein Fraktionsgenosse Dr. Endemann klipp und klar beantragte, das Gesetz auf die lange Bank der Kommissionsberatung zu schieben. Ich bin ja überzeugt, daß die Gegner der Sozialreform alles thun werden, um das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session zu verhindern, sie werden selbst vor einer Obstruktion in der Kommission oder im Plenum nicht zurückweichen. Wir sind jedenfalls gewillt, diesen Fortschritt noch durch den alten Reichstag verabschieden zu lassen und die, die das nicht wollen, mögen die Verantwortung dafür übernehmen. Zu großen Debatten wird ja jedenfalls die Frage der freien Arztwahl führen. Wir halten die freie Arztwahl für notwendig, um den ärztlichen Stand zu heben. Die Krankenkassen leiden viel mehr an den hohen Medizinalkosten, als an den Ärzthonoraren, und die Regelung des Verhältnisses der Apotheker zu den Krankenkassen wäre viel wichtiger als die Regelung der Arztfrage. Es müßte den Krankenkassen ermöglicht werden, sich unabhängig von den Apothekern billige Medikamente zu verschaffen. Mit Herrn Endemann bin ich darin einverstanden, daß die Geschlechtskranken nicht von der Krankenkassen-Behandlung ausgeschlossen werden dürfen, aber ich gehe noch weiter, ich verlange, daß auch Trunksüchtigkeit kein Grund zum Ausschluß vom Krankengeld sein darf. Darunter leidet viel weniger der Betroffene selbst, als seine Familie, ganz abgesehen davon, daß Trunksüchtigkeit ein äußerst beherrschbarer Begriff ist. Herr Dasbach meinte ja sogar, trunksüchtig sei jeder, der täglich ein Glas Wein oder drei Glas Bier trinkt. (Große Heiterkeit.) — Wir sollten diese Vorlage ohne Fögern verabschieden. Wir könnten in der That mit keinem beglückteren Gefühl nach Hause gehen, als wenn unsere parlamentarische Thätigkeit damit abschloße, daß wir auf dem Gebiete der Sozialreform einen Schritt weiter thun. (Bravo! links.)

Abg. Hoffmeister (fr. Sp.):

Wir sind mit der Vorlage einverstanden und hoffen, daß sie möglichst schnell, sei es in der Kommission oder im Plenum erledigt wird. — Die freie Arztwahl würde in den allermeisten Fällen zum Ruin der Krankenkassen führen. Ich bin der Regierung dankbar, daß sie diese Frage vorläufig ganz beiseite gelassen hat. Leider ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landwirtschaft noch nicht vor-gesehen. Durchführbar wäre dies jedenfalls, die kleinen Landwirte sind auch zum großen Teil mit dieser Ausdehnung einverstanden. — Diese Fragen wären in der Kommission zu erwägen, jedenfalls hoffen wir, daß das Gesetz möglichst bald verabschiedet wird.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Meine Freunde sind mit der Vorlage einverstanden. Leider ist die sehr wichtige Arztfrage nicht geregelt. Ich halte die freie Arztwahl mit Herrn Lenzmann für durchaus notwendig.

Abg. Hofmann-Dillenburg (nall.):

Die Novelle bildet eine sehr bedeutsame Verbesserung des bestehenden Zustandes. Meine Freunde haben auch den Wunsch, daß die Vorlage, wenn möglich, noch in dieser Session erledigt werde. Mit der Einbeziehung der Geschlechtskrankheiten in die Unterstützungsverpflichtung sind wir einverstanden. Erwägenswert wäre weiterhin die Anregung des Abgeordneten Lenzmann, auch Trunksüchtigkeit nicht als Grund zum Ausschluß vom Krankengeld zu betrachten. Das Gesetz ist aber weniger charakteristisch durch das, was es enthält, als das, was nicht darin enthalten ist. Wenn wir das Gesetz in der vorliegenden Form verabschieden, so verschieben wir damit die Erfüllung anderer dringender Reformen um Jahrzehnte. Deshalb müssen wir auf irgend eine Weise einen Zwang in das Gesetz hineinschreiben, wonach die Regierung und der kommende Reichstag zur Vornahme dieser Reformen angehalten werden. Eine Kommissionsberatung halten wir für notwendig, damit wenigstens die allerdringendsten Reformen noch in dieser Session in das Gesetz hineinkommen. Sollten wir auch durch die Kürze der Zeit gezwungen sein, vorläufig nur vorübergehende Bestimmungen, also gewissermaßen ein Notgesetz zu schaffen, so wäre das immer noch besser, als wenn die Novelle in dieser Session ganz unter den Tisch fielen. Sehr gefreut habe ich mich über die Ideen, die der Graf Polodowsky für die Zukunft ansetzte. Die Krankenversicherung muß in der That mit der Zeit die Grundlage auch für die andere Versicherungszweige werden. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Abg. Köpcke-Deffau (fr. Sp.):

Der Reichstag hat direkt die Pflicht, diese Novelle noch in dieser Session zu verabschieden. Ich sehe absolut keinen Grund für eine Kommissionsberatung. Gleich gibt es noch viele Wünsche auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, aber diese Wünsche müssen jetzt zurückstehen, damit wenigstens die in der Vorlage

enthaltenen Verbesserungen noch in dieser Session Gesetz werden. Die Vereinigung der drei Versicherungszweige in einer Organisation, die gewiß wünschenswert wäre, wird wohl noch nach langen Jahren nicht Wirklichkeit werden, und auch der berechtigte Wunsch des Herrn Wollenbühr auf Vereinheitlichung der Krankenversicherung wird nicht leicht zu erfüllen sein. Die Erfüllung des Wunsches des Herrn Camp, die Verwaltung in den Krankenkassen paritätisch zu gestalten, würde die jetzigen Rechte der Arbeiter wesentlich beeinträchtigen. — Zu der Forderung des Herrn Camp auf Ausdehnung der Krankenversicherung habe ich kein rechtes Vertrauen, zumal er gerade die Landwirtschaft von der Krankenversicherung auch weiterhin ausgeschlossen wissen wollte. Jedenfalls würde die Ausdehnung des Kreises der Versicherten das Zustandekommen der Vorlage in dieser Session sehr erschweren. Die Frage, ob freie Arztwahl einzuführen ist oder nicht, muß noch eine offene bleiben, zumal dieser Begriff noch keineswegs ganz geklärt ist. Die freie Arztwahl kann unter gewissen Verhältnissen sehr günstig wirken, unter anderen Verhältnissen ist sie direkt undurchführbar. Gerade die geschäftlichen Ärzte, die Autoritäten, haben kein Interesse an der freien Arztwahl, und andererseits werden die Arbeiter nicht in der Lage sein, diese Ärzte zu kontrollieren. Die freie Arztwahl würde sich mithin als ein zweischneidiges Schwert erweisen. Die Behauptung, daß die Ärzte durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschädigt seien, ist nicht ohne weiteres richtig. Es hat dadurch eine Konzentration, aber auch eine wesentliche Erweiterung der ärztlichen Thätigkeit stattgefunden. Die Ärzte müßten, wie alle andere Stände, durch freie Vereinbarungen eine Verringerung ihrer Honorare anstreben. Auch die Arbeiter haben doch ein Interesse daran, die Ärzte besser zu bezahlen.

Die Einbeziehung der Geschlechtskrankheiten in die Unterstützungsverpflichtung ist die natürliche Konsequenz unserer Beschlüsse beim Invalidengesetz und bei der Seemanns-Ordnung. Weiterhin haben die Arbeiter ein großes Interesse daran, daß die ortsüblichen Löhne so festgesetzt werden, wie sie der Wirklichkeit entsprechen. In derselben Gegend gibt es ja oft ganz ungerechtfertigte Differenzen.

Gegen eine Kommissionsberatung habe ich nichts einzusetzen. Man müßte dann aber von allen nicht absolut dringlichen Forderungen absehen, sonst würde die Vorlage in dieser Session nicht aus der Kommission herauskommen. Nur wenn alle Parteien die ernste Absicht haben, das Gesetz zu verabschieden, wird dies möglich sein. (Beifall links.)

Abg. Raab (Anst.): Ich begrüße die Novelle mit Freuden. Es müßte aber wenigstens versucht werden, die wichtigsten weiteren Reformen noch in das Gesetz hinein zu arbeiten, so die obligatorische Einbeziehung der Handlungsgelassen und die Regelung des Verhältnisses der Krankenkassen zu den Ärzten.

Staatssekretär Graf Polodowsky:

Abg. Camp hat von der Erweiterung des Kreises der Versicherten gesprochen. Wenn wir an eine solche Erweiterung herangegangen wären, so wäre sofort die Forderung erhoben, die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung einzubeziehen. Das wäre aber nur durch ein Spezialgesetz möglich. Die Verhältnisse der ländlichen und der industriellen Arbeiter, ihre Löhne, die Entfernungen auf dem Lande und in der Stadt sind so sehr verschiedene, daß man die Krankenversicherung der gewerblichen und der ländlichen Arbeiter nicht nach einem Schema regeln kann. Mit der Aufhebung der Bestimmungen, daß gewisse Krankheiten von den Wohlthätern der Krankenversicherung ausgeschlossen waren, wird nicht nur den Kranken selbst eine Wohlthat erwiesen, sondern es liegt hier auch ein dringendes öffentliches Interesse vor. Ich kann das hier in öffentlicher Versammlung nicht im einzelnen darlegen, hoffe aber, daß auch das Centrum seine Ansichten noch ändern wird. Jeder hat ein Interesse daran, daß diese Kranken so schnell wie möglich geheilt werden.

Es wäre ganz unmöglich, selbst im Anfang einer Session allen hier geäußerten Wünschen in diesem Gesetz gerecht zu werden. Auch die Krankenversicherung ist eine Materie, die man nur schrittweise weiter ausbauen kann, sonst wird man zu nichts kommen. Speziell ist moniert worden, daß nicht auch den Seelenleuten die Wohlthat einer 26wöchigen Krankenunterstützung zugebilligt worden ist. Ich habe die Bemerkung, die hier citiert worden ist, allerdings gemacht, wir können aber die Aenderung nicht im Wege einer Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz machen, sondern nur durch eine Novelle zur Seemanns-Ordnung.

Herr Camp hat erklärt, ich hätte meinen Standpunkt verändert. Das ist durchaus nicht der Fall. Redner wiederholt seine Erklärung zu der Materie vom 22. Januar 1902. Im übrigen gehöre ich nicht zu den Politikern, die stolz darauf sind, daß sie nichts lernen und nichts vergessen wollen. Auf diese Konsequenz geistiger und politischer Versteinerung mache ich keinen Anspruch! (Bravo!)

Abg. Dr. Krenndt (Sp.): Es ist nicht richtig, daß meinen politischen Freunden die Verabschiedung des Gesetzes weniger am Herzen liegt als irgend einer andern Partei. Wenn Herr Lenzmann prophezeit, daß wir schließlich zur Obstruktion greifen würden, so glaube ich, nach den Ereignissen der letzten Monate ist wohl der Versuch einer Obstruktion im deutschen Reichstag für alle Zeit ausgeschlossen. Eine Erledigung der Vorlage ohne Kommissionsberatung wäre bei der Geschäftslage ganz ausgeschlossen, nur wenn in der Kommission eine Verständigung über die verschiedenen Wünsche gefunden ist, wird es möglich sein, das Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden.

Damit schließt die erste Beratung; das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Petitionen, Post-Gesetz, Etat der Reichsdruckerei.)

Schluß 6 Uhr.

## Soziale Rechtspflege.

Schlechte Arbeit ist kein Entlassungsgrund. Der Druckerbesitzer Michaelis hatte den Oberdrucker S. plötzlich entlassen, weil ihm dessen Arbeit nicht genügte. Verschiedene Drucker waren schlecht ausgeführt und nicht brauchbar. S. klagte beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung für sechs Tage. Die Kammer 8 war der Meinung, daß schlechte Arbeit kein gesetzlicher Entlassungsgrund sei, und riet zu einem Vergleich. Der Kläger begnügte sich mit 17,50 M., die der Beklagte dem auch im Vergleichswege zahlte.

Stillschweigende Verlängerung des Arbeitsverhältnisses. Einem Arbeiter war gekündigt worden. Nach Ablauf der Kündigungsfrist verließ er jedoch noch im fraglichen Betriebe, ohne daß es moniert wurde. Erst einige Tage später mußte er austreten. Er klagte nunmehr beim Gewerbegericht und beanspruchte eine Lohnentschädigung, weil er vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit entlassen sei. Die Kündigung ließ Kläger nicht mehr gelten. Durch die Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Kündigungsfrist wäre das Arbeitsverhältnis stillschweigend verlängert worden, so daß es zu seiner Lösung einer neuen Kündigung bedürft hätte. Das Gewerbegericht schloß sich dieser Auffassung an und veranlaßte einen angemessenen Vergleich.

Witterungsübersicht vom 27. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8 u. 4 Uhr	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8 u. 4 Uhr
Stettin	763	SW	3	heiter	2	Saparanda	745	SW	2	Schnee	0
Hamburg	758	SW	3	bedeckt	3	Petersburg	759	SW	3	bedeckt	-1
Berlin	765	SW	3	heiter	2	Gort	—	—	—	—	—
Kranz/W.	764	SW	3	bedeckt	3	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	SW	3	wolkig	3	Paris	760	SW	3	bedeckt	11
Wien	771	SW	3	wolkig	4	—	—	—	—	—	—

Wetter-Propaganda für Sonnabend, den 28. Februar 1903. Nimmlich warm und veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und kalten Nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.







# Warenhaus Josef Hirschweh

O. Frankfurter Allee 191/192 O.  
Ecke Kronprinzen-Strasse, am Ringbahnhof.

## Eröffnung heute!

Nachmittags 4 Uhr.

Jeder Käufer erhält ein schönes Präsent.

### Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Garantirt aus Rind- bezw. Schweinefleisch officinell:  
 Logentante Berliner Mett- bezw. Bratwurst a Pfd. 60 Pf.  
 feinsteste Cervelat- und Salamawurst 85  
 Thüringer Rot- und Zwiebel-Leberwurst 60  
 geräuch. Bauch- und Rindenspeck 80  
 Schinkenpeck vom hiesigen Viehvolk 85  
 Schmirnkräuter ohne Knochen 75  
 Butter- & Fleischwaren-Handlung Allee, 3272\*  
 Gr. Frankfurterstr. 105, am Straussberger-Platz.

bewährteste Nahrung für **Kufeke's Klinder-Mehl** gesunde, magen-darmkranke Kinder.

### Schmöckwitz, Restaurant Seddinsee.

Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, vis-a-vis der Berliner Schmelz, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfer.

A. Noack.

Billiger wie in Warenhäusern

kauft man Obst und Südfrüchte nur bei mir. 30 Officiere:  
**Apfelsinen**, fäh. das Dutzend von **35 Pf.** an.  
**Blutapfelsinen**, das Dutzend **60 Pf.**

Paul Werner, Obst- und Südfrucht-Handlung.  
 Haupt-Geschäft: Potsdamer-Strasse 105.  
 Filiale: Bülowstr. 44 (zwischen Göben- u. Alvenslebenstr.)  
 Telefon: VI. 1319. 6832\*

Jedes Wort: **5 Pfennig.**

Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenspalten für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Cigarrengeschäft** (spottbillig) Rixdorf, Panierstraße 8. 24745\*  
**Cigarrengeschäft**, am Marktplatz gelegen, Familienverhältnisse, billig zu verkaufen. Billigste Preise. Näheres: Rummelsburg, Pelzig Allee 17, vorn parterre. 15298\*  
**Weine** Schlesiens ist unter günstigen Bedingungen zu verpachten oder zu verkaufen. A. B. Provisch, Holzmannstraße 22. 24415\*  
**Hochbornische** Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Rohstoffen bestehend 19-38, Beinkleider 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1. Etzpe. 15298\*  
**Einsegnungs-Anzüge**, auch Reife-mäntel einzeln, Brunnstraße 196 II.  
**Krawattenstoffe**, große Auswahl, Bollersfelderstraße 30. 22366  
**Weiche** Herrenhüte, gute Qualität, Elka 95 Pfennig. Bessere Sachen ebenso billig. Kaufhaus, Compote, Kaiserstraße 25A, früher Sonnen-straße 4 und 5. Sonntag geschlossen.  
**Steppdecken** (spottbillig) Haberl, Weinstraße 20. 1493\*  
**Teppiche!** (selberhafte) in allen Größen für die Hälfte des Preises im Teppichlager Büchse, Dadescher Weg 4, Bahnhof Seite. 11975\*  
**1000 neue** Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschiffen, hochartig, Special Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Ersatzteile, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Inverantl. Peter Schöden, Sanit. Bedienung, Gullmannstraße 9, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 15031\*

**Möbelmagazin** Meyer, Annalidenstraße 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigsten Preisen. Teilzahlung gestattet. 15154\*  
**Teppiche** mit Handwebstuhl (Fabrik-niederlage) Große Frankfurterstraße 9, parterre. 147\*  
**Pianino**, gut erhalten, sofort ver-fählich. Allee 120, I. 5710\*  
**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, monatlich 1.00. Bobbin, Ringstich, Adler, Schnellnäher, Turmstraße 39, Bernauerstraße 47B. 15048\*  
**Techniker**, Elektr., Maschinen-, Bautechniker erhalten bestmögliche Spezialpreise der technischen Wissen-schaft zum Selbstunterricht. Ohne Anzahlung, Teilzahlung monatlich vier Mark. Offerten: Buchhandlung West, Postamt Bismarcksdorf, Berlin.  
**Vorjährige** elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14961\*  
**Teppichdecken** billig Haberl, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 147\*  
**Kanarienhöhne**, Chiffonier, Selzer, verkauft Hochim, Brunnstraße 97.  
**Kanarienhöhne**, festlackierte, Deckel aus Holz. Kaufhaus, Schönstraße 9. 1497\*  
**Panzerlöcher** 55, Garnitur, rot und grün, Teppich, Liebergraben, Ruh-saunmühlstraße, auch einzeln, ganz billig, posten Brautleute, verkauft Friedrichstraße 113, II rechts. 85/6  
**Hausdekorative** billig Betten, zwei Steppdecken, Plüschschiffchen, Gardinen, Plüschportieren, Stoves, Wäsche (neue) Naumburgerstraße 52, I links. 2501b  
**Gelienheitstanz**, Möbel, darunter noch neue, Plüschsofa 45,-, elegante Bettstellen, Stühle, Fahrrad, Teppich, Vorhänge etc. passend für Brautleute, sofort Friedrichstraße 131d, vom IV links. 85/7

**Krankensfahrtdie** für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Elberfelderstraße 95. 128/17\*  
**Sofa** 15 Mark. Markstraße 40, Topexler. 63/11  
**Cigarrengeschäft** zu verkaufen, Grobholzstraße 21. 2192b  
**Rekonstruktion** verlässig Kraus-straße 24. 22006\*  
**Federfahrrad**, Damenfahrrad, hochgepant, 30.00. Schädel, Schindlerstraße 11a. 85/8\*  
**Schrankgeschäft**, kleines, passend für Anlänger, billig verlässlich. Preis 1000. Miete 900. Anfragen Mitten-straße 6 bei Gerold. 24065  
**Kickerballe**, Etand 150, gute Kar-toffeln, Goldberinge, feste Erdellen, Matjesbelege usw. hält stets vor-rätig und empfiehlt A. Schindler.\*  
**Kanarienhöhne**, Stamm Selzer, verkauft Brandt, Holzmannstraße 61.  
**Panzerlöcher**, elegant, rot oder grün, spottbillig. Friedrichstraße 12/13, I rechts. 24925  
**Wandtafelwahl**, Kanarienvoller, Juwelgeschloß, Hedeinrichtung, schlagende Buchfächer, Heilige, Stängel, Hänflinge, Richter, Oranien-straße 87. 24906  
**Teppiche**, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken (spottbillig) Verkauf, Reanderstraße 6. 63/12\*  
**Beiten**, Steppdecken, Wäsche, Anzüge, Remontofahrer, Regulateure, helfen (spottbillig) Verkauf, Reander-straße 6. 63/12\*  
**Möbel**, Pianino, Spiegel, Bilder (spottbillig) Verkauf, Reanderstraße 6, Teilzahlungen gestattet. 63/12\*  
**Steierpind**, Wälschpind, Best-stellen, Sofa, Tisch, Stühle, Säulen-tisch, Spiegel, Spiegel, Spiegel, Re-gulator, Bilder, Nähmaschine, Stepp-decken verkauft sofort (spottbillig) Schumann, Waldemarstraße 27, vom I. 85/7

**Mingelischen**, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Höhe 1.00, gebraucht 12.00. Postbestellung Köpferstraße 60/61, Landsberger-straße 82 und Brunnstraße 27.\*  
**Wald- und Landparzellen**, nahe Bahnhof Friedrichsdorf, aus erster Hand, Parzelle 200 Mark an, verkauft Otto Dreife, Petershagen-Friedrichsdorf.  
**Verschiedenes.**  
**Patentbureau** Danmann, Dra-nienstraße 57 (Rothplatz), bis abends neun. 24365\*  
**Rechtsbureau**, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Notariatsung, Fall, Brunnstraße 17. 24796\*  
**Rechtsbureau** Jabsch, Grüner Weg vierundzwanzig (Hindenburgplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Notariatsung. 24306\*  
**Gartendhaus** Große Frankfurter-straße 9, parterre. 147\*  
**Hausverfasser** an eleganten Herren-anzüge, Sommerpaletots nach Maß 40 Mark, Beinkleider nach Maß 11 Mark, beste Stoffe, vornehmster Schnitt. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I Treppe. 24145  
**Handschne**, Brillanten, Gold-sachen, Hyden befestigt (Christliches Ver-leihhaus, Friederichstraße 237. 23656  
**Brochandenlexikon** und alle anderen Bücher kauft, beliebt Antiquariat Roskstraße 36, I. Amt VI, 3307.\*  
**Revision!** Wer sich über die reibloseste Brautkleidung unklar sein will, verlange die Re-vision des Heilbundes gegen Ver-fälschung, welche unentgeltlich ver-sendet werden vom Berliner Hertha-Verlag, Köpenickerstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615\*  
**Sole** Sonnendeckel März, April frei Neue Königsstraße 7. 85/9\*

**Rechtsbureau** Adelstraße 39.\*  
**Vereine** bis 125 Personen erhalten Saal und Musik frei. Schwedter-straße 23. 15282\*  
**Vereinzimmer** für 40 Personen zu vergeben am Friedrichshain 31, Reber. 24876  
**Für Arbeiter-Gesangvereine!** Im Bestlage von R. Fring, Brunn-straße 22, neu erschienen: Inter-national-Hymne von D. Zuchsdorf, Partitur 10 Pfennig, jede Stimme 5 Pfennig. 24866  
**Saal** (150 Personen), Vereins-zimmer und Regalbahn sind zu ver-geben. A. Adler, Große Frank-furterstraße 41/42. 149\*  
**Vermietungen.**  
**Zimmer.**  
**Möbliertes** Zimmer Stoßschreiber-straße 55, I rechts. 24725\*  
**Möbliertes** Vorderzimmer, Schreib-tisch, 17 Mark, bei Lehmann, Biech-straße 16. 774  
**Möbliertes** Vorderzimmer, Schlaf-stelle, Urbanstraße 153, Remmering.\*  
**Ein** geräumiges Zimmer, mit und ohne Pension, zu vermieten, Naumburgerstraße 10, vorn parterre.

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Kinder** Tischflüchtler bitten um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelassen, werden ab-geholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rudowstraße 27, A. Gläser.  
**Stellenangebote.**  
**Lehrling** verlangt James, Gold-arbeiter, Geiner Weg 68. 2487b\*  
**Mattierer**, geübt, sucht Goldleisten-fabrik Barthels, Michaelstraße 17.  
**Sacco-Arbeiterinnen**, 2-3 Mark, verlangt Busch, Brunnstraße 139.  
**Mütterinnen**, Stichtagen, Um-legefragen, Rauschetten, Oberhänden, Servietten im und auherm Hause (sucht feige Karpe, Inhaber; Rudolf Stadthagen, Grünbergweg 119. 2451b\*  
**Mütterinnen** auf Krügen und Rauschetten im Hause verlangen Reinberger u. Gravenhorst, Wälsch-fabrik, Großwalderstraße 13. 85/2\*  
**Mädchen** (Arbeiterinnen) ver-langt Hülse, Frankfurter Allee 16.\*  
**Zu** Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.  
**Achtung! Klavierarbeiter!**  
 Die Kollegen der Klavierfabrik von **Blasendorf & Kloss**, Thierstr. 5, 78/5 befinden sich im Streik. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Vereins. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 27. Februar 1903.

Jahresberichte kaufmännischer Korporationen. — Berliner Handelskammer. — Mängel ihres Berichts. — Krise und Export in Handelskammer-Berichterstattung. — Dr. James J. Hill. — Amerikanischer Eisenbahnbau. — Eisenproduktion und Gütereinfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dem zu Anfang Januar erschienenen „Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller“ folgte vor etwa einer Woche der „Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin“ und diesem vor einigen Tagen der vom Veltessen-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft herausgegebene „Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1902“. Drei ausführliche Jahresberichte über denselben Wirtschaftskomplex — das ist etwas viel, und es ist daher begreiflich, wenn in letzter Zeit mehrfach der Wunsch geäußert worden ist, der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sowie das Veltessen-Kollegium möchten ihre Berichte wesentlich einschränken, und die auf deren Herausgabe verwendete Zeit und Mühe zur Durchführung anderer kaufmännischer Aufgaben benutzen. Sind doch im wesentlichen die drei Jahresberichte nach demselben Schema gearbeitet. Besonders die Berichterstattung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und der Berliner Handelskammer repräsentieren sich als zwei durchaus gleichartige Zwillinge: beide bieten nichts als eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage der einzelnen wichtigeren Geschäftszweige Berlins, und zwar nicht einen Uebersicht, in dem diese Geschäftszweige als Teile eines großen Gesamtwirtschaftsbildes erscheinen, sondern als einfache Branchenschilderungen, die kurz die wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb des betreffenden Geschäftszweiges während des abgelaufenen Jahres resumieren, hin und wieder zum Schluß mit einem kurzen Ausblick auf das beginnende neue Geschäftsjahr. Nur die Veröffentlichung des Veltessen-Kollegiums enthält neben der wirtschaftlichen Berichterstattung noch Ausführungen über verschiedene im letzten Jahr scharfer hervorgetretene Fragen der wirtschaftlichen Gesehung, des Verkehrswezens, der auswärtigen Handelspolitik usw.

Schon in der Ankündigung des Jahresberichts der Berliner Handelskammer (Nr. 44 des „Vorwärts“) konnten wir nach flüchtiger Durchsicht der Darlegungen konstatieren: „Die wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungen des Jahres werden nur oberflächlich geschildert; auf ihre Ursachen und ihre Bedeutung für die nationale Gesamtwirtschaft wird nicht eingegangen. Dagegen sind die Berichte über die Lage der einzelnen industriellen Branchen und des Handels mit deren Ergebnissen vielfach recht ausführlich und instruktiv.“

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man die einzelnen Ausführungen näher nachsieht. Doch gilt das Gefagte nicht nur von dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer; es trifft ebenso auf die Berichterstattung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und des Veltessen-Kollegiums zu, wenn auch anerkannt werden muß, daß im Ganzen der Bericht der letztgenannten Korporation geschickter abgefaßt ist. Allerdings findet man diesen Mangel bei fast sämtlichen deutschen Handelskammer-Berichten der letzten Jahre. Durchweg beruhen sie sich mehr und mehr in Einzelheiten: in der Schilderung der Lage einzelner Branchen oder einzelner Vorkommnisse; die Darlegung der Gesamtwirtschaftsbewegung, der in dieser auftauchenden neuen Strömungen und Tendenzen tritt mehr und mehr zurück, und soweit der Versuch gemacht wird, einen Uebersicht über die Gesamtlage zu geben, beschränkt er sich auf die bloße Aufzählung gewisser hervorstechender Erscheinungen. Die Frage nach deren Ursachen, nach dem Woher und Wohin, bleibt unberücksichtigt. Man sehe sich nur die Ausführungen über die Krise in der Handelskammer-Berichten der letzten beiden Jahre an. Vergebens wird man nach irgend einer Darlegung der Entstehung der heutigen Krise unter Bezugnahme auf die industrielle Entwicklung der verschiedenen Industriezweige suchen. Einige Nebensachen über Ueberschuldung, „Gründerei“, „Ueberschuldung“ oder über die „Erfahrung“, daß Prosperität und Krise sich abwechseln, sind alles, was man findet. Und nun gar erst die tieferen Fragen, z. B. jene: weshalb die 1900 ausgebrochene Krise einen wesentlich andern Charakter zeigt als die des Jahres 1873/74 und die früheren englischen Handels-Krisen? Soweit auf solche anscheinend für völlig überflüssig gehaltene Frage überhaupt eine Antwort erfolgt, besteht sie einfach in der Erklärung, „die Industrie habe sich diesmal nicht so übernommen“, „der Industrielle sei vornehmer geworden“, oder „die Kartelle hätten durch ihre Preispolitik die Krisenwirkungen gelindert“.

Diese Hüftlosigkeit ist leicht verständlich. Berichte über die Lage einzelner Branchen abzugeben ist nicht schwer. Jede größere Handelskammer hat ein halbes oder ein ganzes Dutzend tüchtiger Fachleute zur Verfügung, die, mit dem Stand ihrer Branche genau vertraut, der Handelskammer Berichte und Material einliefern, aus denen sich leicht ein einigermaßen umfassender guter Bericht zusammenstellen läßt. Zu dieser Arbeit reicht eine mäßige Bekanntschaft mit der kaufmännischen Auffassungsweise und den äußeren Verhältnissen des betreffenden Geschäftszweiges völlig aus. Dagegen erfordert eine Skizzierung der Gesamtwirtschaftslage, die nicht nur die wichtigsten Vorkommnisse des vergangenen Wirtschaftsjahres bloß aneinander reiht, sondern sie als Auslässe allgemeiner Entwicklungstendenzen zu erfassen und in ihrer Bedingtheit darzustellen sucht, nicht nur ein bedeutendes Maß praktischer, sondern vor allem theoretisch-volkswirtschaftlicher Kenntnisse. Damit hapert es aber bei den meisten der heutigen Handelskammer-Sekretäre recht bedenklich. Die Zeiten sind vorüber, in denen die größeren Handelskammern eine Ehre darin setzten, als ihren ersten Sekretär oder Syndikus einen Mann zu haben, der nicht nur die täglichen Arbeiten zu erledigen vermochte, sondern der zugleich einen gewissen Ruf als „Gelehrter“ und nationalökonomischer Theoretiker besaß. Solche Leute sind nämlich oft etwas un bequem; sie besitzen häufig „Gelehrtenbinokel“ und nehmen zu manchen Fragen einen andern als den rein kaufmännischen Interessenstandpunkt ein. Statt dieser Leute mit „Gelehrtenbrillen“ zieht man deshalb „Praktiker“ vor, vor allem solche mit juristischer Bildung. Der Erfolg besteht darin, daß die Erörterung ökonomischer Probleme, selbst jener, die eine stetig wachsende Bedeutung für das Wirtschaftsleben erlangen, fast völlig aus den Handelskammerberichten verschwinden ist, daß alle Betrachtung der ökonomischen Erscheinungen in ihrer Bedingtheit durch den wirtschaftlichen Entwicklungsengang aufgehört hat. An ihre Stelle ist die einfache Registrierung der Vorgänge getreten und wo man ohne eine Art Erklärung nicht weglommt, erfolgt kurzweg die Verweisung auf irgend ein ökonomisches Gesetz zweifelhaftester Güte.

Das läßt sich an einer ganzen Reihe der neuesten Handelskammer-Berichte nachweisen. Nehmen wir z. B. den Berliner Bericht. Gleich auf der ersten Seite wird die Frage aufgeworfen, was die Ursache des wirtschaftlichen Umschwungs in 1900 gewesen ist. Die Antwort darauf lautet:

„Ueber die Ursachen der Depression, unter der seit dreithalb Jahren das wirtschaftliche Leben steht, wird gestritten. Unseres Erachtens ist der Rückgang im großen und ganzen auf jenes ökonomische Gesetz zurückzuführen, welches den Wechsel zwischen Auf- und Niedergang statuiert. Die enorme Krisenentwicklung, die das deutsche Wirtschaftsleben in den letzten fünf Jahren des vorigen Jahrhunderts aufwies, mußte mit Notwendigkeit zu einem Rückgang führen. Dabei braucht nicht geleugnet zu werden, daß spezielle Verhältnisse den Eintritt des Umschwungs beschleunigt und seine Nachhaltigkeit verschärft haben.“

Das ist recht billig! Die Ursache ist das „Gesetz des Wechsels zwischen Auf- und Niedergang“ und nebenbei noch „spezielle Verhältnisse“, die nicht genannt werden. Das genügt! Und damit niemand im Zweifel bleibt, daß die Verfasser des Berichts außer rein kaufmännischen irgend welche tieferen nationalökonomischen Kenntnisse nicht besitzen, wird hinzugefügt:

„In solcher Erwägung liegt etwas Tröstliches. . . Es hieße die Situation gründlich verkennen, wenn man annehmen wollte, daß die Prosperität, die bis zum Jahre 1900 ihre Blüten trieb, lediglich ein ungeheures Gewächs erzeugt hätte. Nachdem der Rückgang mehrere Jahre gewährt hat, ist es jedem klar geworden, daß trotz alledem die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens gesund und solid sind. Von der Krise zu Beginn der 70er Jahre unterscheidet sich die gegenwärtige Depression gerade dadurch, daß sie die Symptome einer gewissen Schwäche, aber nicht einer schweren Erkrankung aufweist.“

So kann nur jemand schreiben, der noch immer an der Ansicht festhält, daß die Krisen nicht notwendige Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind, sondern aus irgend welchen besonderen „Versehlungen“ und „Sünden“ entspringen, der die Bedingungen der Produktivitätssteigerung nicht kennt, und dem es deshalb als etwas Befremdendes vorkommt, daß trotz der Krise das heutige Wirtschaftssystem im Grunde doch „gesund“ ist.

Nicht minder oberflächlich wie die obigen beiden Ausführungen ist die Aeußerung des Jahresberichts über die Zunahme des deutschen Exports im letzten Jahre. Bekanntlich stellt sich fast regelmäßig nach dem Ausbruch einer Krise die Erscheinung ein, daß Fabrikanten und Großhändler sich krampfhaft bemühen, ihren Export nach den Auslandsmärkten zu steigern, um dadurch den Abfallrückgang im Inlande einigermaßen auszugleichen. Deshalb findet durchweg nach Ausbruch der Krisen eine starke Zunahme des Exports statt. Dem Berliner Jahresbericht ist es vorbehalten geblieben, darin, daß der Export, nachdem er im Jahre 1901 um 240 Millionen Mark gefallen war, im letzten Jahre das Ergebnis des Jahres 1900 um ca. 250 Millionen Mark überholt hat, eine ganz besonders großartige Leistung der deutschen Industrie zu erblicken, und zwar, obgleich größtenteils noch die Einheitswerte des vorigen Jahres bei der Berechnung bemerkt worden sind und also wahrscheinlich der Ueberschuß sich auf etwa 120—140 Millionen Mark ermäßigen wird.

Im Jahresbericht heißt es nämlich: „Es ist ein Ruhmes-titel für die deutsche Industrie, daß alle Schwierigkeiten sie nicht haben hindern können, ihren Export wiederum erheblich zu vergrößern.“

Dagegen fehlt jede Aeußerung darüber, mit welchen Mitteln diese Exportsteigerung erreicht worden ist; wie weit dabei die Ausfuhrmaßnahmen der Kartelle mitgewirkt haben, wie diese Maßnahmen auf die Konsumtionsfähigkeit des Inlandes zurückwirken, in welcher Weise dadurch die Produktions- und Exportbedingungen nicht kartellierter Branchen beeinflusst wurden u. s. w. Kurz, der Jahresbericht behält sich mit der einfachen Konstatierung, daß der Export 1902 wieder zugenommen hat; eine Thatsache, in die nachgerade jeder Zeitungsleser töffen dürfte.

Die schon gesagt wurde, hat trotzdem der Bericht seinen Wert, da er teilweise sehr sachliche und zutreffende Schilderungen der wirtschaftlichen Lage einzelner Geschäftszweige enthält, aber diese Vorzüge kommen nicht auf das Verdienstkonto der Verfasser des Jahresberichts, sondern der tüchtigen Fachmänner, die für die Branchenberichte das Material geliefert haben.

Zu den Vereinigten Staaten hat wieder mal einer der „Prominenten“ den baldigen Hereinbruch der Krise angekündigt, und zwar ist es diesmal Dr. James J. Hill, der Präsident der Great Northern Railroad Company, der bestimmt über den Mißerfolg seiner Schiffahrtsbemühungen auf dem Stillen Ocean und erbittert über die Gewerkschaften, die an ihren Lohnforderungen nichts nachlassen wollen, sich in der Rolle einer modernen Rossandra gefällt. Er sagte in einem Interview: „Die Vereinigten Staaten ständen vor einem schweren industriellen Rückschlag; es sei schwer zu sagen, wann er eintreten würde, aber er sei nicht mehr fern. Viel werde von der Präsidentenwahl abhängen. Die Knappheit des Geldmarktes im vorigen Herbst habe die Reaktion berögert. Es bedürfe zu großes Selbstvertrauen in den Industriekreisen der Vereinigten Staaten, nur wenige erkennen die herannahende Gefahr, und doch würde man in einigen Jahren vielleicht schon manche Betriebe geschlossen und Tausende von Arbeitern außer Arbeit sehen, für die Entscheidung der Frage, wie schnell dann das Land von dem Rückschlag sich erhole, werde viel darauf ankommen, wer an seiner Spitze als Präsident stehe.“

Von gewissen Seiten wird diese Aeußerung verspottet. Man beruft sich darauf, daß es schon im letzten Halbjahr, besonders im Herbst, als der Geldmarkt sich mehr und mehr berestete, an düsteren Prognoseungen nicht fehle, daß aber aller Schwarzseherlei zum Trotz nicht nur der Geldstand heute ein besserer sei als im Herbst vorigen Jahres, sondern auch die Nachfrage auf dem Roheisen- und Stahlmarkt wieder zugenommen habe. Das ist richtig, beweist jedoch nicht, daß die amerikanischen Verhältnisse nicht einer Krise zubringen, sondern höchstens, daß die Selbstschwierigkeiten überhäuft und die Widerstandsfähigkeit der großen industriellen Industriegruppen unterschätzt worden ist. Thatsächlich zeigt die Entwicklung der Vereinigten Staaten während der letzten Jahre ein von der europäischen vielfach abweichendes Gepräge, nicht nur durch den Ausbau des Trustwesens, sondern auch durch den engen Zusammenhang zwischen der Großmanufaktur und den Trusts, sowie durch die rapide Ausdehnung des Eisenbahnetzes, die von den an der Spitze der Eisenbahnkompanien stehenden Finanzmänner im Interesse der für den Eisenbahnbau Materialien liefernden Trusts eifrig betrieben wird. Sind doch nach vorläufiger Zusammenstellung im vorigen Jahr im ganzen 6026 englische Meilen neue Eisenbahnlinien in den Vereinigten Staaten fertiggestellt worden, ohne die zweiten Gleiße, Nebengleiße und die vielen Straßenbahngleiße, die gelegt worden sind. Daß hierzu — und dieser Ausbau des Eisenbahnetzes dauert vorläufig noch in gleichem Maße fort — eine ungeheure Menge von Schienen und von Konstruktionsmaterialien für Bahnhöfe und Brückenbauten erforderlich war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Und in Schienen und Konstruktionsmaterialien besteht denn auch noch immer die größte Nachfrage, während der Bedarf an feineren fertigen Stahlwaren schon seit Mitte vorigen Jahres allmählich abgenommen hat.

Diese Nachfrage nach Eisenbahnmaterialien hat vor allem dazu beigetragen, daß trotz der Steigerung der amerikanischen Roheisenproduktion auf 17 821 307 Tonnen (a 1016 Kilogramm) im letzten Jahre gegen 15 878 854 Tonnen und 13 789 242 Tonnen in den beiden Vorjahren die Einfuhr von Eisen und Stahl enorm zugenommen hat. So wurde zum Beispiel eingeführt:

	1901	1902
	Dollar	Dollar
Roheisen	1 792 014	10 935 831
Stahl in Ingots, Blooms und Stäben	1 340 113	7 838 809
Maschinen	2 996 192	4 289 708
Weißblech	5 294 789	4 028 421
Messingwaren	1 707 805	1 672 054
Abfälleisen und -Stahl	339 827	1 606 730
Schienenisen	67 052	1 576 679
Stabeisen	1 093 786	1 236 238
Raineisen	964 744	1 038 074
Schießgewehre	1 061 428	953 801
Platten, Bleche	443 890	611 630
Draht und Drahtwaren	585 854	606 724
Roheln	404 294	417 429
Gewehrkläufe	292 589	283 882
Bandenisen	116 841	131 052
Feilen	52 353	80 290
Netzen	82 193	55 456
Amosse	37 266	29 746
Andere Eisen- und Stahlwaren	1 758 107	4 065 792
Eisen- und Stahlprodukte	20 895 015	41 468 828

Um welche Zunahme in der Menge es sich bei diesen Einfuhren handelt, mögen folgende Beispiele zeigen: An Roheisen wurden:

1901 nur 62 190 Tonnen, 1902 dagegen 625 880 Tonnen, also fast die zehnfache Menge importiert; die Einfuhr von Abfälleisen und -Stahl belief sich 1901 auf 20 130 Tonnen, 1902 auf 109 510 Tonnen, also auf reichlich das Fünffache; an Stab- und Bandenisen, Ingots und Blechen einschließlich Weißblech gingen 1901: 304 000 000 Pfund, 1902 dagegen dreimal so viel, nämlich 927 000 000 Pfund, ein. Die verhältnismäßig bedeutendste Vergrößerung wies die Zufuhr von Stahlblechen aus dem Auslande auf, denn sie stieg von 18 286 688 Pfund auf 642 478 764 Pfund, also auf das Fünfund-dreißigfache ihrer vorjährigen Höhe. Tat.

Lokales.

Die Große Berliner Straßenbahn hat ihren Jahresbericht für 1902 herausgegeben. Auf den Bahnliesen der Gesellschaft wurden im Berichtsjahre etwa 295 Millionen Personen gegen 293 Millionen im Vorjahre befördert. Die Einnahme aus der Personenbeförderung betrug etwa 27 Millionen Mark gegen 26 1/2 Millionen im Vorjahre. Mehr eingenommen wurden im ganzen 650 849,54, d. h. 2,45 Proz. Die durchschnittlich für das Wagenkilometer erzielte Einnahme betrug 40 Pf. wie im Vorjahre, während die auf die Person und Fahrt entfallende Einnahme auf 9,23 Pf., gegen 9,30 Pf. im Jahre 1901 und 10,38 Pf. im Jahre 1900, infolge der vermehrten Benutzung der Beifahrten zurückgegangen ist. Das Lohnnetz der Gesellschaft, das im Beginn des Berichtsjahres einschließlich der Hof-Verhältnisse und Zufahrtgleise 481 766,95 Meter umfaßte, ist im Laufe des Jahres um 7106,26 Meter erweitert worden. Das Leitungsnetz umfaßte am Ende des Jahres 1902 eine Länge von 490 Kilometer gegen 320,39 Kilometer im Vorjahre. Am Ende 1902 befanden sich 7339 Personen gegen 7546 Personen im Jahre 1901 im Dienste. Im Betriebsmagen befah die Gesellschaft 1902 2532 Stück gegen 2529 Stück zu Beginn des Jahres und zwar 1288 Rotorwagen, darunter 372 vierachsige und 916 zweiachsige, ferner 795 Anhängewagen — 493 geschlossene (108 mit Decken) und 302 offene — schließlich noch 469 Pferdebahnmagen, von denen sich ein Teil für den elektromotorischen Betrieb einrichten läßt. Der größte Personenverkehr und die höchste Einnahme entfielen auf Sonntag, den 1. Juni mit 944 382 Personen und 94 475,15 M., der niedrigste auf Freitag, den 25. Juli mit 845 026 Personen und 84 509,75 M. Die Gesamteinnahme aus der Personenbeförderung betrug im Jahre 1902 27 191 605,57 M., davon entfielen auf Beifahrten 3 053 192,97 M., im Jahre 1901 26 540 956 03 M., wovon auf Beifahrten 2 400 956,30 M. entfielen. Die Tageseinnahme stellte sich im Durchschnitt im Jahre 1902 auf 74 497,53 M. gegen 72 714,93 M. im Vorjahre. Im Berichtsjahre wurden im Betriebe 1322 Personen leicht verletzt gegen 1386 im Vorjahre, 145 Personen schwer verletzt gegen 132 Personen. Getötet wurden 11 Personen gegen 27 im Jahre 1901. Die Wehrzahl der Unfälle hat sich trotz aller Warnungen immer noch bei dem Auf- und Absteigen während der Fahrt ereignet.

Die Bevölkerung Berlins würde, wenn das „Kaiserliche Gesundheitsamt“ recht behielt, schon in diesem Jahre auf zwei Millionen Einwohner anwachsen. In den Sterblichkeitsstatistiken der Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes werden auch die Einwohnerzahlen der berückichtigten Städte angegeben, und zwar wird hierzu für jedes Jahr die im voraus geschätzte Einwohnerzahl des 1. Juli benützt. Berlin steht nun in den Tabellen für 1903 schon mit der Einwohnerzahl 1 998 146, die also für den 1. Juli d. J. gilt. Vorläufige Berechnungen des städtischen Statistischen Amtes haben aber für 1. Januar 1903 erst 1 928 632 Einwohner ergeben. Für 1902 stand Berlin in den Tabellen des Gesundheitsamtes schon mit der Einwohnerzahl 1 955 837, die es noch heute bei weitem nicht hat. Am 1. Juli 1902, für den unster Stadt vom Gesundheitsamt diese Einwohnerzahl aufgeschrieben wurde, hatte Berlin nach Berechnungen des städtischen Statistischen Amtes erst 1 901 975 Einwohner. Die Unterzählung ist deshalb so groß, weil das Gesundheitsamt durchgängig das roheste Schätzungsverfahren anwendet, auch bei Orten, aus denen statistische Unterlagen sind in andres Verfahren zu beschaffen sind. Für Berlin hat das Gesundheitsamt aus den Ergebnissen der letzten Volkszählung berechnet, daß hier die Einwohnerzahl von 1895 bis 1900 jährlich im Durchschnitt um 42 309 gestiegen ist. Es hat dann die gleiche Zunahme auch für die Jahre nach 1900 vorausgesetzt und so die oben angeführten Einwohnerzahlen herausbekommen. Nun hat sich aber in Berlin nach 1900 die Bevölkerungszunahme plötzlich und recht beträchtlich verlangsamt; die Jahre 1901 und 1902 haben einen Zuwachs von nur 12 857 bzw. rund 25 000 Personen gebracht. Zufolge dessen geht jetzt das Schätzungsergebnis des Gesundheitsamtes bereits um mehr als 50 000 über die vermittelte Einwohnerzahl hinaus.

Der Magistrat hat die Anlage einer neuen Verbindungsstraße zwischen Gartenstraße und Verlagestraße zur Verlängerung der Friedrichstraße genehmigt und wird nunmehr die Festsetzung der Baufluchtlinie beantragen. Behufs Durchlegung der Christianiastraße auf dem Gesundbrunnen beabsichtigt der Magistrat das Grundstück von König für den Preis von 178 000 M. anzukaufen. Das Grundstück hat eine Größe von 3470 Quadratmeter. Die Christianiastraße, eine der größten Ringstraßen Berlins, kann dann nach der Bringen-Allee und der Koloniestraße durchgeführt werden. Mit der Durchlegung der Christianiastraße wird eine direkte Verbindung zwischen der Seefstraße, dem Gesundbrunnen und der Schönhauser Allee bezw. den Ringstraßen, wie der Danzigerstraße, hergestellt, wodurch eine Straßenbahnverbindung vom Viehof nach dem Gesundbrunnen und weiter nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus und Plöckensee ermöglicht wird, die schon konzeptioniert worden ist.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin beabsichtigt, wie das schon für das Jahr 1900 nicht ohne Erfolg geschehen ist, auch für 1902 eine Statistik der Haushaltstränkungen der minder bemittelten Bevölkerungsklassen aufzunehmen. Es wird sich zu diesem Zweck wiederum an Vereine, Verbände und namentlich an Berufsorganisationen verschiedenster Richtung wenden. Von diesen aus erfolgt die Verteilung der Formulare an zuverlässige Haushaltungen zur Ausfüllung und nach erfolgter Wiedereinsendung und Prüfung an das Statistische Amt zur nochmaligen Kontrolle und Bearbeitung.

Der Titel „Magistratsrat“ beabsichtigt gestern wiederum den Magistrat. Es hatte nach der bekannten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, erst einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen, eine gemischte Deputation zur Prüfung der Frage getagt. Diese hatte sich dafür ausgesprochen, dem Magistrat zu empfehlen, unter entsprechender Änderung des Ortsstatuts vom 1. April d. J. ab 22 Stellen für Magistratsräte zu schaffen, in welche Stellung diejenigen Herren einzulassen sollen, welche als Magistratsassessoren mindestens sechs Jahre thätig gewesen und vom Magistrat zu lebenslänglicher Anstellung berufen worden sind. Dieser Lösung der viel bewegten Frage hat der Magistrat zugestimmt und wird eine entsprechende Vorlage den Stadtverordneten zugehen lassen.

Die Rettungsgeräte an den hiesigen Wasserläufen sind im Jahre 1902 in 44 Fällen zur Rettung Ertrinkender in Anwendung gekommen und zwar 84 mal mit 7 mal ohne Erfolg. In drei Fällen ist die Rettung durch gleichzeitig von anderer Seite unternommene Versuche bewirkt worden. Außerdem sind die Rettungsgeräte 13 mal zur Bergung von im Wasser treibenden Leichen benutzt worden.

Stoppfeilschen-Christentum. Zu der unter dieser Ueberschrift gebrachten Mitteilung über die Vorgänge im Rettungshaus Siloah bei Panow läßt uns der Schwärz Graf zu Nieder-Schönhausen eine längere Erklärung zugehen, in der er sagt, daß das von der leitenden Schwester geprägte Bildchen nicht völlig entkleidet gewesen, daß diese Schwester nicht von einer Aufsichtsbehörde, sondern vom Vorstande des Mutterhauses, des Teltower Magdalenen-



stiftet, ihres Amtes entsetzt worden, sowie daß in der erwähnten Versammlung nicht von einer Protestresolution, sondern von einer Dankagung an die „hochverehrte“ Schwester die Rede gewesen sei. Weiter befreit die Aufschrift, daß aus Siloah entnommenes Dienstpersonal von Panlauer Herrschaften geprüft worden ist, und schließlich folgt ein Loblied auf den höchsten Geist, der in Siloah geherrschet hat.

Wesentliche Verichtigungen der vor Gericht erhärteten Thatsachen, auf die wir uns stützen, enthält diese Aufschrift nicht, und was die Beurteilung der auch nach Ansicht des Herrn Pfarrers „traurigen Siloahsache“ betrifft, so kommt es eben auf grundsätzliche Anschauungen an, über die wir uns, wie wir befürchten, mit dem Geistlichen nie einigen werden. Mancher hält Prügel für ein Heilmittel in der Erziehung, anderer hält sie für verwerflich. Nur in einem Punkte scheinen wir erfreulicherweise mit dem Herrn Pfarrer und seinem Anhang in Einklang zu sein, nämlich darin, daß die Mißberatung der Schwester Sophie nicht gut beantwortet werden kann. Aber da ist es immerhin insofern von den Freunden dieser Dame, sie als „hochverehrte Schwester“ zu bezeichnen.

Die Erinnerung an den Prozeß Sanden wird durch eine dieleibige Proschüre wachgerufen, die der frühere Direktor der Preussischen Hypotheken-Aktienbank und der Deutschen Grundschuldbank, Herr Heinrich Schmidt, soeben hat erscheinen lassen. Sie führt den Titel „Erfahrungen aus dem Prozeß Sanden und Genossen. Zur persönlichen Rechtfertigung und zur Beleuchtung unserer Strafrechtspflege“. Der frühere Direktor Schmidt gehörte bekanntlich zu den Angeklagten im Prozeß Sanden u. Gen. und ist wegen Mißhandlung von 6 Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe und wegen Untreue zu vier Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, zusammen zu neun Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beide Strafen wurden durch die 15 1/2 Monate währende Untersuchungshaft für verbißt erachtet. Der Verfasser sucht auf den 237 Druckseiten der Proschüre den Nachweis zu führen, daß das ganze Urteil, so weit es ihn angeht, ebenso wie die Anklageschrift, nicht auf Beweisen sondern nur auf beweislosen und unbewiesenen Thatsachen, vielfach sogar auf Behauptungen beruhe, die mit den erbrachten Beweisen in direktem und offenem Widerspruch stehen. Die Proschüre enthält neben einer Kritik verschiedener Vorkommnisse im Vorverfahren, der Untersuchungsphase, des Schieds der Haftentlassungs-Anträge u. a. eine Fülle thatsächlicher Materialien, welches noch manches interessante Streiflicht auf die Verhältnisse in der Preussischen Hypothekenbank unter dem Regime Sanden wirft.

Zum Fall Burghalter. Der Fall des Potsdamer Bankiers Burghalter ist mit dem Selbstmorde des betrügerischen Bankiers noch nicht zu Ende. Gestern ist, wie uns aus Potsdam mitgeteilt wird, der langjährige Prokurist Burghalter, Gladow, verhaftet worden. Vor einigen Tagen hatte ein sehr bekannter Potsdamer Arzt, La Pierre, der Leibarzt des Kronprinzen, beantragt, auf Gladows Verlangen Arrest zu legen, mit der Begründung, daß Gladow ihm erst kurze Zeit vor Burghalters Selbstmord beruhigende Ansätze über die Lage des Geschäftes gegeben habe. Gladow galt selbst als ein sehr reicher Mann.

Zur Explosion im Hauptpostamt in der Königstraße am 23. d. M. wird nach der „Deutschen Verkehrs-Ztg.“ noch bekannt, daß außer der schweren Verletzung des Postboten Beilfuß noch andere nachteilige Wirkungen der Explosion bemerkbar wurden. Bei einer Anzahl von Beamten und Unterbeamten im Briefabfertigungsraum waren infolge des starken Luftdrucks Gehörstörungen eingetreten. Die elektrische Beleuchtungsanlage hatte versagt und die Uhr war stehen geblieben. Von den zu stempelnden Briefsendungen zeigten 10 Stkld. größere oder geringere Feuerbeschädigungen. Es ist, wie wir schon mitteilten, gelungen, aus den Resten der explodierten Sendung den Namen und Wohnort des Empfängers und durch diesen den Absender zu ermitteln. Dieser hat gestanden, daß er in dem verbrannten Briefe 1000 Stkld. Jänndblätter für Salowipolen, sogenannte Amores, zur Verfügung gebracht habe; die Jänndblätter werden durch den Stempelstempel zur Entzündung gebracht worden sein. Der Absender hat seine Ersatzverbindlichkeit anerkannt und wird außerdem die gesetzliche Strafe zu erwarten haben. Glücklicherweise sind die Verletzungen, die der Postbote Beilfuß erlitten hat, nicht so gefährlich, daß der Verlust eines Auges oder der Hand, deren Sehnen unversehrt geblieben sind, zu befürchten ist. Die Gehörstörungen bei dem übrigen Personal sind noch nicht vollständig beseitigt.

Die gestohlene Krone wiedergefunden. Eine mit 78 Brillanten verzierte Krone aus reinem Golde war, wie wir kürzlich meldeten, aus der Kapelle des heiligen Nicolaus zu St. Petersburg von einer Christusstatue gewaltsam abgehoben und gestohlen worden. Von dem Diebstahl war auch der Berliner Kriminalpolizei Mitteilung gemacht worden in der Voraussetzung, daß vielleicht die abgetrennten Brillanten hier zum Verkauf angeboten würden. Wie jetzt aus Petersburg gemeldet wird, ist der Dieb in der Person des Sohnes eines russischen Geistlichen namens Konstantin ermittelt und verhaftet worden. Die gestohlene Krone, die er auf einem Felde unweit des Ortes Kowgorod vergraben hatte, wurde dort in unversehrtem Zustande aufgefunden und der Eigentümerin wieder zugestellt. Der Eindrehler wurde dem Untersuchungsgefängnis in Petersburg zugeführt.

Ein dreifacher Einbruch wurde in der Nacht zum Donnerstag bei den Vorstadt-Fahrradwerken Richard Siebert, Prinzenstr. 95, in dem Gummitager ausgeführt. Insgesamt wurden 70 Laufmäntel und 51 Luftschläuche im Werte von 1000 M. von den Einbrechern entwendet, und zwar folgende Marken: Excelsior, Continental, Dunlop und Velo Pneumatic, hauptsächlich jedoch Excelsior-Mäntel und Schläuche, gez. S. C., ferner Continental-Mäntel und Schläuche, gez. 1. A. J., und Velo-Mäntel, gez. 3. 08. Es ist anzunehmen, daß diese Pneumatics zum Kauf angeboten werden, und wird vor Ankauf gewarnt.

In der städtischen Anstalt für Epileptiker in Waldgarten fand am Sonntag für einen Teil der Kranken ein Kostümfest statt, das einen traurigen Abschluß hatte. Auf dem Wege nach ihrem Hause machten 4 Kranke einen Suizidversuch, den der Pfleger Behrend zu verhindern suchte. Hierbei schlug einer der Kranken dem Pfleger mit einer heimlich mitgenommener Seltersflasche auf den Kopf, so daß der Verwundete bewußtlos zusammenbrach. Diese Meldung bildet wieder eine Illustration für den aufopferungsvollen Dienst des Pflegepersonals in den Irrenanstalten. Die Pfleger erhalten einen spärlichen Lohn sowie miserablen Kost und Wohnung. Die letztere besteht in einem Zimmer, aber nur wenn ein solches vorhanden ist, und das ist nicht in allen Anstalten der Fall. Wenn aber ein Pfleger durch eine derartige Gewaltthat eines Kranken dauernd an seiner Gesundheit Schaden erleidet, so bekommt er eine Unfallrente, mit der er sich dann durchhungern kann, denn die Stadt beschäftigt ihn nicht mehr, wenn er als Pfleger keinen Dienst mehr zu verrichten vermag.

Seinen Reichthum mit dem Tode geküßt hat der Feiger Lorenz aus Oberschöneweide, der auf dem offenen Fahrwasser bei Wilhelmshafen einen von Berlin kommenden Schlepddampfer Wilhelmshafen einen von Berlin kommenden Schlepddampfer „Marie“ mit seinem Handlari im Uebermut den Weg zu versperrern versuchte. Alle Signale und Warnungen des Schiffsführers wurden von dem angeheulenden jungen Menschen nicht beachtet. Was voranzuziehen war, geschah, der Dampfer stieß den Kahn um, Lorenz stürzte ins Wasser und ertrank. Den Führer des Dampfers trifft keine Schuld an dem Unfälle.

Die Kollidie mit ihrem Fehler konnten von der Kriminalpolizei aufgefunden werden. Seit einiger Zeit hatten sich Diebstähle von den Geschäftswagen weg in verschiedenen Gegenden der Stadt bemerkbar gemacht. Die Kriminalpolizei lenkte ihr Augenmerk zunächst auf die wegen Kollidiebstahls schon bestrafte Hansdierer Krüger und Großhändler und beobachtete, wie diese mit dem Thierer Henle und dem Kaufmann Thier gemeinsame Sache machten. Als Fehler diente ihnen der Kaufmann Weinmann, der sie an bestimmten Straßenecken erwartete, um die Ware in Empfang zu

nehmen und den Preis dafür gleich zu erlegen. Weinmann begab sich dann nach der Verzeigerhalle in der Neuen Schönhauserstraße, um die Waare öffentlich meistbietend abzugeben. Selang ihm sein Vorhaben nicht in der Halle selbst, so veranstaltete er auf dem Hofe die Verkäufe und betrieb einen recht schamlosen Handel. Der Kriminalpolizei wuchsen bei den Nachforschungen dadurch besondere Schwierigkeiten, daß die Käufer stets angegeben konnten, die Sachen in jener Halle erstanden zu haben. Schließlich wurde der Zusammenhang entdeckt. In der Wohnung des Heblers wurden noch mehrere Rollen Stoff, Wollentamen und dergleichen mehr gefunden, deren Abzug noch nicht bewerkstelligt werden konnte.

Feuerbericht. Freitag früh, kurz nach 4 Uhr, wurde die Wehr nach der Schäferstr. 2 gerufen, weil hier Betten und Kleidungsstücke in einer Schlaftube Feuer gefangen hatten. In der Nacht zum Freitag war am Kottbuler Ufer 13 auf nicht ermittelte Weise auf einem Holzplatz Feuer ausgebrochen, das bei Anbruch der Wehr schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Es mußte daher längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. In der Raumstr. 18 waren in einem Keller Fässer, Berg und Verpackungsmaterial in Brand geraten, der aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Röbel, Kleidungsstücke und Dedon wurden in der Friedrich-Wilhelmstr. 22 bei einem Zimmerbrande beschädigt. Nach der Voedstr. 16 wurde die Wehr gegen Abend gerufen, weil hier die Verpackung eines Wassermessers in Brand geraten war. Gleichzeitig mußte am Süd-Ufer auf der Eisenbahnbrücke über den Schiffahrtskanal ein Brand abgelöscht werden, der jedenfalls durch Funken aus der Lokomotive entstanden war und die Schwellen ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr noch an verschiedenen anderen Stellen mit der Ablöschung kleinerer Brände zu thun.

Eines der originellsten Feste des Berliner Karnevals hat vorgestern abend, von den Berliner Secessionisten veranstaltet, in den Konzertäumen des Zoologischen Gartens stattgefunden. Ueberrassende Kunstwerke schen eine Art improvisierten Festspiels, das unter der Maske harmlosen Scherzes eine Fülle von Wahrheiten enthielt:

Ein Automobil rost heran. Ihm entsteigt mit majestätischer Grandezza der „Serenissimus“ in weinroter Toga, die Krone auf dem Haupte, den Hermelin um die Schultern, das Scepter in Händen. „Guten Morgen, Secessionisten!“ ruft er den Künstlern zu, die sich, tiefgerührt von der ihnen widerfahrenen Ehre, eiligst einklinken, an ihrer Spitze Max Liebermann, in ausgedehnter Maske von C. Heilemann dargestellt. Serenissimus, der überaus gnädig gestimmt zu sein scheint, erfaßt die Herren, denen die Befangenheit in die Weine gefahren ist, sich's „bequem“ zu machen, denn vor einem Pflichten solle man stehen wie vor einem Kunstwerk. Beide seien ja unbehaglich. Im übrigen, so äußert sich Hoheit, gedente er sich kurz zu fassen, denn er liebe lange Reden nicht. Vor allem aber habe er beschloffen, nachdem er die Secection zur öffentlichen Anstalt erhoben hätte, da nur ein guter Secectionist ein guter Soldat sein könne, minnere als Zeichen seiner allerhöchsten Guld den Verkauf des „Symbolismus“ wieder auf den Bahnhöfen zu gestatten. Auch empfiehlt Serenissimus, etwas weniger Soldatenbilder zu malen, da, wie er sich tiefstimmig ausdrückt, der Soldat zwar „ein notwendiges Uebel“ sei, das Uebel jedoch nicht dargestellt werden müsse. Außer den in einer blauen Papierdüte mitgebrachten Orden, unter denen die Herren Künstler nach Wunsch ihre Wahl treffen, gerührt Hoheit noch einige Auszeichnungen zu verleihen. Vor allem erleiht er dem Künstler Kruse-Liebigung den Auftrag, die Denkmäler seiner Vorfahren anzufassen. „Aber etwas dunkler.“ Bildhauer Kinnich wird zum Referat-Nasen-Modelleur befördert und erhält außerdem eine Chrenpflaume. Diese merkwürdige Dekoration wird dem Hermelin entnommen, dessen Belzwerk selbstsammerweise aus lauter solchen Früchten besteht. Der tiefgerührte Künstler verspricht in begreiflicher Befangenheit dieses sichtbare Zeichen fürstlicher Guld. Hierauf erfolgt die Ernennung Professor Eleovats zum Dr. Pinx und die Verleihung der Schänkeinschüre an den Porträtmaler von König, dessen Bilder so gut getroffen sind. Dem jungen Künstler wird außerdem der Rotenring für Kunst und Wissenschaft zu teil, mit der gnädigen Mahnung, sich vor Erklärungen in acht zu nehmen. Die größte Auszeichnung hat Serenissimus jedoch Herrn Max Liebermann vorbehalten, und zwar erhält er ein Kavallerie-Regiment, das er sich sogar selbst auszuwählen kann. Um das Wahl seiner Güte vollzumachen, verleiht er ihm außerdem noch einen Ehrenpfeil in halber Manneshöhe, „im Aneploch zu tragen“. Nach diesen Gnadenbeweisen erklärt Serenissimus die Secectionsausstellung für eröffnet und giebt seiner Befriedigung über das Gebotene durch die Erklärung Ausdruck, daß er beabsichtige, sie „auch diesmal wieder“ für das National-Panoptikum anzulassen zu wollen. Zwei Bilder will er gleich mitnehmen und läßt sie sich „etwas einwickeln“, was sich ein bißchen schwierig gestaltet, da sie ziemlich umfangreich sind.

Rummelrucht sich Herr Liebermann, der während der fürstlichen Rede zwischen durch ein wenig Panfare geblasen hat, zu einer mit „ah“ in allen Tonarten durchwobenen Erwidrerung, in der er ausführt, daß der „erstante“ Erfolg der 150. Ausstellung selbst die „fabelhaftesten“ Erwartungen übertrifft und den Beweis liefert, daß die Gründung der Berliner Secection nicht nur einer vorübergehenden Laune Serenissimi entsprengt. Bei dieser Gelegenheit verbreitet sich Liebermann über den Begriff der Kunst in philosophischer Weise und faßt seine Ausführungen in den bemerkenswerten Satz zusammen: „Was ist denn Kunst? Wissen Sie, wissen Sie. — Kunst ist, was die großen Secectionisten geschaffen haben. — also: violett und grün!“ Diese Auffassung, welche der des Landesherren am nächsten komme, stamme zwar bereits aus dem vierten Jahrhundert und könne auf eine Verherrlichung des heiligen Augustinus zurückgeführt werden, doch dürfe, könne, solle und werde eine endgültige Definition des Begriffes Kunst voraussichtlich nie gefunden werden! Nicht der Künstler, der fürst allein weise in alle Ewigkeit der Kunst die Wege, die sie zu wandeln habe! Vor allem aber warte das Bestreben vor, fürstlich zu malen, um fürstliche Preise zu erzielen. Und was das Publikum betreffe, so meint Herr Liebermann, daß er kein nachsichtiges, sondern ein weitwichtiges wünsche, das ein Kunstwerk auch zu seinen Gunsten bestrebt sei. Und damit Serenissimus auch sehe, daß er auf seine Künstler in Adoff-Einstufung rechnen könne, erbittet Liebermann die Erlaubnis zu einem Devisil der Maler und Bildhauer, die vor Begleiter brennen, vor Serenissimus im Paradenmarsch anzutreten. Gruppen von Naturalisten, Symbolisten, Porträtkisten ziehen am hübsollen Auge Serenissimi vorüber, ihnen folgt ein einziger Neo-Impressionist, an den sich eine Gruppe Kunstkritiker mit Dreitern vor dem Kopf anschließt. —

Ein leiser Regen fällt nieder. Serenissimus nimmt die Krone vom Haupte, denn sie vermag die Krone nicht, und vertauscht sie mit einem Dreispitz, während ein Schutzmantel das Zeichen höchster Macht einzuwickeln in einen Papplarton verpackt. —

Trepot-Sternwarte. Sonntag, den 1. März, nachmittags 5 Uhr, wird Direktor Krichenhold auf der Trepot-Sternwarte über „Moderne Marsdarstellung“ sprechen und insbesondere die Frage der Bewohnbarkeit in diesem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag behandeln. Abends 7 Uhr lautet das Thema „Leber die Bedeutung des Mondes für die Schifffahrt“. Nach dem Vortrag wird zunächst der Mond, dann der Orionnebel und zuletzt der Mars beobachtet.

Schüler-Gesangsaufführungen im Circus Busch. Am 1. und 8. März, mittags 12 Uhr, finden im Circus Busch Massen-Gesangsaufführungen von über 1800 Schülern und Schülerinnen Berliner Gemeindefschulen statt zum Besten des Kinderhortes des ersten Berliner Schulkreises, der dem Kreisinspektor Dr. O. Fischer unterstellt ist.

Gegen die Theaterkurz veranstaltet der Verein „Urheberrecht“ am Sonntag, 1. März, mittags 12 Uhr, im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Kgl. Wilstr. 111/112, eine Protestversammlung, in der Herr Rechtsanwält Victor Fraenk sprechen wird. Es ist dies die zweite Versammlung des genannten Vereins, da die erste am vorigen Montag von der Polizei lange vor Beginn abgebrochen war, so daß Hunderte keinen Einlaß fanden. —

Am dem Richard Wagner-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 1. März, im Bürgerkaale des Rathhauses veranstaltet, wirken die Damen Vera Goldberg und Beisy Schot und die Herren Alexander Heinemann und Heinrich Scheden mit. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Richard Sternfeld.

Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 84/86, finden in kommender Woche, abends 8 Uhr, folgende öffentliche — Herren und Damen zugängliche — Vorträge statt: Montag und Sonnabend Dr. Rosoff-Berlin: Geschichte der französischen See- und Kolonialmacht vom 16. Jahrhundert bis 1815; Dienstag Prof. Walther-Jena: Das Meer in der Erdgeschichte; Mittwoch Geh. Rat Kaye-Leipzig: Die geographischen Gelege des Verleches und der Strategie zur See; Donnerstag und Freitag Prof. Strümmel-Niel: Die heimischen Meere (mit Lichtbildern). Einlaßkarten von 6 Uhr abends ab im Institut.

### Aus den Nachbarorten.

Achtung! Königstreue Männer! Zu der am Sonntag, den 1. März, mittags 1 1/2 Uhr pünktlich im Saale des Herrn Robert Schulze, Hohenschönhausen, von der Socialdemokratie einberufenen Versammlung werden hiernit alle königstreuen Männer zur Theilnahme eingeladen.

Der Vertrauensmann des konservativen Wahlvereins. Diese Einladung bringt das Ortsblatt von Wilhelmshagen-Hohenschönhausen zu der von unsern Lichtenberger Parteigenossen nach Hohenschönhausen einberufenen Volksversammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Zubeil über den Reichstag und die Wahlen sprechen wird. Da es sich empfiehlt, dieser konservativen Einladung, die doch gewiß nur im Interesse einer ruhigen, sachlichen Auseinandersetzung mit den Socialdemokraten erlassen ist, die weiteste Verbreitung zu geben, drücken wir sie ab in der Hoffnung, daß auch unsere Parteigenossen von der Einladung regen Gebrauch machen.

In Wilmsdorf besuchte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit dem Plan des Rathausbaues. Das jetzige Rathaus in der Brandenburgischen Straße ist zwar noch recht jungen Datums und macht keinesfalls den Eindruck der Verfalligkeit, doch sind seine Räume bei der rapiden Entwicklung des Dorfes nicht entfernt mehr ausreichend. Ursprünglich war ein Anbau geplant worden; doch schlug die Stimmung in der Gemeindevertretung neuerdings dahin um, daß man auf ganze gehen müsse. So liegt denn der Plan vor, einen Neubau zu errichten, dessen Kosten sich nach der vorliegenden Berechnung auf 3 850 000 M. stellen werden. Das neue Rathaus soll auf dem Hehrbelliner Platz zu stehen kommen. Das ist außerhalb des alten Ortsteils, in einer Gegend, wo heute noch der Ackerbau seines Amtes waldet. Wie immer in solchen Fällen setzte auch hier die Spekulation der Terraingesellschaften ein und die Gemeinde wurde von der Westgerin, der Berlinischen Vobergesellschaft, mit einem Gebot angegangen, das äußerlich zwar verlockend aussah, aber bald den Pferdebuch erkennen ließ. Der Grund und Boden in Größe von etwa 650 Ruten soll 534 883 M. und 50 Pf. kosten, das macht unter Anrechnung der Straken-Regulierungskosten für die Rute 927 M. 60 Pf. aus. Vor zwei Jahren sollte die Gemeinde nur 700 M. zahlen. Den jetzt geforderten Preis zu zahlen ist die Gemeinde unter keinen Umständen geneigt. Nachdem ein von socialdemokratischer Seite gestellter Antrag, unter den vorliegenden Umständen die Angelegenheit des Rathausbaues überhaupt zu vertagen, mit schwacher Mehrheit abgelehnt worden war, fand ein Antrag Annahme, wegen Ermäßigung der Forderungen von neuem mit der in Betracht kommenden Gesellschaft in Verhandlung zu treten. Bemerk sei noch, daß die Gemeindevertretung daran denkt, den Neubau des Reformgymnasiums ebenfalls am Hehrbelliner Platz zu errichten, doch kam dieser Plan in der vorgestrigen Sitzung nicht weiter zur Verhandlung. Weiter kamen am Donnerstag die neuen Etats für das Bismarck-Gymnasium und das Reform-Realgymnasium zur Erörterung. Die Etats schließen in Einnahme und Ausgabe mit 141 000 und 65 000 M. ab. Von socialdemokratischer Seite wurde auf das gänzliche Fehlen von Mittelschulen am Orte hingewiesen und angeregt, das Schulgeld für die Realschule ev. zu ermäßigen. Der Referent, Regierungsrat Dr. Beckmann, entgegnete, daß man sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt habe und die Zeit, wo die gegebenen Anregungen berücksichtigt werden könnten, vielleicht nicht mehr fern sei.

Nixdorf. Der neunte Kunstabend in unserer Stadt findet am Sonntagabend 7 Uhr im Saale des Kaiser Friedrich Realgymnasiums statt. Das Thema lautet „Deutscher Humor“. Mitwirkende sind: Dr. Gustav Wang (Recitator), Fr. Kofelowska (Sängerin), Robert Koppel (der Schöpfer von „Der lustige Ehemann“ und „Die Wustel kommt“) u. a. m. Aus den Werken Wilhelm Raabes, Jean Pauls, Fritz Reuters, Detlev v. Liliencrons u. a. m. wird das Beste geboten werden. Eintrittskarten zu 30 und 50 Pf. sind noch an der Abendkasse im Realgymnasium (Kaiser Friedrichstraße) zu haben.

Aus Groß-Lichterfelde schreibt man uns: Endlich hat man sich auch hier entschlossen, bezüglich des Volksschulwesens eine wenn auch nur minimale Verbesserung einzuführen, nachdem schon längst andre und kleinere Vororte vorangegangen sind. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde nach einem kurzen und sachlich sehr mageren Referat des Gemeindevertreters Lehmann beschlossen, die bisher sechsstufige Volksschule in eine siebenstufige umzugestalten. Und da der Referent die Abneigung der Lichterfelder Bourgeoisie gegen jede Verbesserung der Proletarierschulen, besonders wenn solche nicht unsonst zu haben ist, kennt, bezieht er sich auch mit der Versicherung, daß die Sache absolut nicht mit Kosten verknüpft sei. Durch „Schibungen“ — der Ausdruck schien sich wegen seines zutreffenden Charakters dem Referenten förmlich aufgedrängt zu haben — sei es möglich geworden, Ausgaben für weitere Lehrkräfte zu vermeiden. Es handelt sich also nur um eine „Verbesserung“ nicht auf Kosten der Gemeinde, sondern auf Kosten der Lehrer. — In der genannten Sitzung machte man auch einmal, nachdem die Gemeinde nahezu eine Viertel Million Mark an Pfostenkosten, meist im Interesse der Grundstücksbesitzer, ausgegeben, den schäblichsten Versuch, zu vernünftigeren Grundstücken in dieser Beziehung zu gelangen. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, die Pflasterung der Mantuffelstraße zwischen Kolkestraße und Chausseestraße, an der die anstehenden Grundstücksbesitzer ein hervorragendes Interesse haben, durch den Unternehmer Rentier Zahn ausführen zu lassen, nach Vorrichtung und unter Kontrolle des Gemeindevorstandes und Leistung einer Kaution von 10 000 M. Hätte man dieses „neue Prinzip“, wie der Referent Kengner es nannte, und das auch nur für Groß-Lichterfelde neu ist, etwas früher erwidert, so wären der Gemeinde bedeutende Summen, die lediglich im Interesse der Bodenwucherer verausgabt worden sind, erspart geblieben.

Rehendorf. Wegen der Ende vorigen Jahres auch in unfremem Blatt geschilderten Missethate in der einlässigen Schule zu Schönau hatte unser Parteigenosse A. St. er bei der Regierung seiner Zeit Beschwerde erhoben. In der ihm jetzt zugewiesenen Antwort heißt es kurz, daß das Erforderliche verfügt sei. Was aber verfügt worden ist, darüber schweigt sich die Regierung aus. Es wird in der Zuschrift der Regierung noch bemerkt, daß den Kindern in Schönau der Besuch der siebenstufigen Schule in Rehendorf freigestellt sei. Diese Vergünstigung ist für die in Betracht kommenden Kinder ziemlich wertlos, da sie bei ihrer Ausnutzung täglich zwei Stunden unterwegs sein müssen. Es sollte endlich der Schulcommissus eingeführt werden, von dem schon früher in der Gemeindevertretung die Rede war.

Lichtenberg. Der Wahlverein macht seine Mitglieder auf den am Montag in den Bezirkslokalen stattfindenden Jahlabend aufmerksam. Die Wahlen zum Stiftungsfest, das am Sonnabend, den 7. März, stattfindet, sind bei den Bezirksführern und am Jahlabend zu entnehmen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung am Donnerstag zunächst den bisherigen Schöffen, Schornsteinfeger-



Obermeister Kielblock auf weitere sechs Jahre zum Schöffen wieder. Vor der Wahl gab es einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem Führer der freisinnigen Gruppe, Herrn Plonk, und dem Gemeindevorsteher. Herr Plonk wollte die sofortige Wahl verhindern; diese Opposition beruht auf einem alten Familienzwist der feindlichen Brüder, wenn es gilt, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, werden sich die Herren wieder vertragen. — Der Vertagung verfiel mit geringer Mehrheit der Antrag unserer Genossen, den Gemeindevorstand zu ersuchen, in der Stadtverordnungsfrage mit den Nachbargemeinden Straßau, Nummersburg und Friedrichsfelde in offizielle Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen sollten den Zweck haben zu ermitteln, ob und unter welchen Umständen eine Zusammenlegung der Gemeinden mit dem Ziel auf Annahme städtischer Verfassung möglich sei. Genosse Grauer hatte dabei Gelegenheit, die Sonderbestimmungen unserer Hausagrarier wirkungsvoll ins rechte Licht zu setzen. Der Bescheid des Ministers über den Antrag, Lichtenberg die Städteverfassung zu verleihen, soll erst abgewartet werden.

Die Einsprüche gegen die diesjährige Wählerliste trieben den erwähnten Familienzwist weiter und ließen erkennen, daß der Ende März sich hier wieder einmal abspielende Wahlkampf ein Lebhaftigkeit nicht zu wünschen übrig lassen wird. Eine ganze Reihe papierner Wähler (Forensen) verhielten sich feindlich den Brüdern mit wechselndem Glück sich zu erhalten. Unsere Parteigenossen waren hierbei in der Rolle des lachenden Dritten.

Gegen die vom Landrat verfügte zwangsweise Einsetzung von 640 Mark in den Etat zum Ersatz von Anwaltskosten, die durch Unterbringung von unter Sittenkontrolle stehenden Mädchen entstanden sind, soll Klage erhoben werden. Die Mädchen stehen unter Kontrolle der Berliner Sittenpolizei und sind bei Ausübung ihres Gewerbes in Berlin aufgegriffen worden. Sie haben hier keinen oder nur vorübergehenden Aufenthalt gehabt und daher soll die Frage über die Ersatzpflicht zum Antrag gebracht werden. — Es sollen 250 000 Mark als erste Rarate für das im Bau befindliche Amtsgericht am Orte von der Mitterschaffstasse entnommen werden; über die restlichen 450 000 Mark bleibt Befehlsvorbehalt.

## Gerichts-Zeitung.

Ein „Terrorist“. Wegen angeblicher Beleidigung des Restaurateurs Rudolph Bahr, Henningsdorferstraße 2, hatten sich am Freitag wiederum die Rechtsanwälte Hillekamp und der Schlosser Malinowski zu verantworten. Die Angelegenheit hat bereits wiederholt die Gerichte beschäftigt. Im Vorjahre wurden beide Angeklagte vom Schöffengericht deswegen zu Geldstrafen verurteilt, welche Verurteilung auf ihre Berufung hin vom Landgericht bestätigt wurde, obgleich in einem Falle eine Ermäßigung der Strafe eintrat. Das Kammergericht hat jedoch das Urteil auf, unter anderem wegen Nichtanwendung des Schutzparagraphen 193 und verweist die Sache an das Landgericht zurück. Es war ein umfangreicher Zeugenapparat aufgebaut, mittels dessen Rechtsanwalt Dr. Heinemann in den Wahrheitsbeweis zu Gunsten der Angeklagten antrat. Die Anklage selbst wurde von der Staatsanwaltschaft vertreten, während der angeblich beleidigte Bahr als Nebenkläger zugelassen war. Auf Grund der Beweisaufnahme gestaltete sich der Sachverhalt folgendermaßen:

Im Jahre 1901 war es den organisierten Metallarbeitern der Firma Bergmann & Co., Elektrische Maschinenfabrik, gelungen, daß in dem Betriebe wiederholt Entlassungen von Verbandskollegen vorfielen. Sie führten diese Maßregelungen alsbald auf Denunziationen des Restaurateurs Bahr zurück. Dieser hatte früher selber in der Fabrik gearbeitet und bekleidete seiner Zeit auch das Amt eines Kassierers der Vertrauensleute des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Anlässlich des Bierboikotts fehlten ihm bei einer Abrechnung aber 303 M. in seiner Kasse, über deren Verbleib die Revisoren nur mangelhaften Aufschluß erhielten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt, daß Bahr vor mehreren Jahren sein ca. 17-jähriges Dienstmädchen vergewaltigt hatte. Die Folge war nun, daß ihm vom damaligen Wahlvereins-Vorstande anheim gegeben wurde, aus dem Verein auszutreten, widrigenfalls sein Ausschluß erfolgen müsse. Er ist denn auch ausgetreten, spielte sich aber stets als die getränkte und verfolgte Unschuld auf. Da es der Bergmannschen Arbeiter nach und nach aber auf Grund bestimmter Unterlagen zur Gewißheit geworden war, daß Bahr die dortigen Verbandskollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verbande bei den Wählern denunzierte, so wurde am 5. Dezember 1901 eine Berufungs-Versammlung einberufen und hier das Verhalten Bahrs gebührend charakterisiert. In dieser Versammlung hat auch der Angeklagte Hillekamp ein Urteil verlesen, welches in einer früheren Beleidigungssache Bahrs gegen den jetzigen Mitangeklagten Malinowski gefällt worden ist. Letzterer hatte nämlich einem Mitarbeiter von dem Gerücht Mitteilung gemacht, daß Bahr habe sich an seinem Dienstmädchen stillschweigend vergangen haben solle. Bahr klagte und Malinowski wurde zu 10 M. verurteilt, weil die Absicht der Beleidigung als erwiesen angenommen sei. Dagegen wurde der von Malinowski angeordnete Wahrheitsbeweis betr. des Vorfalls mit dem Dienstmädchen im wesentlichen als erbracht angesehen. Nach Verlesung dieses Urteils in der Versammlung hatte Hillekamp an die Anwesenden die Mahnung gerichtet, ihre sauer verdienten Groschen nicht einem Manne gemeint war der frühere Arbeiter und nachmalige Restaurateur Bahr) hinzutragen, dessen moralische Qualität denn doch so viel zu wünschen übrig lasse, daß anständige Arbeiter keine Gemeinschaft mit ihm haben könnten.

In der Verlesung jenes Urteils und in den hinzugefügten Bemerkungen Hillekamps sah die Staatsanwaltschaft nun eine schwere Beleidigung Bahrs, und in der Heberlassung des Urteils an Hillekamps wurde das gleiche, wenn auch minder schwere Vergehen Malinowskis erblickt. Die Beweisaufnahme drehte sich diesmal im wesentlichen um das an dem Dienstmädchen Martha Mars verübte Notzuchtverbrechen. Bahr bestritt unter Eid mit einem großen Aufwand von Entrüstung auf das entschiedenste jene Tat. Das in Wobslau in Schles. kommissarisch vernommene Mädchen dagegen hat unter Angabe genauer Einzelheiten derart gravierende Aussagen gegen Bahr zu Protokoll gegeben, daß an dessen Schuld nicht der leiseste Zweifel gehegt werden konnte, ganz abgesehen von den übrigen Zeugenaussagen. Auch die Denunziationen bestritt Bahr, gab dann aber schließlich zu, daß er einmal einen Koffer vor einem Arbeiter gewarnt habe. Im übrigen stellte er sich auch hier als einen von seinen früheren Parteigenossen verfolgten und terrorisierten Mann hin, den jene nur ruinieren wollten. — Trotz der wenig beneidenswerten Rolle, welche Bahr in diesem Termin spielte, hielt der Staatsanwalt dennoch die Anklage aufrecht und beantragte, auf das frühere Strafmaß von 50 resp. 25 M. Geldstrafe zu erkennen, denn er halte Bahr weder für einen Nutznießer noch für einen Nebenkläger. Dagegen erklärte sich auch der Richter für die Verurteilung Bahrs. Dem Antrag schloß sich auch der Rechtsbeistand des Nebenklägers Bahr an. Nach einer scharf pointierten Verteidigungsrede Dr. Heinemanns erkannte der Gerichtshof jedoch unter Aufhebung des früheren Urteils auf kostenlose Freisprechung beider Angeklagten. Der Wahrheitsbeweis in Bezug auf die gegen Bahr erhobenen Beschuldigungen müsse als vollkommen erbracht angesehen werden; auch müsse es den Angeklagten geglaubt werden, daß sie Bahr nur als

einen Mann haben charakterisieren wollen, der in ihre Kreise nicht hineingehöre. — Bemerkenswert sei noch, daß auf Veranlassung des Bahrs schon eine ganze Anzahl Verurteilungen von Zeuten erfolgt sind, die ihm dieselben Vorwürfe gemacht hatten wie die beiden Angeklagten, auch sind für ihn schon mehrmals Ehrenerklärungen in Zeitungen veröffentlicht worden.

Von den Zuständen in Bädereien. Vor dem Spandauer Schöffengericht wurde dieser Tage eine Privatklage verhandelt, welche der Bädermeister Hoffert aus Spandau gegen den Redakteur der „Laternen“, unsern Parteigenossen Nieger angebracht hatte. In ihrer Nr. 41 veröffentlichte die „Laternen“ eine Zuschrift unter der Epithete: „Ein empfehlenswerter Bädermeister!“. Danach sollte der Privatkläger seinen Lehrling Hermann Schilling, der einen schämmenden Daumen gehabt, trotz der Bitte des letzteren um leichtere Arbeiten gezwungen haben, den Verband von dem kranken Daumen abzunehmen, um Audenteig zu füttern! — Herr Hoffert fühlte sich durch diese Mitteilung beleidigt und strengte nun, nachdem die Staatsanwaltschaft ihre Einsprüche von Amts wegen abgelehnt hatte, gegen unsern Genossen die Beleidigungssache an. In der Verhandlung am Mittwoch gelang der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis im vollen Umfange. Sowohl der Zeuge Schilling als dessen Vater sowie ein zweiter Lehrling des Hoffert, Namens Vitz, bestätigten die Angaben in dem Artikel vollauf. Vitz bekundete noch, daß es ihm selbst vorher einmal genau so gegangen sei. Es kam auch zur Sprache, daß der Bädermeister einmal seinem Lehrling ein Stück Teig ins Gesicht schlug, so daß der Teig zu Boden fiel, und daß der Lehrling alsdann von diesem Teig „Brotkrumen“ fertigen mußte. Der Vorsitzende, Herr Amtsrichter Weishaupt, nannte es eine „fast ungläubliche Schmeichelei“ und fragte die beiden früheren Lehrlinge: „Mühten Sie denn das Zeug freisen?“ — Trotzdem beschloß der Privatkläger die Dreifachheit, angesichts dieser niederschmetternden Behauptungen an den „Angeklagten“ das Ansuchen zu stellen, er solle die „Beleidigung“ in der „Laternen“ zurücknehmen! Auf das eindringliche Zureden des Vorsitzenden und eines Rechtsanwalts bequäme sich der „beleidigte“ Bädermeister jedoch zur bedingungslosen Rücknahme seiner Klage und zur Uebernahme sämtlicher Kosten.

## Versammlungen.

Weißensee. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung des Wahlvereins am 23. Februar im Saale „Albrechtshof“, in der die erschienenen Frauen in einem abgegrenzten Raum Platz fanden, referierte Dr. Kronz über die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen. Der Redner ermahnte zu Schlüssen seines wirkungsvollen Vortrages unter großem Beifall zur energischen Mitarbeit bei den bevorstehenden Kämpfen. Eine Diskussion fand nicht statt und forderte der Vorsitzende noch eindringlich zum Eintritt in den Wahlverein auf.

Etralan. Eine gut besuchte Volksversammlung tagte am 22. Februar in der „Alten Traverne“. Reichstags-Abgeordneter Otto Kuntz sprach über die kommenden Reichstagswahlen. Eine Resolution wurde angenommen, worin die Versammlung gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Mehrheit des Reichstags protestiert und die Anwesenden sich verpflichten, bei den kommenden Reichstagswahlen ihre ganze Kraft für die Sozialdemokratie einzusetzen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. März, normtags 6<sup>1/2</sup> Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, Kleine Franzfurterstraße 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung“. Um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn E. Bogherr, Stettin: „Die Befreiung der Frau“: Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Nachmittags 5 Uhr, in Kellers Hofläden, Kopenstr. 29: Feier des 58. Stiftungsfestes, Konzert, Theateraufführung, Festrede des Herrn Walded Manasse.

Hilfskassen der Graveure, Glaser und verwandten Berufsgruppen Berlins tagt jeden 1. Montag im Monat im Restaurant „Luisen-Park“ 1, abends 8—10 Uhr.

Centralverband der Maschinen- und Heizer, Dreißerverwaltung Berlin. Sonntag, den 1. März, nachmittags 5 Uhr, bei Volgt, Ritterstr. 75, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Generalsekretärs Dr. Berner v. Deller über „Saug- und Generator-Gasmaschinen“. Weitere Beschlussfassung betreffs des Ablehnungsbeschlusses des Centralverbandes.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefte 7 und 8 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldmensch“, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters R. Jozai, erscheint als Hauptroman.

Neben diesem gelangt die schillernde, hauptsächlich die Jugend fesselnde Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erdmann & Chatrian: „Frau Therese“ zum Abdruck.

Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Postzeitungs-Katalog Nr. 3856) entgegen. Wir können unsern Lesern das Abonnement empfehlen.

A. Kautsky. Das Exakter Programm. Herausgegeben in jüdisch-deutscher Sprache vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbunde in Litauen, Polen und Rußland. Mit einer Vorrede zur jüdischen Ausgabe von A. Kautsky.

Die Volksschule, wie sie ist. Von Otto Kühle. Berlin. Expedition der Buchhandlung Vorwärts. 30 Pf.

Handlung. Finanzielle Grundlagen der Unfall-Versicherung. 1903. Verlag von H. Trotschel, Berlin-Grumewald, Oststr. 5.

## Vermischtes.

Halle a. d. Saale, 27. Februar. Von den auf dem Crednermarkt bei Unter-Abdingen verschütteten vier Häusern wurden drei als Leichen zu Tage gefördert, der vierte stark kurz nach der Befreiung.

Vier Kinder verunglückt. Golstebro (Rüßland), 27. Februar. Bei einem heute Nacht in einer Trifolagenfabrik ausgebrochenen Brande erstickten vier Kinder eines Berufshüters.

Wien, 27. Februar. In den Vormittagsstunden wurden, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, infolge einer Explosion von altem Schießpulver im Kellergebäude der Hofburg am Josephplatz die beiden Hofzimmerleute Andreas Panel und Joseph Mazel, welche nebeneinander arbeiteten und einen Fußboden legen wollten, verlegt, ersterer schwer. Die Ermittlungen ergaben, daß sich früher in dem erwähnten Kellerraum fünf sechspfundige Büchsenartartischen befanden, welche wahrscheinlich zur Munition der seiner Zeit in der Hofburg aufgestellten zwei Geschütze gehörten. Dieselben waren unbedachterweise unter die Fußbodendielen gelegt worden. Die Pulverfäden waren in der langen Zeit verfault und das Pulver lag zerstreut umher. Einer der Arbeiter hatte eine Ligarre-Lampe bei sich, durch welche die Explosion des Pulvers herbeigeführt wurde.

Erdbeben. An der Ostküste Spaniens sind am 26. Februar zahlreiche Erdstöße vorgekommen; zwei heftige Erdstöße haben in Eliche stattgefunden. Die Straße Santa Maria wurde dort stark beschädigt; die befestigten Stöße wurden in Konforte verspürt. Zwei

starke Erschütterungen, von denen jede fünf Sekunden dauerte, waren von donnerähnlichem Geräusch begleitet. Der Barometer stieg, die Einwohner wurden von einer Panik ergriffen, flohen aus den Häusern und kampierten unter freiem Himmel.

## Briefkasten der Redaktion.

M. C. 10. Kunstakademie in der Hardenbergstraße (Charlottenburg). B. S. 2. Der Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Handwerklern, Vorsitzende Frau Ida Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18, gemächl. Darlehen in Höhe von 15 bis 150 M., die Biedersee-Stiftung, Vorsitzender Stadtrat Keller, Rathaus, Darlehen von 15—75 M., das Bürger- u. Rettungsinstitut, Vorsitzender Magistratssekretär Höhne, Große Präfektenstraße 7, giebt ebenfalls kleinere Darlehen.

G. 2. Altersheim, in die eine 60 Jahre alte Frau sich für 500 M. einlassen kann, giebt es untesr Wissen nicht in Berlin. Im Gertrud-Hospital (Bartenbergstr. 1—7) sind 1275 M. erforderlich, im St. Jakobshospital, Driemstr. 80, 1200 M., in der Range-Schuler-Stiftung, Reimden-dorferstr. 31, 750—1200 M. In allen diesen Anstalten werden außer freier Wohnung 15—30 M. monatlich bar gemährt.

G. 3. Der durch den Bericht noch nicht gemarkt ist, bei dem sind untesr Grastens auch weitere Worte nutzlos. — Ziemlich bewies. Im Herbst 1893. — A. S. 100. Die im Handel erhältlichen zu praktischen Zwecken dienenden Trochenelemente sehen unter Patenten; ihre Zusammenstellung wird als Fabrikgeheimnis behandelt. — A. G. 17. Hornmel, das bei der Hornbearbeitung abfällt, besteht im wesentlichen aus Hornsubstanz, die den Proteinstoffen (Eiweiß, Casein, Albumen) sehr nahe steht; sie ist arm an Mineralien, enthält dagegen bis zu 5 Proz. Schwefel und 14—16 Proz. Stickstoff. Aus diesem reichen Stickstoffgehalt beruht die Düngewirkung des Hornmelles. — Reichstag. 15. Juni 1893 Wahl, 1750 000 socialdemokratische Stimmen. — A. H. J. Johannisthal. 5 Millionen. — Z. M. 36. 1. Das Gewicht eines Menschen nimmt nicht ganz genau um das Gewicht der soeben genossenen Speisen und Getränke zu, weil der Stoffwechsel durch Atmung und Transpiration beständig vor sich geht. Doch dürfte die Differenz gleich nach der Mahlzeit nur wenige Gramm betragen. 2. Ein Liter im Wasser gewogen wiegt so viel weniger, als das Gewicht des von ihm verdrängten Wassers anzeigt. Wiegt er in Luft z. B. 2 Kilo, und beträgt der Rauminhalt seines Körpers 1200 Kubikcentimeter, so würde er im Wasser nur 800 Gramm wiegen, nämlich 2 Kilo gleich 2000 Gramm, vermindert um 1200 Gramm, weil 1200 Kubikcentimeter Wasser 1200 Gramm wiegen.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Fischer. 1. Sie könnten in dem Schadenfall mit Selbsthilfe mit Erfolg anzuwenden. 2. Zum Sichern eines solchen Schadens wäre polizeiliche Erlaubnis erforderlich. — Pension. Die Pension ist, soweit sich dies ohne Einseitigkeit in die sogenannten Standbücher sagen läßt, zurecht berechnen. — W. A. Wahrheitsbeweis wird Ihnen ein Anspruch auf Rückzahlung zustehen. Indes läßt sich eine Frage über Recht aus einem Vertrag, insbesondere einem Versicherungsvertrage, ohne Einseitigkeit des Vertrages (Police und dergl.) nicht mit Sicherheit beantworten. In allen solchen Fällen ist deshalb zum Besch der Sprechstunde, in der sich die Verträge vorlegen lassen, zu raten. — G. 77. 1. Kein. 2. Nur der 15te. 3. Wenn der Fortgang in das Dienstjahr fällt, ja. — G. M., Charlottenburg. Ein solches Verbot ist unzulässig. — 505. Ja. — Gersy. Sie sind leider zur Zahlung verpflichtet. — G. S. 500. Ja, Reichstempel wird für das Kalenderjahr entrichtet. — W. G. 1. Kein. — Pfaff. Ein rechtlich erzwingbarer Anspruch auf Rückzahlung des Zeilamentsinhalts steht Ihnen nicht zu. — J. D. 00. Kein. — Orantestr. 30. 1. Auch ohne Stempel ist der Vertrag gültig. Den Betrag müssen Sie, falls Ihr Vertrag die Bestimmung enthält, noch zahlen. 2. Eine mündliche und eine schriftliche Vereinbarung, daß Rückzahlungsstellen für beide Teile eines gewerblichen Arbeitsvertrages ausgeschlossen sind, ist gültig. Es kann dann also sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer ohne Kündigung den Vertrag aufheben. — Schöneberg 99. Das Wahlrecht ist an dem Ort auszuüben, wo der Betreffende zur Zeit der Reichstagswahl wohnt. Er muß aber dafür Sorge tragen, daß er in der Wählerliste Aufnahme findet. — Frankfurt. Kein. — A. S. 778. Es ist nicht notwendig, aber ratsam, zur Vollziehung eines demartigen Vertrages sich der Hilfe eines Rechtsanwalts zu bedienen. — J. S. 2. Kein. Wenden Sie sich an das Amtsgericht, vor dem Sie keine Zeit ausgetreten sind. Die Bescheinigung kostet 3 M. Der Barwert hat kein Recht, solche Bescheinigung von Ihnen zu verlangen. Fordern Sie die Stelle, die Ihnen die Steuern genommen hat, zur Rückgabe auf und beantragen Sie, falls Rückzahlung nicht erfolgt, bei der Staatsanwaltschaft gegen den Barwert oder den Beamten, der die Steuer von Ihnen erhoben hat, Bestrafung wegen Erpressung. Sache des Barwerts ist es, sich davon zu überzeugen, ob die Leute, von denen er Kirchensteuer eingeleitet läßt, auch der Kirche angehören. — T. 2. In Berlin ja. Hundsteuer ist Gemeindesteuer, daher in den verschiedenen Gemeinden verschieden geregelt. — Zandemann. Die Heiratzeugen müssen großjährig sein. Die Großjährigkeit tritt mit vollendetem 21. Lebensjahre ein. Die Heiratzeugen können verheiratet oder ledig, männlich oder weiblich, mit dem Verlobten, dem Standesbeamten oder untereinander verheiratet oder verlobt sein. — A. 1. Das hängt von der Höhe des Einkommens und der Beschäftigung der Gemeinde ab. 2. Es kann in solchen Fällen jeder Teil bis am Dritten zum nächsten Quartalsersten kündigen. 3. Kein. — Nemes. 1. Die Betroffenen hätten längt die Bescheide an einen Abgeordneten oder an die Reichstagskommission einreichen sollen. Für dies Jahr wäre es wohl zu spät. Beseitigt rühten die Betroffenen eine Eingabe direkt an den Reichstagskanzler. 2. Seite 225 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer durch des Bürgerliche Gesetzbuch. — Z. C. 33. Die Frau braucht die Schulden ihres Sohnes nicht zu bezahlen und kann sich im übrigen zwecks Unterhaltung ihres Erziehungsrechts an das Vormundschaftsgericht wenden. — P. V. 177. Leider ja. — Rose. Das Gesetz spricht von einer angemessenen Zeit, welche Zeit angesetzt ist, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Vermögensgebrauchs, falls keine Einigung stattfindet, vom Gericht festzusetzen. — A. G. 20. 1. 200 Markten müssen mindestens gelehrt sein um Zinsablenrenten zu erlangen. 2. Ja; Duitungsarten der Invalidenversicherung müssen zur Vermeidung des Verlustes jeglichen Rechtes auf Rente innerhalb 2 Jahren umgetauscht sein. Es erlischt die Annahmehaft auf Rente bei verjährungsfristigen Personen, wenn während zweier Jahre noch dem auf der Duitungsart vermerkten Ausstellungsdatum nicht mindestens für 30 Wochen weitergeleitet ist. Das Erlöschen kann der arbeitlose Arbeiter dadurch verhindern, daß er sich selbst weiterverpflichtet. Bei nur-Selbstverpflichtern müssen für mindestens vierzig Wochen innerhalb zwei Jahren Beiträge geleistet sein. — G. M. 3. 1. u. 2. 1. u. 2. Kein, dies Urteil ist rechtskräftig. 3. Kein. — G. T. 38. 1. Ja. 2. Kein. 3. Ja. — 1863. Sie haben sich nicht strafbar gemacht. Beantragen Sie bei Ihrer einseitigen nachmaligen Verrechnung Verrechnung des Debitants, weil, wenn durch Verrechnung zu einem in einem Restaurant ausgebrachten Kaiserhof Majestätsbeleidigung begangen werden kann, diese nur in dem durch Hochschreien und Ausschreien in einem öffentlichen Lokal herbeigeführten Lärm, nicht im Einzelne ließen kann; überdies sich aus der Denunziation ergibt, daß es dem Denunzianten darum zu thun war, Anderen denke zu einem Einstimmen in das Hoch zu veranlassen, damit die Ehre des Angeklagten schwer zu fränken. — Inter Aboument 1891. Um die Beleidigungssache anzuführen, müssen Sie sich zunächst, falls auch der Beleidiger in Berlin wohnt, an den Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beleidiger wohnt, zwecks Vornahme eines Schiedsvertrages wenden. Sobald reichen Sie die Klage beim Amtsgericht ein. Ein Klagebeleg finden Sie Seite 440 Nr. 81, 85 des in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „Arbeiterrechts“. — Friede. Ihr Kasse muß beim Landgericht liegen. Das Armenrecht soll er sich erwirken. Die Bescheinigung darüber, daß er unermöglicht ist, erhält er durch den Magistrat beziehentlich die Polizeibehörde seines Wohnortes. („Arbeiterrecht“ S. 318.) Er braucht keineswegs mindestens zwei Jahre an demselben Ort gewohnt zu haben. — W. M. 957. Kein. — M. C. 1001. Naturalisation eines Ausländers (Nicht-Deutscher) hängt von der Willkür der höheren Verwaltungsbehörde ab. Ein Recht auf Naturalisation hat ein Nicht-Deutscher nicht. Der Antrag ist auf der Polizei zu Protokoll zu geben.

Die amüsanteste Unterhaltung im Gasthaus ist: **Springen wir'n Wurm aus?** Harmlos! Scherzhaft! Neu!

Gastwirte wollen sich gefl. wenden an: **A. Wurm, 50., Michaelkirchstrasse 20.** Telephon VII. 3745. 667L\*



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

## Former und Berufsg. Berlins und Umg.

**Versammlung**  
am Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal.  
1. Unsere Former-Konferenz im Anschluss an die Generalversammlung. Referent: A. Körsten.  
2. Diskussion.  
3. Die Streiks in unserem Berufe.  
4. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 2. März 1903, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

**Versammlung**  
der Kollegen folgender Firmen: Förster & Runge, Semmler & Bieberg, Moldenhauer & Metzendorf, A. Benver, Griechl, Schiffner & Pleen, Georg Drechsler, Schild, Zechlin, Trost, John, Scheffel, Metzner, Jahn, Schuppmann (Inhaber Steffen), Luckepliel Gransow.  
Tages-Ordnung:  
Vorschläge der Kommission und eventuelle Beschlusfassung wegen zu stellender Forderungen.

Sonntag, den 1. März 1903, vormittags 10 Uhr, Morgensprache der Schraubendreher bei Wetzel, Wangenstr. 136. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

# Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 20. — Fernspr. VII, 1950.

Sonntag, den 1. März 1903, vormittags 10 Uhr, im großen Saale der

## Branchen-Versammlung

der  
Tischler, Koffermacher, Galanterie- u. Gürtelarbeiter.  
Tages-Ordnung:  
Der Gewaltstreik der Fabrikantenvereinigung und unsere Abwehr.  
Kollegen und Kolleginnen! Beht gilt es, den Unternehmern als geehrte, frucht- und zielbewusste Klasse entgegenzutreten. In dieser Versammlung muß jeder erscheinen. Vollständig muß die Gehilfenchaft dem Vorgehen der Fabrikanten ein unerschütterliches Halt! entgegenrufen. Selbst der Gleichgültigste muß seine Stimme erheben, denn auch er steigt erbarungslos aufs Podium. „Auf, in die Versammlung am Sonntag!“ laute die Parole.  
Die Ortsverwaltung. A. H.: Albert Semle.

## Stuccateure!

Morgen, Sonntagvormittag pünktlich 10 Uhr:  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
der Filiale Berlin in Franke's Feistülen, Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung:  
1. Tarifberatungen. 2. Mitteilungen und Verschiedenes.  
Kollegen, liefert die Arbeitslosen-Staatsstellen ab und erscheint zahlreich.  
Die Ortsverwaltung.

# Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen werden ersucht, heute abend in den Zahlstellen ihre Beiträge zu begleichen.  
Heute abend 8 1/2 Uhr, in Welkensee, König-Chaussee 55 und  
Montag, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in Nixdorf, Steinmetzstr. 103:

## Versammlungen.

Dahelst wird der Genosse Walded Manasse einen Vortrag halten über: Göttermärchen und Menschenwürde. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ersucht, in obige Versammlungen ihre Frauen mitzubringen. Nichtmitglieder haben Zutritt.  
Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, Köpenickerstr. 29:  
**Sitzung sämtlicher Vertrauensmänner.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie bekämpfen wir die Lehrlingsausbeutung in unserem Beruf? Referent: Kollege Robert Weber. 2. Bericht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Werkstätten. 3. Verschiedenes.  
Bislang der Kollegen ist es, aus jeder Werkstätte einen Vertrauensmann zu senden.  
Der Maskenball findet am 7. März in Kellers Feistülen, Köpenickerstr. 29 statt.

# Paul Hilperts Restaurant u. Garten

Halensee, Kurfürstendamm 126.  
Erste Haltestation für Herren, Damen, Kinder usw. am Bahnhof Halensee. Besonders gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken.  
Zahlreichen Besuch steht entgegen. Paul Hilpert.

**Innungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangs-Innung zu Berlin.**  
Bekanntmachung.  
Die Herren Delegierten werden hiermit zur  
**Ordentl. General-Versammlung**  
am Sonntag, den 15. März 1903, vormittags 10 Uhr in den Arminihallen, Kommandantenstraße 20 eingeladen.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Bericht der Rechnoren.  
3. Gehaltsberhöhung der Beamten.  
4. Wahl eines Kandidaten.  
5. Austritt aus dem Krankentassen-Verband.  
6. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
A. H.: H. Caspar, Vorsitzender.  
Köpenick.  
Kottbuscher Korn  
empfiehlt  
Aug. Tauchert, Gastwirt,  
Mägdelheimerstr. 4.

**Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen.** Bestes Fabrik-Versandhaus am Flage. — Gegründet 1876.  
**14 Tage zur Ansicht** versenden wir franco prima Nickelkette Nr. 965 genau wie Zeichnung 27 cm lang nach Wunsch mit genau wie jeder ohne Risiko von der Qualität und Ausfüh- nieren oder den Betrag von nur **Mark 1,50** einzulösen.  
Sollte aufgeführte Nummer Ihrem Wunsch nicht entsprechen, so verlangen man neuesten Hauptkatalog für's Jahr 1902 (ohne Kaufzwang) gratis u. franco. Derselbe enthält außer aufgeführter Nr. noch ca. 80 verschiedenartige Herrenketten, ferner große Auswahl in Damenuhren u. Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhren, Regulateure, Wecker, Portemonnaies, Heisen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schutz- u. Stichwaffen, Waagen, Sensen, Reben- oder Gartenmesser, Gärtnermesser, Messer, Schlacht-, Gemüße-, Hack- u. Wiegemeser, Taschennmesser, Rasiermesser, Tafelmesser und Gabel, Damen-, Haar- und Schneidemesser, Haarwaschinen, Rasierentwürfen, Musikinstrumente und sonstige Schmuck- und Haushaltsartikel.  
Kette wie ein Stück aus gegen Nachnahme. Bitte genau auf unsere Firma zu achten.  
Katalog enthält Neuheiten in Handwerker- Uhrketten für Schuster, Sattler, Maurer, Metzger, Klempner, Böttcher, Schlosser, Bäcker, Schreiner, Dachdecker, Schmiede und Bergleute.

# Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“

Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.  
Sonabend, den 28. Februar:  
**Grosser Wiener Maskenball**  
im großen Saale nebst Veranda des Böhmischen Brauhauses, Landwehrberger Allee 10-11.  
Aufführungen: Humoristische Radfahrer-Pantomime. 11/8  
Turnerische Aufführungen etc.  
Anfang 9 Uhr. Raffetafel findet nicht statt. Eintritt 50 Pf.  
Es laden freundlich ein Das Komitee.

# Einsegnungs-ANZÜGE

ein- u. zweireihige Form, hochelegant u. tadellos sitzend.  
Vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Die Preise sind je nach Größe.

Anzug	aus feinem, schwarzem Satin-Rammingarn, solide und elegant, von	12	Mk.
Anzug	aus solidem, schwarzem Crêpe-Cheviot, dancerbast und elegant, von	12	Mk.
Anzug	aus feinem, schwarzem Rips-Rammingarn, sehr nobel, von	15	Mk.
Anzug	aus ganz vorzüglich, schwarzem Diagonal-Cheviot, sehr praktisch, von	16	Mk.
Anzug	aus gutem, schwarzem Rammingarn-Cheviot, sehr elegant, von	18	Mk.
Anzug	aus gutem, schmalgeripptem Rammingarn in schwerer Qualität, von	21	Mk.
Anzug	aus mittelschwerem, schwarzem Satin-Rammingarn, sehr beliebt, von	21	Mk.
Anzug	aus hochfeinem, schwarzem Rammingarn-Cheviot, sehr vornehm, von	21	Mk.
Anzug	aus elegantem, schwarzem Rips-Rammingarn, sehr bewährte Qualität, von	23	Mk.
Anzug	aus bestem, schwarzem Rammingarn-Cheviot, hochelegant, von	26	Mk.
Anzug	aus hocheleganter, schwarzem Tweed, prima Qualität und sehr vornehm	30	Mk.
Anzug	aus hochfeinem, schmalgeripptem Rammingarn, sehr elegant, von	30	Mk.
Anzug	aus sehr gutem, schwarzem Tuch-Rammingarn, vollständiger Ersatz für Tuch, von	30	Mk.

# Carl Stier,

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe, BERLIN SO., Oranienstrasse 166.  
Vortreffliche Qualität, ausgezeichnete Haltbarkeit, beste Verarbeitung, vornehme Ausstattung und tadelloser Sitz in das Strengste meiner Fabrikate und kann ich mich rühmen, in jeder Beziehung an der Spitze der Leistungsfähigkeit zu stehen.  
Die Preise sind billig, streng fest u. geschieht der Verkauf nur gegen Bar.

# Heize

mit 476L<sup>+</sup>

Anhaltische Kohlenwerke  
**MONOPOL**  
Mariengrube

**Brikets**

# Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.  
Touristen- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!

Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 Mk.  
Stadtpläne von Berlin mit sämtlichen Vororten u. 50 Pf. bis 3 Mk.  
Umgebungsarten von Berlin, 85, 132 und 500 [ ]-Reihen um Berlin, mit Entfernungangaben von Ort zu Ort, foliert, von 50 Pf. bis 5 Mk., auch für Radfahrer brauchbar.  
Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Straßenverkehrs, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.  
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Nockenthal bis Jüterbog, von Berlin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand angezogen, in Karten 1,75 Mk.  
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Befestigung der Wege, Entfernung der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Eisenbahnen etc., kleinem Maßstab, angezogen, in Karten, jede Zettion 1,50 Mk.  
Zahlewörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise. Französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch u. deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.  
Jede Sprache hat 3 Mk., nur 1,50 Mk.

Dr. Schönemann,  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.  
1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 8, Sonnt. 9-11.

# Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Berlauf. Sehr starke Ware in drahtigen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe, Halbbarte Blat-Laschen. Große Hosen umsonst. Die Hose bei Entnahme von 4 Mk. 50  
Schlauer Monteur-Jacke 1 Mk. 90  
Schlauer Monteur-Jacke 1 Mk. 50  
Schlauer Monteur-Jacke  
Prima Körper-Gewebe 2 Mk. 50  
Schlauer Monteur-Jacke  
Prima Körper-Gewebe 2 Mk. 10  
Manchester-Hose 5,50, 5,25, 4,25, 3 Mk. 50  
Gesüßter, Randent-Jacke 14,- 9,-  
Weiße Reiser-Jacke 3,50, 2 Mk. 75  
Kombi-Jacke, Zwilling 4,25, 3 Mk. 2,-  
Waler-Rittel 3,-, 2,50, 2 Mk. 2,-  
Wahler-Rittel (braun) 3,-, 2 Mk. 40  
Weiße Leder-Jacke, Zwilling 7,50, 3 Mk. 75  
Weiße Lederhose 4,50, 2 Mk. 75  
Zwillinghosen, fest u. schön, 3,-, 1 Mk. 75  
Die Preise gelten für normale Größen.  
Baer Sohn  
En gros. Export. En detail.  
Chausseest. 24/25, Bräudenstr. 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Die 20. Jubiläum 1902 wird kostenlos und portofrei zugelandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacke und Manteln die Brustweite anzugeben.  
— Versand von 20 Mk. an franco. —  
Nachdruck verboten!

# Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Becker, Mittenwalderstr. 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Friz, Brünnenstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr. Neanderstr. 123, Hof part. — 80.: Paul Böhm, Raupferplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweidestr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche, Brannenstr. 93, Hof part. I. — Schönhauser Vorstadt: Karl Rasch, Nostalien-Allee 95/96. — Alt-Gliencke: B. Pries, Rudowstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Gelsenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., von I. — Deutsch-Wilmersdorf: B. Pries, Ullandstr. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 198. — Grünau: Gustav Pries, Köpenickerstr. 21. — Nixdorf: Ostermann, Prinz Handjerystr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, Laden. — Ober-Schöneberg: Richard Pries, Edlonstr. 4, von 2 Treppen. — Nieder-Schöneberg: Bonafant, Berlinerstr. 8. — Johannisthal: Paul Pann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Gustav Pries, Gadenbergstr. 8. — Köpenick: Friedrich Weid, Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: D. Bernice, Nixstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. R o h r, Duppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Baumshulenberg: Siod, Grünstr. 2 II. — Neu-Weissensee: Joseph Rein, Weidstr. 38, Ecke Streustr. — Rummelsburg: Korgber, Prinz Albrechtstr. 5a. — Pankow: S. Kummer, Florstr. 43.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

Besteht seit 1841.  
**Mehlhandlung von Johannes Friese**  
Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)  
empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:  
**Kaiser-Auszug (reines Pester)**  
1/2 Etr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.  
**Weizenmehl 00 (halb Auszug)** 2354L<sup>+</sup>  
1/2 Etr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.  
do. 0 (Haynau 00)  
1/2 Etr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.  
Gutfehend, linder verschiedene Hülsenfrüchte zu soliden Preisen.

**BLUTARMEN-KRANKEN**  
ärztlich empfohlen  
y/rasche  
1-50 und  
2 Mark.  
FEURIG  
SÜSSER  
KRAFT-ROTHWEIN  
**Santa Lucia**  
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.  
42-62 Mark  
Auszug oder Valolet nach Maß, elegante Ausführung, tadelloser Sitz, garantiert reinmoosene Stoffe, neueste Muster, feinste Quisaten, eleg. Hosen nach Maß 10-18 Mk. J. Kurzberg, Neue Königstr. 47 II, 6652<sup>+</sup> am Alexanderplatz.

# Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. Schneidermeister.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Eick in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.